



Plenarprotokoll

78. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 25. Februar 1999

Sechsstreifiger Ausbau der A 7

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1925

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	5747, 5756
Bernd Schröder [SPD]	5748
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5749, 5757
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	5751
Anke Spoorendonk [SSW]	5753
Horst Günter Bülck, Minister für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr	5754, 5757
Martin Kayenburg [CDU]	5755
Beschluß: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuß	5758

Feste Querung des Fehmarnbelt

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1940

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	5758, 5767
Bernd Schröder [SPD]	5759
Martin Kayenburg [CDU]	5760, 5772
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5762, 5770
Anke Spoorendonk [SSW]	5764
Horst Günter Bülck, Minister für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr	5765, 5773
Reinhard Sager [CDU]	5766
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	5768
Gerhard Poppendiecker [SPD]	5769
Hermann Benker [SPD]	5771

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß 5773

Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1973

Martin Kayenburg [CDU] 5773

Bernd Schröder [SPD] 5775

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 5776

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ... 5777

Anke Spoorendonk [SSW] 5778

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr 5779

Beschluß: Für erledigt erklärt 5781

Agenda 2000 - Legislativvorschläge der EU-Kommission zur Strukturhilfe

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1647

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1652

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1710

Bericht und Beschlußempfehlung des Europaausschusses

Drucksache 14/1966

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.

Drucksache 14/1995

Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW]

Drucksache 14/2003

Ulrike Rodust [SPD], Berichterstatterin 5781, 5783

Peter Lehnert [CDU] 5782

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 5784

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] . 5785

Anke Spoorendonk [SSW] 5787

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten 5788

Beschluß: Annahme 5790

Nachruf auf den verstorbenen ehemaligen Abgeordneten Kurt Semprich

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes

über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1941

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1975

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] . 5791, 5798

Claus Ehlers [CDU] 5792, 5796

Sabine Schröder [SPD] 5793

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 5794

Anke Spoorendonk [SSW] 5795

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus 5797

Beschluß: Überweisung an den Agrarausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß 5799

Gemeinsame Beratung

a) Atomares Zwischenlager Brunsbüttel

Antrag der Fraktionen von F.D.P. und CDU

Drucksache 14/1946

b) Atomausstieg mit der Sicherung der Wirtschaftsregionen verbinden

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1971

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.], zur Geschäftsordnung 5799, 5805

Martin Kayenburg [CDU] 5799, 5819

Roswitha Müllerwiebus [SPD] 5801

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 5802, 5821

Anke Spoorendonk [SSW] 5807, 5821

Reinhard Sager [CDU] 5809

Klaus-Dieter Müller [SPD] 5811

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie 5813, 5819

Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 5816

Thomas Stritzl [CDU] 5822

Konrad Nabel [SPD] 5823

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 5824

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	5825
Beschluß: Annahme des Antrags Drucksache 14/1971.....	5826
Sicherung und Stärkung des Vorsorge- und Rehabilitationsstandortes Schleswig-Holstein	
Antrag der Fraktion der SPD	
Drucksache 14/1950	
Wolfgang Baasch [SPD]	5826
Torsten Geerds [CDU]	5827
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5828
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	5828
Anke Spoorendonk [SSW].....	5830
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	5831
Beschluß: Annahme	5832

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung und möchte Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen.

Erkrankt sind die Abgeordneten Peter Gerckens, Helmut Plüschau und Dr. Adelheid Winking-Nikolay.

Beurlaubt ist Frau Abgeordnete Eva Peters.

Ich rufe Punkt 17 der Tagesordnung auf:

Sechsstreifiger Ausbau der A 7

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1925

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode bringt die CDU-Fraktion den Antrag ein, die Autobahn **A 7** zwischen Bordesholm und Hamburg sechsstreifig auszubauen.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Sechsstreifig, Herr Neugebauer, nicht zehnstreifig, wie Sie eben gefordert haben.

An den Gründen für diese Forderung hat sich nichts geändert. Im Gegenteil, unsere **Prognosen** haben sich bewahrheitet.

Erstens: Die **Querung über den Großen Belt** ist im Sommer 1998 fertiggestellt worden. Sie hat zusätzliche LKW und PKW auch aus Skandinavien auf die A 7 gebracht.

Zweitens: Im Sommer 2000 wird die **Brücke über den Öresund** fertig sein. Das wird weitere LKW-Verkehre aus Südschweden nach Schleswig-Holstein bringen.

Drittens: Wenn die **vierte Elbtunnelröhre** zu Ende gebaut ist, wäre die A 7 das enge Nadelöhr, durch das sich die Verkehre quälen müssen. Die Folge könnte eine weiträumige Umfahrung unseres Landes sein. Schwere Einbußen für das Logistik- und Transportgewerbe im Raum Flensburg - Pattburg wären die Folge. Die 150 Spediteure stellen dort über 3.000 Arbeitsplätze zur Verfügung. Der Qualitätsvorsprung der Jütland-Linie muß durch den Ausbau der A 7

(Brita Schmitz-Hübsch)

verstärkt werden, bevor die Querung über den Fehmarnbelt fertig ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Viertens: Der **Ausbau der Schienenwege** und vor allem die Beseitigung des Engpasses Pinneberg - Elmshorn kommen nicht so schnell voran, daß in absehbarer Zeit wesentliche Mengen des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene verlagert werden könnten. Deshalb ist es wichtig, die Straßen leistungsfähig zu halten.

Fünftens: Der **Ausbau der A 7** gestaltet sich relativ kostengünstig, weil die benötigten Flächen zwischen Hamburg und Kaltenkirchen schon gekauft und die Brückenbauwerke auf dieser Strecke entsprechend breit angelegt sind.

Sie sehen, die Notwendigkeit, diese Straße zu verbreitern, ist vorhanden. Jetzt brauchen wir nur noch das Wichtigste, nämlich den politischen Willen, dieses Projekt für den vordringlichen Bedarf des **Bundesverkehrswegeplans** anzumelden, der bekanntlich am Ende dieses Jahres weitergeschrieben wird.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir sind guter Hoffnung, daß die Landesregierung diesmal unserem Antrag folgt. So hat Wirtschaftsminister Bülck laut einer Meldung in der „Welt“ vom 31. Oktober 1998 versichert, daß der sechsspurige Autobahnausbau der A 7 zumindest bis Quickborn überfällig sei. Inzwischen gibt es auch Unterstützung von der DAG, die gestern ein Papier zur Verkehrspolitik der Landesregierung unter dem Titel „Endlich Mut in der Verkehrspolitik“ veröffentlicht hat. Auch die DAG fordert den Ausbau zwischen Hamburg und Quickborn.

Meine Damen und Herren, das Wichtigste im Leben ist es, nicht nur Pläne zu schmieden, sondern auch anzufangen, sie umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich anzufangen. Das sind wir unseren Betrieben schuldig, die wir hier halten wollen, und das sind wir unseren skandinavischen Freunden schuldig, die nach ihren Bauleistungen überhaupt nicht begreifen, weshalb hier so gezögert wird.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Bülck, Sie können nun zeigen, was Ihre Äußerungen wert sind und welche Durchsetzungskraft Sie im Kabinett haben.

Ich fordere Sie alle auf, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppen der Privatschule Düsternbrook und der Realschule Henstedt-Ulzburg.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heute auf der Tagesordnung stehenden Verkehrsthemen - Ausbau der A 7, Fehmarnbeltquerung und Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein - hätten meines Erachtens durchaus in einer verbundenen Debatte behandelt werden können,

(Beifall bei der SPD)

nicht nur, weil die Themen in einem engen Zusammenhang zu sehen sind; wir hätten auch Zeit sparen können. Aber für den einen oder anderen beginnt ja der Wahlkampf, und eventuell ist Honig aus diesen Themen zu saugen.

(Lothar Hay [SPD]: Welche Sorte?)

Vielleicht erleben wir ja auch zu den Verkehrsprojekten die eine oder andere Unterschriftenaktion.

(Zuruf von der CDU)

Wir haben über den sechsstreifigen Ausbau der A 7 1996 mehrfach intensiv im Parlament und im Wirtschaftsausschuß diskutiert. An den Fakten der Diskussion im Jahre 1996 hat sich definitiv nichts verändert. Mit ihrem erneuten Antrag aus dem Jahr 1996 nutzen Sie wieder nicht die Chance für eine Perspektive zur Lösung der Verkehrsprobleme der Zukunft in Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neubauer [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bundesverkehrswegeplan und Fernstraßenausbaugesetz belegen, daß der sechsspurige Ausbau der A 7 nicht im vordringlichen Bedarf enthalten ist. Nein, diese Maßnahme ist nicht einmal in der weiteren **Bedarfsplanung** zu finden. Dafür können Sie uns beim besten Willen keinen Vorwurf machen. 1990 und 1993 - also zur Zeit der CDU/CSU- und F.D.P.-Verantwortlichkeit auf Bonner Ebene - ist ein derartiger Ausbau im **Bundesverkehrswegeplan** aufgrund der nicht erfüllten Rahmenbedingungen, Herr Kayen-

(Bernd Schröder)

burg, und der fehlenden Voraussetzungen nicht vorgesehen, aber auch nicht möglich gewesen. Das bitte ich besonders zu berücksichtigen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber heute! Das ist doch der Punkt! Sie sollten doch aktuell sein!)

- Hören Sie doch einmal zu und lassen Sie einmal das Dazwischenrufen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Schmitz-Hübsch?

Bernd Schröder [SPD]:

Das bitte ich besonders zu berücksichtigen. Der Bund hat diese Entscheidung auf der Grundlage der Verkehrsprognose für das Jahr 2010 - also unter Einbeziehung der auch heute geltenden Fakten - getroffen. Sie müssen doch einfach einmal zur Kenntnis nehmen, daß ein sechsspuriger Ausbau der A 7 auf schleswig-holsteinischem Gebiet die Probleme nicht löst.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das Zusammenführen zweier Autobahnen, die Situation vor dem Elbtunnel mit der Bewältigung des großen Anteils an innerstädtischem Hamburger Verkehr und der Ausbau der A 7 bis Schnelsen sind die Hauptursachen der Staus.

Ein **sechsspuriger Ausbau** auf schleswig-holsteinischem Gebiet wird die Stausituation vor dem aufgezeigten Nadelöhr daher nicht positiv beeinflussen können.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gilt auch hier, in Abstimmung mit Hamburg Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Wer wie Sie Verkehrsprobleme durch das ständige Wiederholen von einseitig ausgerichteten Anträgen lösen will, lebt in der Vergangenheit, in der Verkehrsdebatte der sechziger und der siebziger Jahre.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer einen solchen Antrag zum wiederholten Male stellt,

(Klaus Schlie [CDU]: Der muß mal zu Hentschel in die Lehre!)

sich aber gleichzeitig lustig macht - ich erinnere hier an die Debatte vom September 1996 - über den Antrag der SPD-Fraktion zur Aufnahme von Überlegungen zur Planung und Realisierung eines Ersatzbauwerks für die Eisenbahnhochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg, der dokumentiert, daß er kein **Gesamtverkehrskonzept** für Schleswig-Holstein vorlegen kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf mich ausdrücklich bei der F.D.P.-Fraktion und bei Teilen der CDU-Fraktion bedanken, die im Wirtschaftsausschuß erkannt haben - und diesem Antrag auch zugestimmt haben -, daß wir mit den Planungen für ein Ersatzbauwerk für die Eisenbahnhochbrücke über den NOK bei Rendsburg beginnen müssen, um die Weichen für die Zukunft auch im Güterverkehr zu stellen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Frau Schmitz-Hübsch, zumindest Teile Ihrer Fraktion haben das begriffen.

Zusammen mit den wichtigen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen für Schleswig-Holstein, auf die wir heute noch zu sprechen kommen werden, und einem herausragenden Konzept für den Güterverkehr, das Voraussetzung für **Schleswig-Holstein** ist, um **Verkehrsdrehscheibe** für den Ostseeraum zu sein, sind wir für die Zukunft bestens gewappnet.

Damit Sie die Chance haben, über ein Gesamtverkehrskonzept zu diskutieren, werden wir uns der Überweisung an den Wirtschaftsausschuß nicht verschließen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

(Meinhard Füllner [CDU]: Jetzt kommt der Straßenbauer Hentschel! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wie viele Autobahnen wollen Sie denn zusätzlich bauen, Herr Hentschel?)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Opposition fordert anscheinend Ver-

(Karl-Martin Hentschel)

kehrsprojekte, wie Kinder ihren Wunschzettel schreiben - an den Weihnachtsmann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thomas Stritzl [CDU]: Das ist echt selbstkritisch!)

Bevor man solche Anträge stellt und in die Debatte einsteigt - und in diese Debatte treten wir ja zur Zeit ein -

(Thomas Stritzl [CDU]: Ja!)

wäre es ja ganz gut, wenn man sich einmal den gegenwärtigen **Bundesverkehrswegeplan** anschaut und ihn sich ernsthaft zu Gemüte führt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Ja!)

Dieser Bundesverkehrswegeplan war auf eine Zeitspanne von 1992 bis 1997 angelegt. Er enthielt von 1992 an Vorhaben in Schleswig-Holstein in der Größenordnung von etwa 4,5 Milliarden DM. Von diesen Vorhaben in Schleswig-Holstein ist nicht einmal der fünfte Teil realisiert worden, und zwar in dem Zeitraum von 1992 bis 1999, also innerhalb von sieben Jahren, obwohl es ja ein Fünf-Jahre-Plan war.

Jetzt müssen wir feststellen, daß in diesem Bundesverkehrswegeplan weiterhin noch Vorhaben stehen, die - wenn man die heutigen Preise ansetzt - mittlerweile eine Größenordnung von 5,5 bis 6 Milliarden DM ausmachen, weil ja die Preise gestiegen sind, und man muß wissen, daß die **Zuweisungen** des Bundes an das Land für den **Bundesstraßenbau** zur Zeit in einer Größenordnung von weniger als 200 Millionen DM jährlich liegen. Es wird anvisiert, diesen Umfang noch zurückzunehmen, weil nicht soviel Geld da ist.

Rechnen wir das einfach einmal ganz normal um, dann landen wir relativ locker - das ist eine normale Dreisatz-Rechnung, wie sie jeder in der Schule hätte lernen müssen, sage ich einmal -

(Heiterkeit)

bei einem Zeitraum, der in seinem Minimum bei 25 Jahren liegt, möglicherweise sogar - wenn es nur bei den 170 Millionen DM bleibt - bei 35 Jahren. Das bedeutet, daß die Mittel für 35 Jahre bereits verplant sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ihre Rechnungen haben doch noch nie gestimmt! - Thomas Stritzl [CDU]: Dann regieren Sie doch gar nicht mehr!)

Die nächsten 35 Jahre sind für Schleswig-Holstein im Bundesverkehrswegeplan bereits verplant.

In einer solchen Situation, meine lieben Herren und Damen von der Opposition, wäre es doch angemessen, wenn man neue **Vorschläge** macht - und ich finde es richtig, daß man sich Gedanken darüber macht: Wie bewältigt man die Verkehrsprobleme der Zukunft? -,

(Thomas Stritzl [CDU]: Bravo!)

daß man dann aber auch sagt, welche Vorschläge, bitte schön, denn nun gestrichen werden sollen.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Nicht nur streichen, sondern auch neu aufnehmen!)

Soll vielleicht die A 20 gestrichen werden?

(Widerspruch - Zurufe von der CDU: Nein!)

- Nein! Soll der Bau der A 21 gestrichen werden?

(Widerspruch - Zurufe: Nein!)

Soll der Ausbau der A 1 gestrichen werden?

(Zurufe: Nein!)

Soll der Ausbau der A 23 bei Itzehoe gestrichen werden?

(Zurufe: Nein! - Heiterkeit - Zuruf von der CDU: Ja! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Ja“ - hast du gehört?)

- Wie bitte?

(Anhaltende Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, darf ich Sie daran erinnern, daß wir hier im Plenum sind?

(Beifall bei der CDU)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Soll vielleicht die Ortsumgehung Preetz gestrichen werden?

(Zurufe - Lothar Hay [SPD]: Oder die in Flensburg?)

Und so weiter!

Der Ausbau der A 7 ist in Hamburg ein Problem. Im Laufe eines ganzen Jahres gibt es außerhalb des Hamburger Umlands drei Staus, die nicht unfallbedingt sind: Das ist zu der Zeit des Urlaubsbeginns und dessen Ende in Nordrhein-Westfalen, zu Zeiten des Ferienhauswechsels in Dänemark und schließlich dann, wenn noch an einem anderen Tag der Ferien-

(Karl-Martin Hentschel)

beginn in mehreren Ländern auf einen Tag fällt. Sie können sich die Statistik selber einmal ansehen.

Die **Verkehrsprobleme im Hamburger Umland** rühren daher, daß die Autos an den Autobahnabfahrten Stellingen und Volkspark nicht in die Stadt abfließen können, weil Hamburg den Verkehr nicht mehr aufnehmen kann und dicht ist. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir das wirklich bekämpfen wollen, daß sich die Autos von Hamburg bis nach Quickborn und Pinneberg auf der A 23 und der A 7 stauen, müssen wir die **Verkehrsprobleme in Hamburg** lösen, dann müssen wir endlich den ÖPNV im Umland Hamburgs stärken. Wir brauchen ein City-Bahn-System bis nach Elmshorn, bis nach Itzehoe und durchgehend nach Lüneburg - wir brauchen ein City-Bahn-System auf der anderen Seite der Elbe -, wir brauchen attraktive Möglichkeiten für die Leute, umzusteigen, und wir müssen in Hamburg selbst Verkehrsmaßnahmen an der **A 7** treffen. Die sind ja auch in Arbeit. Der Ausbau des Tunnels - die neue Tunnelröhre - ist sicherlich ebenfalls ein Beitrag dazu. Erst einmal so weit!

(Martin Kayenburg [CDU]: So viel Redezeit haben Sie doch gar nicht!)

Wenn wir aber die A 7, wie es diskutiert und von Herrn Bülck vorgeschlagen worden ist, tatsächlich bis Quickborn ausbauen wollen, um dieses Problem zu lösen, dann muß man auch ehrlich sagen: Dann ist das eine **Alternative zur Elbquerung**, denn dann brauchen wir die Elbquerung westlich von Hamburg nicht mehr. Wenn man schon Prioritäten setzt, muß man sich für das eine oder das andere entscheiden. Unter der Voraussetzung, daß die Elbquerung fällt und wir eine Lösung der Probleme dort suchen, wo sie auch tatsächlich vorhanden sind, nämlich in Hamburg, bin ich dafür, daß wir in Hamburg vernünftige, intelligente Verkehrskonzepte entwickeln und zu einer **integrierte Verkehrsplanung** zur Lösung der Probleme der Zukunft ein.

Deshalb trete ich auch dafür ein, diesen Antrag dem Ausschuß zu überweisen und ihn zusammen mit all den vielen anderen Anträgen, die wir dort noch liegen haben, endlich einmal im Zusammenhang diskutieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

- Danke schön!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Kommen Sie bitte zum Schluß, Herr Abgeordneter!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ein letzter Satz: Das Schreiben von Wunschzetteln muß ein Ende haben. Auch meine Tochter wußte bereits im jungen Alter, daß man, wenn man einen Wunschzettel schreibt, weiß, daß man nicht alles bekommt und Prioritäten setzen muß. Das sollten auch Sie einmal lernen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man sollte vielleicht nicht nur den **Bundesverkehrswegeplan** lesen, Herr Hentschel, sondern man sollte auch einmal den Antrag lesen. In diesem Antrag steht, daß die Landesregierung aufgefordert wird zu verhandeln, „um dieses Projekt in den vor-dringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufzunehmen“.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das bedeutet doch, daß wir uns alle darüber im klaren sind, daß dieses **Projekt** dort bisher nicht drin ist. Wenn die Landesregierung aber nichts aufnimmt, nicht verhandelt und nichts beantragt, dann wird das mit Sicherheit auch in 37 Jahren noch nicht geschehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Insofern ist es für uns überhaupt keine Frage, Herr Kollege Hentschel, daß wir als F.D.P. den CDU-Antrag unterstützen.

Mehr als 80 % der Personenverkehrsleistungen und rund zwei Drittel der Güterverkehrsleistungen -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie in 37 Jahren bauen?)

- lieber Herr Hentschel, vielleicht hören Sie mir auch einmal zu; ich habe Ihnen doch auch immer so schön zugehört - finden derzeit - und daran können auch Sie nichts ändern - auf der Straße statt. Das einzige, was zu bestimmten Tageszeiten auf der **A 7** zwischen dem Bordesolmer Dreieck und dem Autobahndreieck Nordwest noch läuft, ist das Autoradio mit zehnmündigen Staumeldungen - und das im Viertelstundentakt. Sie haben das möglicherweise schon einmal

(Christel Aschmoneit-Lücke)

gehört; denn ich habe es hier im Hohen Hause des öfteren gesagt; aber es hat sich auch nichts daran geändert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wirklich nicht!)

Da ich es angesichts des Dauerstaus auf den bundesdeutschen Autobahnen für erstrebenswert halte, die Verkehre von der Straße auf die Schiene zu verlagern, setze ich mich natürlich auch immer wieder gern mit entsprechenden Vorschlägen der Grünen auseinander, Herr Kollege Hentschel! Es ist ja erst drei Jahre her, als die Grünen für ihr Versprechen, die **A 20** um jeden Preis verhindern zu wollen, in den Landtag, ja sogar in die Regierung gewählt wurden. Jetzt wollen die Grünen zumindest die **A 20** fleißig mitbauen. Wie sie das ihren Wählern verkaufen wollen, ist allein ihre Sache.

Daß jedoch durch die Salomitaktik der Grünen drei Jahre und durch das Hin und Her auch der Sozialdemokraten in der Verkehrspolitik elf Jahre verlorengegangen sind, betrifft uns alle.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Richtig!)

Es kann durchaus sein, daß in weiteren zehn Jahren die parlamentarischen Nachfolger von Herrn Hentschel oder Frau Winking-Nikolay verstanden haben, daß die Verlagerung von nur 7 % der jährlichen PKW-Verkehrsleistung auf die Schiene eine Verdoppelung der Verkehrsleistung der Bahn voraussetzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja! Das haben wir schon immer gesagt!)

Nur: Solange können wir nicht warten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Richtig!)

Und das Kasperletheater von Herrn Bülck, der erst auf die bösen Grünen schimpft, um sie wenig später für ihre späten Einsichten zu loben, hat auch ganz erheblich an Unterhaltungswert eingebüßt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Inwieweit die Erkenntnis bis zur Landesregierung durchgedrungen ist, daß gerade der Güterverkehr mit der Fertigstellung von Belt- und Öresundquerung völlig neue Dimensionen annehmen wird, kann ich nicht einschätzen. Nachdem wir allerdings schon viel zuviel Zeit verloren haben, die **Verkehrsinfrastruktur** unseres Landes an diese **Entwicklung** anzupassen, ist es jetzt höchste Zeit, daß sich diese Regierung endlich klar und unmißverständlich hierzu äußert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Daher frage ich Sie, Herr Minister Bülck: Werden Sie mit Ihrem Kollegen Müntefering unverzüglich in **Verhandlungen** eintreten und dafür sorgen, daß sich die **Interessen Schleswig-Holsteins** nicht nur in „Grußadressen“, sondern auch im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans wiederfinden?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Oder lassen Sie sich ebenso mit einem lapidaren Nein abspeisen wie bei der Wettbewerbshilfe?

Zu Recht weisen Sie darauf hin, es komme in der Politik auch auf den Verkauf an.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Richtig!)

Das heißt aber nicht, daß Schleswig-Holsteins Interessen in Bonn zum Nulltarif verscherbelt werden dürfen. Der Kollege Kayenburg bringt es in der Antragsbegründung auf den Punkt. Der sechsstreifige Ausbau der **A 7** ist notwendig und sinnvoll.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sowohl unter ökonomischen als auch unter ökologischen Gesichtspunkten ist die Beseitigung von Engpässen der einzig richtige und sinnvolle Weg. Jedenfalls dann, wenn man sich den Realitäten europäischer Güterverkehrsströme stellt.

Wirtschaftswachstum fördert man nicht, indem man den Personen- und Güterverkehr in den Stau zwingt. Das Grundbedürfnis nach **Mobilität** einer **Industriegesellschaft** läßt sich weder ideologisch wegdiskutieren noch wegbesteuern.

Wir stimmen dem Antrag der Union zu. Herr Kollege Hentschel, selbstverständlich werden wir auch dem Überweisungsantrag an den Wirtschaftsausschuß zustimmen. Ich glaube, daß Sie dann, wenn Sie sich einmal mit der gesamten Verkehrsproblematik im Ausschuß mit uns gemeinsam beschäftigen, zu derselben Schlußfolgerung kommen, wie sie die Union hier heute vorgetragen hat.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht kann es ja auch einmal andersherum sein!)

Denn seien Sie doch einmal ehrlich, Herr Böttcher! Wenn wir diese Planung jetzt nicht anfangen - das sagen Sie doch zum Beispiel bei der Hochbrücke in Rendsburg auch, und deswegen haben wir Ihrem Antrag ja auch zugestimmt -, wenn wir jetzt nicht anfangen, uns mit diesem Verkehrsproblem wirklich zu beschäftigen und Entsprechendes beim Bund zu beantragen, dann werden wir dies nie schaffen, und der Verkehr aus Skandinavien überrollt uns oder geht

(Christel Aschmoneit-Lücke)

irgendwo an uns vorbei. Schleswig-Holstein wird dann in der Tat abgehängt. Das wollen wir alle nicht, und das können auch Sie nicht wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den vorliegenden Antrag hat die CDU in dieser Legislaturperiode schon zweimal in ähnlicher Form eingebracht,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn das nicht ein Erfolg war!)

zuletzt unter dem Stichwort „Schleswig-Holstein im 21. Jahrhundert“.

(Meinhard Füllner [CDU]: Gut gelesen! - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

Die Problematik ist also nicht neu.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Ich bin jetzt immer noch bei den Feststellungen. Neu ist im Grunde genommen nur, daß sich Wirtschaftsminister Bülck schon bei seinem Amtsantritt im Herbst letzten Jahres für einen sechsstreifigen Ausbau der A 7 vom Bordesholmer Dreieck bis zum Dreieck Hamburg-Nordwest stark gemacht hatte.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Insofern - jetzt kommt die Schlußfolgerung - war es natürlich nur eine Frage der Zeit, bis auch diesen Äußerungen wieder ein dementsprechender Antrag folgen würde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Jetzt haben wir diesen Antrag vor uns liegen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Wir setzen auf den Wirtschaftsminister!)

Bei der letzten Aussprache im Plenum zu diesem Thema hatte der SSW darauf hingewiesen, daß man abwarten sollte, wie sich der Straßenverkehr zwischen Skandinavien und Deutschland nach der Öffnung der Großen-Belt-Querung entwickelt, bevor man in die Planung des Ausbaus der A 7 geht. Denn es herrschte ziemliche Unsicherheit darüber, auf welchen Strecken sich der künftig zu erwartende Anstieg des Skandinavienverkehrs vollziehen wird.

(Thomas Stritzl [CDU]: Was? - Ursula Röper [CDU]: Wieso das denn?)

Nach Aussagen dänischer Verkehrsforscher seien etwaige **Steigerungsraten im Straßenverkehr** auf der A 7 in Verbindung mit der Beltquerung einerseits von der Höhe der Mautzahlung für die Brückenquerung abhängig, andererseits könnten Steigerungsraten nur für den Zeitraum geltend gemacht werden, bis die Vogelfluglinie eine feste Querung bekommen hat und die jetzigen Fährverbindungen verbessert werden. Das war Stand der Dinge 1997.

Der Landtag lehnte also 1997 das Ansinnen der CDU vor dem Hintergrund von fehlenden Informationen über die zukünftige konkrete Verkehrsentwicklung auf der A 7 ab. Damals war der sechsstreifige Ausbau der A 7 nicht im erweiterten Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes - mit Recht, denn ein solcher Ausbau ist nicht kostenlos und auch wegen des zusätzlichen Flächenverbrauchs bedenklich.

Nun haben wir die Situation, daß die **Große-Belt-Querung** seit dem Sommer 1998 geöffnet ist. Bald wird auch die Öffnung der **Öresundquerung** folgen, und natürlich hat auch der SSW vernommen, daß man sich in einigen Kreisen in Dänemark wegen des zu erwartenden ansteigenden Verkehrs über einen sechsstreifigen Ausbau der Autobahn in Jütland Gedanken macht. Ich betone: Man macht sich Gedanken, mehr noch nicht. Denn es ist trotz der Öffnung der Großen-Belt-Querung immer noch nicht genau abzusehen, wie sich der **Skandinavienverkehr** insgesamt entwickeln wird.

Bevor der Verkehrsminister nun darauf verpflichtet wird, den sechsstreifigen Ausbau der A 7 in den vorrangigen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans aufzunehmen, sollten wir uns daher im Ausschuß intensiv mit den Prognosen über den möglichen Verlauf des Verkehrsanstiegs im Skandinavienverkehr beschäftigen. Dies gilt insbesondere, wenn eine Fehmarnbeltquerung mit Straßen- und Schienenanbindung kommt. Dann wird ein Teil des Verkehrs nicht mehr über die A 7 fließen und sich andere Wege suchen. Dieses Szenario müssen wir auch bedenken.

Vor dem Hintergrund der knappen Mittel sollten wir uns im Ausschuß also wirklich über die **Priorität** der verschiedenen **Verkehrsprojekte Schleswig-Holsteins** im neuen Bundesverkehrswegeplan verständigen. Man macht es sich etwas zu leicht, wenn man - wie die CDU - jetzt die Aufnahme aller wichtigen Verkehrsprojekte fordert.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Anke Spoorendonk)

Wir werden ja bei den zwei folgenden Tagesordnungspunkten heute - das ist fast wie ein Fortsetzungsroman - auf diese Thematik noch weiter eingehen.

Ich denke, Ausschußüberweisung ist angesagt.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Minister Bülck.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Antrag, der nicht nach dem aktuellen Verkehrsaufkommen pro Streckenabschnitt differenziert, sondern pauschal die Sechsspurigkeit bis zum Bordesholmer Dreieck fordert, ist aus meiner Sicht nicht sachdienlich.

(Zurufe von der CDU: Ach, was!)

Wir haben diese Anträge - wie schon gesagt wurde - in der Vergangenheit des öfteren diskutiert, und ich möchte noch einmal einige Gründe darlegen, die bisher zur Ablehnung des Antrages geführt haben.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im gültigen **Bedarfsplan** für den **Bundesfernstraßenbau** in der Fassung von 1993 ist ein sechsspuriger Ausbau nicht enthalten.

(Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]: Wir reden doch über die Zukunft!)

- Sie haben eben auch über die Vergangenheit diskutiert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme gleich in die Zukunft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Entscheidung des Bundes basiert auf einer **Gesamtverkehrsprognose** bis zum Jahre 2010 unter Einschluß der internationalen Verkehre in Schleswig-Holstein. Ein sechstrassiger Ausbau wird nur vom Bund durchgeführt - und das sind bis heute noch Ihre Regeln -, wenn die Mindestbelastung 80.000 KFZ pro 24 Stunden beträgt.

(Wortmeldung der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Keine Zwischenfrage! Ich muß leider noch etwas zum Bundesverkehrswegeplan sagen, was ich nicht vorgesehen hatte.

Diese **Grenzbelastung** ist nach Ansicht der schleswig-holsteinischen Landesregierung vor allem unter Berücksichtigung des besonders wichtigen Projekts **A 20** als Nordwestumfahrung Hamburgs nur im Teilbereich Hamburg - Quickborn mit etwa 83.000 KFZ pro 24 Stunden zu erwarten.

In dem übrigen Bereich der **A 7** liegt die Prognose in der Größenordnung von 60.000 KFZ pro 24 Stunden und damit erheblich niedriger.

Zu den Staus in Fahrtrichtung Süden muß ich Ihnen sagen: Die Staus liegen hauptsächlich auf Hamburger Gebiet. Sie sind zum einen verursacht durch den Elbtunnelausbau, zum anderen am Dreieck Nordwest durch die Zusammenführung der A 23 und der A 7. Weiterhin haben wir Stauspitzen im Urlaub und infolge von Verkehrsunfällen.

Auf dem Gebiet der Hansestadt Hamburg ist die Erweiterung der A 7 von sechs auf acht Streifen zwischen der Anschlußstelle Stellingen und dem Autobahndreieck Nordwest im vordringlichen Bedarf enthalten. Gleichzeitig ist im vordringlichen Bedarf ein sechsspuriger Ausbau bis zur Anschlußstelle Schnelsen enthalten.

Eine diesbezügliche Realisierung, die von Hamburg angestoßen werden müßte, würde die Staubildung auf schleswig-holsteinischem Gebiet erheblich reduzieren. Eine Initiative hierzu muß aber vom Hamburger Senat ausgehen, nicht von der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus schleswig-holsteinischer Sicht steht der Bau der A 20 auf der Prioritätenliste ganz oben. Ich sage Ihnen klar: Ein sechsspuriger Ausbau bis zum Autobahndreieck Bordesholm hat für mich nicht dieselbe Priorität. Wir dürfen uns bei unseren Forderungen nach Straßenbaumaßnahmen nicht verzetteln, wenn wir zeitnahe Realisierungen anstreben. Deshalb müssen wir uns auf die wirklich prioritären Projekte beschränken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie Sie das machen, haben Sie im letzten **Bundesverkehrswegeplan** bewiesen. Schon bei Abschluß 1992 hatten Sie eine 30prozentige Unterfinanzierung eingeplant. Das heißt, Sie planen nicht, wie es in der Wirtschaft üblich ist, wo man anspruchsvolle, aber erreichbare Planungen macht, sondern Sie planen,

(Minister Horst Günter Bülck)

wenn auch ebenfalls anspruchsvoll, so doch leider unerreichbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thomas Stritzl [CDU]: Na, na, na!)

- Juristisch, Herr Abgeordneter Stritzl, müßte man das als anfängliche Unmöglichkeit bezeichnen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Die Konsequenzen darüber sind Ihnen ja bekannt. In der Politik bedeutet diese Konsequenz, daß man irgendwann einmal abgewählt wird.

(Demonstrativer Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist den Leuten, die den Bundesverkehrswegeplan damals aufgestellt haben, dann ja auch passiert.

(Zuruf von der CDU: Noch ein Jahr!)

Ich möchte noch einmal betonen: Wir dürfen uns bei unseren Forderungen nach Straßenbaumaßnahmen nicht verzetteln. Wenn wir eine zeitnahe Realisierung wirklich wollen, müssen wir aus schleswig-holsteinscher Sicht die Prioritäten eindeutig definieren.

Die Anmeldung der Landesregierung zum Bundesverkehrswegeplan wird deshalb auf der Grundlage eines Gesamtkonzepts erfolgen. Für die Feststellung dieses **Gesamtkonzepts** werden wir die **Prognosen**, die jetzt aus der Untersuchung zum Thema Belt zu erwarten sind - darin wird eine verkehrstechnische Untersuchung von der Nordsee bis zur Odermündung enthalten sein; damit wird auch die A 7 berücksichtigt -, berücksichtigen. Damit haben wir die Grundlage für die Erstellung des Gesamtkonzepts. Sollte sich daraus eine geänderte Prognose für die A 7 bis zum Bordesholmer Dreieck ergeben, werden wir das berücksichtigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Wofür sind Sie jetzt?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 hat der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Herr Minister hat gerade auf anfängliche Unmöglichkeit abgestellt. Ich kann nur sagen: Der Beitrag hier war unmöglich.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, wer wie Sie eine solche Planung auf **abschnittsweises Aufkommen** ausrichten will, hat überhaupt keine Ahnung von Verkehrspolitik;

(Beifall bei der CDU)

das lassen Sie sich von mir einmal sagen! Sie haben nicht nur die Vergangenheit diskutiert, sondern auch die Fehler, die Sie mit zu vertreten haben - nicht Sie persönlich -, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, hier artikuliert. Die Fehler bestehen nämlich darin, daß Sie keine Ziele haben, nicht in die Zukunft schauen, sondern rückwärtsgerichtet mit Argumenten aus der Vergangenheit versuchen, gute Vorschläge von uns abzubügeln.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie hier sagen, das sei Aufgabe des Senats von Hamburg, dann frage ich Sie, verdammt nochmal: Warum sind Sie eigentlich Verkehrsminister? - Um zu warten, bis andere etwas tun, oder um aktiv nach Hamburg zu gehen und zu sagen, ich will hier mal ran?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Schröder, von Ihnen erwarte ich langsam nichts anderes mehr. Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie wollen. Wenn man einen Antrag zu Verkehrsprojekten des 21. Jahrhunderts komplett vorlegt, wird er im Wirtschaftsausschuß abgebügelt, ohne diskutiert zu werden. Wenn wir Ihnen heute die Chance geben, über Einzelanträge zu diskutieren, dann sagen Sie wieder, das stehe nicht im Zusammenhang mit dem Beratungsthema. Ich frage mich: Was wollen Sie eigentlich? Statt Ziele bei der A 7 zu verfolgen, wollen Sie die Hochbrücke in Rendsburg bauen. Ich denke, unter der Hochbrücke können Sie getrost weiter mit dem Oberrealokasper Hentschel pennen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Kayenburg, für diesen Ausdruck erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin, wenn Sie mir - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist das für ein Niveau! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Liebe Frau Fröhlich, das Höchstleistungsniveau hat Ihr Herr Hentschel praktiziert. Wer sich hinstellt und wie ein Kasper im Theater die Hand hinter das Ohr hält und solche Reaktionen, wie sie hier im Parlament

(Martin Kayenburg)

passieren, provoziert - wir sind nicht mehr im Karneval -, der hat einen Ordnungsruf verdient.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im übrigen ist ja bezeichnend, daß der Kollege Hay nicht im Plenarsaal ist. Warum denn wohl nicht? Er hat nämlich aus Dänemark, Frau Spoorendonk, mitgenommen: Da wird mindestens in Jütland der sechs-spurige Ausbau der A 7 gefordert. Er hat das zumindest als denkbar und prüfbar angesehen. Aber Sie stellen sich hierhin und sagen: Das interessiert uns überhaupt nicht.

Also: Wer so wie Sie Verkehrspolitik betreibt - Herr Hentschel hatte ja schon einmal Ansätze, er hatte schon einmal nachgedacht, ob man die A 7 gegebenenfalls ausbauen könnte - und in Bausch und Bogen alles ablehnt, der hat wirklich keine konstruktive Politik für dieses Land bisher gemacht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Daß Herr Hentschel wirklich nicht Kreide gefressen hat, wird ja aus verschiedenen Pressemitteilungen deutlich. Darin hat er sowohl die A 20 wie die Elbquerung, wie auch den sechsstreifigen Ausbau der A 7 für möglich gehalten. Ich denke, vor dem Hintergrund gibt es vielleicht eine Chance, gemeinsam mit den Grünen Wege zu finden. Bei allen anderen scheint das offenbar nicht der Fall zu sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg ist schon auf die Vorstellung von Herrn Hentschel eingegangen. Das will ich nicht wiederholen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn? Er hat nur Sprüche gemacht!)

- Eben hat er das gesagt. Haben Sie das nicht gehört?

Ich möchte auf Ihre Anmerkungen zu den **Mitteln** eingehen, die der **Bundesverkehrswegeplan** bereitstellt, Herr Hentschel! Es ist die Frage, wofür man diese Mittel ausgibt. Ich habe neulich schon einmal gesagt, daß mir, als ich in der Politik anfang, eine Kommunalpolitikerin in Flensburg gesagt hat: „Sie müssen eines lernen, Frau Schmitz-Hübsch: Wenn Ihnen gesagt wird, es sei kein Geld da, dann glauben Sie das nicht. Es ist immer Geld da; es fragt sich nur,

wofür es ausgegeben wird.“ - Wir verlangen, daß ein Teil dieses Geldes für den Ausbau der A 7 ausgegeben wird.

Damit komme ich zu Frau Spoorendonk.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wir stellen doch den Antrag seit x Jahren! Was soll das denn? Was meinen Sie wohl, weshalb wir hier zum drittenmal damit ankommen. Doch nur deshalb, weil das Problem so dringend ist. Die Dänen und die Schweden verstehen uns nicht mehr. Die bauen mutig und schnell die tollsten Projekte,

(Beifall bei der CDU)

um **Skandinavien** näher an **Deutschland** heranrücken zu lassen. Und was passiert? Es gibt eine Karikatur in der „Deutschen Verkehrszeitung“. Ich habe sie leider nicht dabei, aber ich kann sie Ihnen gern besorgen. In der Karikatur stehen skandinavische Trucker vor der Grenze, und am Schlagbaum steht Frau Simonis und sagt: „Sollen wir sie reinlassen?“ - Ja, so ist das. Die haben das Gefühl, daß sie durch Schleswig-Holstein gar nicht hindurchdürfen. Das ist die Politik, wie Sie mit Ihren skandinavischen Freunden umgehen!

(Beifall bei der CDU)

Frau Spoorendonk, die dänischen Forscher sind das eine. Es ist schade, daß Sie vor einer Woche nicht in Flensburg in der IHK gewesen sind; dort gab es eine Veranstaltung der Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft. Dort war als Redner der dänische Spediteur Therkelsen, einer der größten. Der hat gesagt: Wenn wir die Kompetenz dieses Logistikzentrums erhalten wollen, müssen wir die **A 7** sechsstreifig ausbauen. Er hat sogar gefordert, sie bis Flensburg sechsstreifig auszubauen; diese Auffassung teile ich nicht, bis Rendsburg kann man tatsächlich noch fahren. - Dann müssen wir sie ausbauen. Dann müssen wir das machen, damit wir weiterhin diesen Qualitätsvorsprung halten können, auch für unsere Arbeitsplätze. Reden Sie doch einmal mit den Leuten, die damit in der Praxis zu tun haben, und nicht nur mit Wissenschaftlern!

(Günter Neugebauer [SPD]: Dann sagen Sie mal, was nicht mehr vordringlich ist! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Arbeitsplätze an Autobahnraststätten!)

Herr Minister, noch ein Wort zu Ihnen! Sie haben leider keine Zwischenfrage zugelassen. Ich möchte Sie gern fragen: Wessen Aufgabe im Land wäre es gewesen, den Ausbau der A 7 für den Bundesverkehrswegeplan für den vordringlichen Bedarf anzu-

(Brita Schmitz-Hübsch)

melden? Ist es nicht als erstes die Aufgabe der Landesregierung, und hat sie das getan? Das möchte ich Sie fragen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In Ihrem Zeitungsinterview im Oktober haben Sie gesagt, der Ausbau bis Quickborn sei überfällig. Dazu haben Sie hier überhaupt nichts gesagt. Was hat Sie bewogen, das zurückzunehmen?

(Frauke Tengler [CDU]: Frau Simonis!)

Ich bitte Sie, dazu Stellung zu nehmen. Im übrigen stimme ich der Überweisung des Antrages an den Wirtschaftsausschuß zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kayenburg! Der Verkehrsminister hat Ihrer Partei hier im Landtag heute eine Frage gestellt, nämlich die Frage, welche **Prioritäten** Sie setzen.

(Zurufe von der SPD: So ist es!)

Das ist die gleiche Frage, die ich Ihnen vorher gestellt habe. Wenn man eine verantwortungsvolle **Verkehrspolitik** machen will, wenn man den Anspruch hat, eine verantwortungsvolle Verkehrspolitik zu machen, dann muß man sich dazu herablassen, diese Frage zu beantworten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es gibt Leute in der CDU, die eine Elbquerung bei Glückstadt fordern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Richtig!)

Es gibt Leute, die eine Elbquerung bei Pinneberg fordern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die müssen Sie mir mal zeigen!)

- Nehmen wir einmal die Industrie- und Handelskammer Kiel; ich habe das mit Interesse verfolgt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist nicht die CDU! - Klaus Schlie [CDU]: Die fordern die A 20!)

Es gibt Leute in der CDU, die den vorrangigen Ausbau der A 7 fordern. Das sind Projekte, die konkurrierend sind.

Wer Verkehrspolitik ernsthaft betreiben will und einen solchen Antrag stellt, der muß sich auf die Niederungen der Realpolitik hinabbewegen und auf diese Fragen Antworten geben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da sind Sie ja Fachmann! - Unruhe)

Ich kann mich gern als Oberrealokasper verstehen, lieber Herr Kayenburg, aber dann sind Sie der Superstraßenbaufundi-Pinocchio.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich verzichte!)

Dann hat jetzt Herr Minister Bülck das Wort.

(Zurufe)

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Schmitz-Hübsch, ich habe erwartet, daß Sie mir zuhören. Ich habe den Streckenabschnitt bis Quickborn in keiner Weise von einer möglichen Anmeldung für den vordringlichen Bedarf ausgenommen, sondern ich habe gesagt, daß das Ganze im Rahmen einer **Gesamtplanung** auf der Grundlage der jüngsten **Prognosen** zu erfolgen hat.

Wissen Sie, Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein sieht ganz anders aus.

(Lachen und Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Hören Sie zu, Herr Kubicki! Als ich zwanzig Jahre alt war, also 1971,

(Klaus Schlie [CDU]: So lange ist das schon her?)

mußte ich immer über die B 4 zuckeln, in einem endlosen Stau, weil Sie nicht in der Lage waren, eine Autobahn nach Schleswig-Holstein zu kriegen. Sie

(Minister Horst Günter Bülck)

brauchten erst die Olympiade, damit Sie international überhaupt einmal etwas durchsetzen konnten.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD],
Günter Neugebauer [SPD] und Bernd
Schröder [SPD])

Um nach Flensburg zu kommen, mußten Sie warten, bis sich Dänemark der EG angeschlossen hat. Allein haben Sie es nicht geschafft.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und
F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich habe nur noch eineinhalb Minuten. - Herr Kayenburg, die Forderung, sich einen Bauchladen vor den Bauch zu binden und damit nach Bonn zu gehen, wird genauso enden, wie es beim letzten Bundesverkehrswegeplan geendet hat. Damals war es so, daß keiner politisch den Mut hatte zu sagen, daß das Ding von vornherein nicht machbar ist.

Das führt im zweiten Schritt dazu, daß man sich kurz vor Wahlen hinstellt und überall noch einmal einen Spatenstich reinhämmt, wo man dann unter dem Modell der Vorfinanzierung sozusagen den Pleitegeier der Kohlschen Verkehrspolitik eingräbt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Deswegen wird es dabei bleiben. - Ich bin davon überzeugt, daß Schleswig-Holstein bezüglich der Ausstattung mit Verkehrsprojekten in der Vergangenheit zu schlecht weggekommen ist. Wir werden das Ganze aber auf der Basis einer vernünftigen Prognose machen und dann hier diskutieren, wie wir unsere Anmeldung für den nächsten Bundesverkehrswegeplan gestalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Feste Querung des Fehmarnbelt

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1940

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Frau Abgeordneter Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben eben eindrucksvoll gezeigt, daß Sie die schleswig-holsteinische Verkehrspolitik inzwischen ganz toll draufhaben, aber das haben wir schon gemerkt. Denn wir haben mit großem Interesse am 16. Februar im „Handelsblatt“ gelesen, daß Sie „mit Nachdruck“ - wie Sie selbst sagen - die Planungen für den Bau einer festen Verbindung über den Fehmarnbelt vorantreiben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ohne Prognose!)

Allerdings fragen wir uns dabei: Wer oder was soll eigentlich vorangetrieben werden? Wollen Sie den grünen Koalitionspartner zum Jagen tragen? Das scheint mittlerweile überflüssig, da sich grüne Verkehrspolitik inzwischen auf das Abnicken mehrheitsfähiger Beschlüsse beschränkt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haha! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja langweilig! Begeben Sie sich doch nicht auf so ein Niveau! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Doch, die begibt sich auf Ihr Niveau, Herr Hentschel!)

Was wollen Sie denn konkret vorantreiben? - Wir werden es sehen. - Herr Hentschel, Sie haben sich in der letzten Zeit doch so schön geäußert.

Die Ergebnisse der **Machbarkeitsstudie** werden voraussichtlich in sechs bis acht Wochen vorliegen. Konkrete **Planungen** - wie Sie es nennen - sind mir jedenfalls seit 1990 bekannt. Bereits vor zehn Jahren hat die dänische Gesellschaft Store Belt AS drei Alternativen für eine **feste Querung des Fehmarnbelt** vorgelegt, von der reinen Brückenlösung über die Brücken-Tunnel-Kombination bis hin zur vollständigen Untertunnelung.

Was Sie aber vorantreiben können und sollten, ist die Realisierung dieses Projektes. Hier steht am Anfang die Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des **Bundesverkehrswegeplans**. Das hatten wir eben schon.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Eines hat unser neuer Verkehrsminister jedenfalls sehr schnell gelernt: Wer in einer sozialdemokratisch geführten Regierung über wichtige Infrastrukturprojekte entscheiden soll, der verstecke sich möglichst lange hinter irgendwelchen Studien. Wenn Ergebnisse vorliegen, die eine Entscheidung nahelegen, das Kabinett selbst aber noch nicht entscheidungsreif ist, dann gibt man einfach eine neue Studie in Auftrag.

Denn auch mit der finanziellen Seite haben sich zumindest die dänischen Planer bereits vor fast zehn Jahren befaßt. Bei einer damals angenommenen **Investitionssumme** von 7,7 Milliarden DM würde eine feste Querung des Fehmarnbells volkswirtschaftliche Einsparungen von jährlich etwa 1 Milliarde DM bringen. Das hieße, daß die Investoren bereits nach 13 Jahren mit Gewinnen rechnen könnten. Selbst bei schlechtesten Rechnungen wäre die Gewinnzone nach 20 Jahren erreicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit 1970 steigt die Zahl der über den **Fehmarnbelt** transportierten **Fahrzeuge** kontinuierlich an. 1990 wurden mit Fähren täglich 7000 Fahrzeuge über den Großen Belt, 5000 über den Öresund und 3000 über den Fehmarnbelt transportiert. Seit Jahren drängen unsere schwedischen und dänischen Nachbarn darauf, die Planungen für den Bau einer Trasse voranzutreiben. Damit würden sich die Transportwege der wirtschaftsstarken Öresundregion und der Bundesrepublik um rund 160 km verkürzen, weil der Umweg über das dänische Jütland wegfallen würde.

Bis zum Jahre 2010 wird mit einem jährlichen Wachstum von 2,7 % der Verkehrsströme aus Skandinavien und dem gesamten östlichen Ostseeraum gerechnet. Anders ausgedrückt: Das auf 115 Millionen t geschätzte Gesamtaufkommen im Jahre 2010 entspricht einer Steigerung von fast 50 % gegenüber dem Aufkommen 1997. Das wiederum wären täglich rund 4.000 LKW mehr als heute.

Vor diesem Hintergrund verspricht uns der Verkehrsminister, er wolle möglichst schnell **Finanzierungsfragen** klären. Spätestens seit der Ankündigung des Herrn Kollegen Hay gehen wir zwar davon aus, daß das jahrelange Hin und Her in der SPD-Fraktion inzwischen beendet ist, daß die Grünen dem Verkehrsprjekt allerdings vorbehaltlos zustimmen werden, überrascht uns aber schon.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat uns überrascht!)

Vielleicht überrascht das sogar Sie selbst, Herr Hentschel? Aber zwischen dem roten Kabinett und der grünen Landtagsfraktion ist ganz offensichtlich die Zeit der Zärtlichkeit angebrochen. Wie sonst könnte

Minister Bülck erklären, er erwarte keineswegs, daß die Grünen in Kiel oder im Bund dem Projekt Fehmarnbeltquerung negativ gegenüberstehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er kennt seine Grünen zwischenzeitlich!)

Das freut uns um so mehr, denn damit wird vermutlich nicht nur die SPD-Fraktion unserem Antrag zustimmen, sondern auch die Grünen. Gerade diese Einhelligkeit in Richtung Bonn wird unterstreichen, wie ernst es Schleswig-Holstein damit ist, die **Chancen**, die sich aus der wirtschaftlichen **Prosperität der Ostseeregion** ergeben, auch wahrzunehmen. Ich bedanke mich also im voraus schon für Ihre Zustimmung und verweise im übrigen noch einmal auf die Ausführungen der Ministerpräsidentin und auch des Europaministers in Malmö, die dort zu Recht gesagt haben: Der Handel mit dem Ostseeraum hat inzwischen fast das Volumen von dem deutschen Handel mit Japan und den USA. Beide haben zu Recht darauf hingewiesen, daß die notwendige Infrastruktur dafür hier schnell zur Verfügung gestellt werden muß, und haben ebenfalls darauf verwiesen, daß unsere nördlichen Nachbarn viel mutiger und entscheidungsschneller sind als wir. Sie können sich diesem Antrag heute also wirklich nur anschließen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mittlerweile ist ja wohl deutlich geworden, daß wir durchaus eine verbundene Debatte zu diesen Verkehrsthemen hätten führen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann hätte man auch noch besser - aber vielleicht ist das nicht gewollt - auf die einzelnen Beiträge eingehen können, Herr Kayenburg!

(Martin Kayenburg [CDU]: Das tun wir trotzdem!)

Aber wir haben ja noch zwei Verkehrsthemen; da wird sich das sicherlich aufklären. Mit dem heutigen Antrag der F.D.P.-Fraktion wird die Landesregierung aufgefordert, umgehend Verhandlungen mit dem Bundesminister für Verkehr aufzunehmen, um das Ziel zu erreichen, eine **feste Querung des Fehmarnbells** als kombinierte Straßen-Schienen-Verbindung in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufzunehmen.

(Bernd Schröder)

Ich gebe den Inhalt des Antrags bewußt noch einmal wieder, weil ich - und sicherlich nicht nur ich - meine Schwierigkeiten damit habe, diesen Antrag zeitlich einzuordnen. Seit August 1996 gibt es erste vorläufige Ergebnisse, die denkbare **Alternativen** aufzeigen. Die kürzeste Verkehrsverbindung von und nach Skandinavien führt über die Vogelfluglinie. Damit ist folgerichtig der Ausbau und die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg - Lübeck - Puttgarden - Kopenhagen, einschließlich einer festen Fehmarnbeltquerung, sowohl in den Bundesverkehrswegeplan 1992 als auch in die Leitschemata der transeuropäischen Netze übernommen worden. Darüber hinaus hat die Kommission in ihrem Weißbuch zur Förderung des Wirtschaftswachstums und Behebung der Arbeitslosigkeit die feste Fehmarnbeltquerung als eines von 26 Verkehrsprojekten vorgeschlagen, die baldmöglichst hergestellt werden sollten.

1993 haben Deutschland und Dänemark in der **Nordischen Verkehrsministerkonferenz** vereinbart, zunächst eine **Studie** über Zweckmäßigkeit und Durchführung dieser Querung einschließlich Alternativen, die der politischen Entscheidungsfindung dienen sollen, erarbeiten zu lassen. Diese Studie ist von der Europäischen Union mit über 3 Millionen Ecu gefördert worden.

Die SPD-Fraktion und auch die Landesregierung haben deutlich gemacht, welche Chancen in einer kombinierten Straßen-Schienen-Querung des Fehmarnbelts für **Schleswig-Holstein** als **Drehscheibe des Nordens** liegen können.

Unser Fraktionsvorsitzender Lothar Hay hat vor kurzem öffentlich erklärt, daß Schleswig-Holstein über eine feste Beltquerung direkt an die dynamische Wachstumsregion Öresund angeschlossen werden könnte. Die möglichen Entwicklungspotentiale einer derartigen Verbindung lassen sich beim Bau der Öresundbrücke nachvollziehen. Es hat sich gezeigt, daß es durchaus positive Arbeitsplatzeffekte durch die attraktive Anbindung des Wirtschaftsraumes gibt.

Zum Terminplan ist jedoch zu sagen, daß die Vorlage der **Machbarkeitsstudie** Voraussetzung für eine abschließende Bewertung ist. Weiter gehören dazu die Analysen und Prognosen der Verkehrsströme, die Umweltuntersuchung der Anschlußstrecken, die sozio-ökonomische Studie, so daß alle Ergebnisse aufeinander abgestimmter Untersuchungen die Grundlage für eine Entscheidung bilden. Gerade die Frage der Finanzierung wird damit - auch in Abstimmung mit Dänemark - von erheblicher Bedeutung sein.

Vor diesem Hintergrund, daß noch nicht einmal die Untersuchungsergebnisse und Informationen vorliegen, die eine sachgerechte und verantwortliche Ent-

scheidung ermöglichen, kann ich den F.D.P.-Antrag zum heutigen Zeitpunkt nicht nachvollziehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können Sie wahrscheinlich später auch nicht!)

Andere arbeiten intensiv und verantwortungsvoll an diesem Thema, und Sie stellen die Anträge. Das Beispiel hatten wir auch in der vorletzten Landtagstagung, siehe S-Bahn-Anschluß Fuhlsbüttel. Der war ja auch ausgesprochen erfolgreich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: War er auch! Kommt ja auch!)

Wir stehen für eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein. Wir wollen die Chancen als Drehscheibe nutzen. Wir wollen eine zukunftsichere Infrastruktur aller Systeme gerade in der Vernetzung und Kombination sicherstellen. Wir werden uns mit den Ergebnissen der Studie auseinandersetzen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Toll!)

und mit den betroffenen Menschen vor Ort reden und dann die für Schleswig-Holstein richtige Entscheidung treffen.

Wir stimmen einer Überweisung an den Wirtschaftsausschuß zu.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sicher ist richtig, daß der **Bundesverkehrswegeplan** unterfinanziert worden ist. Aber vielleicht kann ich auch noch ein bißchen Unterstützung geben, Herr Minister! All das, was in der Vergangenheit jemals geplant worden ist, ist auch gebaut worden. Das heißt, Sie müssen nur anfangen zu planen. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt bei uns keinen Bauchladen, sondern es gibt klare **Prioritäten**. Die Prioritäten heißen für uns A 20, feste Elbquerung, Fehmarnbelt und parallel dazu Ausbau der A 7. Ich denke, das sind klare Prioritäten, die auch in der Vergangenheit so genannt worden sind. Der parallele Ausbau der A 7 - das sind im Vergleich zu den anderen Projekten so minimale Beträge, Herr Hay, daß das gar kein Problem sein dürfte.

Nun habe ich gedacht, man könne sich wenigstens auf die Presseerklärung des Ministers verlassen. Aber auch das scheint ja nicht der Fall zu sein. Am

(Martin Kayenburg)

11. Februar heißt es: Herr Müntefering und Herr Bülck seien sich einig über vorrangige Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein. Bis jetzt ist hier nichts über diese Einigkeit gesagt worden. Er schreibt dann, die Elbquerung westlich von Hamburg sei ein prioritäres Projekt. Nein, Herr Minister, das ist das prioritäre Projekt!

Wenn es um die **Fehmarnbeltquerung** geht, dann sind wir hier zumindest auf dem richtigen Weg. Die Grünen haben in der Vergangenheit versucht, alles aufzuhalten - zumindest scheinen sie bei der Fehmarnbeltquerung nachzudenken, wenngleich Herr Hentschel das in seinem Interview auch noch abgelehnt hat. Die SPD war in der Vergangenheit eher gespalten. Die meisten von ihnen haben sich nicht geäußert, bis endlich Herr Hay offiziell gesagt hat, er wolle die Fehmarnbeltquerung unterstützen. Diese aktive Unterstützung begrüßen wir, Herr Hay! Allerdings verstehe ich die Beschwerde von Herrn Schröder gegenüber der F.D.P. nicht. Das ist auch gar nicht Ihre Idee gewesen, sondern das ist ein Antrag der CDU aus dem Jahr 1991. Aus diesem Grunde begrüßen wir, daß die F.D.P. heute noch einmal unterstützt, daß diese Querung auf die Schiene gebracht wird.

(Beifall bei der CDU)

Das Problem ist allerdings, Herr Hay: Ich frage mich, was hinter Ihrem Sinneswandel steht, daß Sie plötzlich die Fehmarnbeltquerung so intensiv unterstützen. Wollen Sie sich klammheimlich ein Stück weit von der A 20 verabschieden?

(Zurufe von der SPD)

Wie anders ist dann zu erklären - oder erklären Sie es uns bitte -, daß Sie in der „Dithmarscher Zeitung“ vor kurzem wiederholt die Kombinationsquerung Schiene und Straße für die Unterelbe gefordert haben. Ich dachte, das Ding sei nun wirklich erledigt. Wenn Sie den Kopf schütteln, dann müssen Sie bitte die Pressemeldung korrigieren. Jedenfalls hat die verkehrswirtschaftliche Untersuchung eindeutig ausgewiesen - und der Beschluß hier ist im übrigen genau so -, daß wir eine Straßenquerung und keine Straßen-Schienen-Querung wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie diese Querung nun aushebeln wollen, indem Sie auf den Fehmarnbelt verweisen, dann ist das sicherlich der falsche Ansatz. Aber Frau Schmitz-Hübsch hatte schon darauf hingewiesen. Wir wollen diese Querung, weil wir Anschluß haben wollen an die Öresundregion und an die Entwicklung, die im Bereich Malmö und Kopenhagen längst stattgefunden haben.

Sie selbst haben unterstrichen, daß der Druck aus Dänemark und aus Schweden erheblich ist, daß diese Querung gebaut wird. Die schnellen Fähren helfen Ihnen überhaupt nicht, Herr Kollege Hentschel. Sie übersehen dabei nämlich folgendes. Selbst wenn Sie die Zeiten halbieren, gibt es Wartezeiten bei den Fähren. Warum gibt es denn Aufstellräume für LKW und PKW? Die Mehrzeit von 15 Minuten, die Sie ausrechnen, ist in keiner Weise haltbar. Sie sollten sich einmal mit Logistikfachleuten unterhalten, die Ihnen sehr schnell klarmachen werden, daß gebrochene Verkehre immer teure und unwirtschaftliche Verkehre sind. Das ist ein Grund, warum wir die **Fehmarnbeltquerung** brauchen,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

wenn wir diese Entwicklung mitmachen wollen.

Im übrigen sollten wir nicht verkennen, daß diese Querung erhebliches Entwicklungspotential für Fehmarn selbst, aber auch für den Raum Heiligenhafen bis hinunter nach Travemünde bedeutet. Glauben Sie denn, dort werden wir noch einen Ausbau haben, wenn es bei der bisherigen Entwicklung bleibt?

Sie sagen, wir guckten rückwärts. In einem Punkt sollten Sie einmal rückwärts gucken. Sie sind von der Realität doch schon längst überholt worden. In Puttgarden ist doch fast alles abgebaut worden. Das ist die Entwicklung, wenn wir auf Fähren und nicht auf die Fehmarnbeltquerung setzen.

Wir wissen, daß die staatlichen Mittel knapp sind. Wir wissen aber auch, daß wir nur mit dem Bau dieser Querung eine Chance haben, auch den Ostteil Schleswig-Holsteins zu entwickeln. Von daher sind wir der Auffassung: Die Querung muß in den vor-dringlichen Bedarf. Auf die **private Finanzierung** beziehungsweise die Projektfinanzierung hat Frau Aschmoneit-Lücke ja inzwischen hingewiesen. Das ist der Weg, den wir beschreiten können.

Daß eine private Finanzierung großes Interesse hervorruft, wird auch daran deutlich, daß die Dänen offenbar sogar ihre Pensionsfonds in die Brückenbaumaßnahmen einbringen wollen. Vielleicht sollten wir einmal darüber nachdenken, ob uns nicht solche rentierlichen Investitionen in die Lage versetzen, im sozialen Bereich zusätzliche Ideen und Möglichkeiten zu haben. Das, Herr Hentschel, sollten Sie in Ihre Überlegungen einbeziehen, statt ständig gegen den Bundesverkehrswegeplan zu wettern.

Ich kann nur hoffen, daß der Staatsvertrag und der Bau so schnell zustande kommen, wie das zwischen Dänemark und Schweden passiert, innerhalb von sechs Jahren. Das ist ein technisches, vor allem aber ein planungsrechtliches Meisterwerk, das da über die

(Martin Kayenburg)

Bühne gegangen ist. - Ich fordere Sie deswegen dazu auf, den F.D.P.-Antrag zu unterstützen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich höre immer nur: „muß“, „soll“, „muß“, „soll“. Ich frage mich, ob man so tatsächlich eine rationale Diskussion über Verkehrspolitik führen kann.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Martin Kayenburg [CDU]: Wenn wir an der Regierung sind, tun wir es! Jetzt können wir Sie nur auffordern!)

Als Randbemerkung: Sie haben immer noch nicht geantwortet. Sie haben immer noch nicht gesagt, welches Ihre Prioritäten sind. Heißt das, daß der Ausbau der A 21, der zur Zeit in Gang ist, seit vielen Jahren in Gang ist, gestoppt wird?

(Martin Kayenburg [CDU]: Der ist erledigt! Das ist ein Selbstgänger!)

Der ist erst zu einem Drittel realisiert.

Heißt das, daß der Ausbau der A 23 gestoppt wird? Heißt das, daß der bereits begonnene Ausbau der A 1 gestoppt werden soll? Der Ausbau der A 1 geht übrigens auch in Richtung Fehmarn. Soll das gestoppt werden?

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen mal zuhören!)

Sie müssen wirklich einmal sagen, was Sie vorhaben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie brauchen jetzt nicht abzulenken!)

- Herr Kayenburg, neulich hat jemand von Ihnen eine Kleine Anfrage eingereicht und gefragt: Was ist mit der Ortsumgehung Preetz? Warum wird sie nicht gebaut? Sie ist doch schon längst versprochen worden. - Das ist Bundesverkehrswegeplan. Das sind Gelder. - Was wollen Sie stoppen? Was wollen Sie finanzieren? Wenn Sie darauf keine Antwort geben, sind das, was Sie hier vortragen, nichts weiter als Luftblasen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sagen Sie, Herr Hentschel, wie groß ist das Budget für Schleswig-Holstein?)

Noch eine Anmerkung! Das Loben von Verkehrsminister Bülck aus den Reihen der CDU schien offensichtlich nur so lange vorzuhalten, wie er ihnen dienlich war, um die Landesregierung gegenüber den Grünen in Stellung zu bringen. Nachdem sich jetzt abzeichnet, daß wir durch eine sehr rationale und konstruktive Diskussion dazu kommen,

(Meinhard Füllner [CDU]: Konzeptionslos!)

uns auf vernünftige Ergebnisse hinzubewegen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben gar keine Stellung mehr!)

paßt Ihnen das plötzlich nicht mehr, und Sie schütten Schimpfkanonaden auf den neuen Minister,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

den sie vorher so gelobt haben.

Ich finde, das ist etwas durchsichtig. Was dahintersteht, ist, daß die ganzen Anträge, die sie heute stellen, nichts, überhaupt nichts mit Perspektiven der Verkehrspolitik zu tun haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Sie haben schlichtweg etwas damit zu tun, daß Sie parteipolitischen Wahlkampf betreiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich komme jetzt zum Fehmarnbelt. - Zur allgemeinen Verkehrspolitik sage ich in der nächsten Runde etwas.

Zum Fehmarnbelt ist festzustellen: Wir verkürzen durch den Bau einer **Fehmarnbeltquerung**, die voraussichtlich zwischen 5 und 10 Milliarden DM kostet, also der Größenordnung eines halben bis eines ganzen Haushalts des Landes Schleswig-Holstein entspricht - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Den bezahlen wir auch! Den bezahlt das Land Schleswig-Holstein, Herr Hentschel! Wo leben Sie eigentlich!)

In dieser Größenordnung spielen sich die Kosten ab. Diese Summe - um einmal zu verdeutlichen, um welche Größenordnung es sich handelt - ist größer als die Beträge für alle Vorhaben, die für die nächsten 30

(Karl-Martin Hentschel)

Jahre insgesamt im Bundesverkehrswegeplan Schleswig-Holstein stehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gut, daß wenigstens du rechnen kannst!)

Um eine solche Summe handelt es sich.

Wenn Sie ein solches Projekt wollen, müssen Sie sagen, wie Sie es finanzieren wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja! - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ja!)

Zur **Finanzierung** ist festzustellen: Heute fahren zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark täglich 5.000 PKW und 700 LKW. Die PKW zahlen für die Fähre eine Gebühr von 100 DM, die LKW eine Gebühr in Höhe von 500 DM.

Die PKW-Fahrer sind überwiegend Urlaubsfahrer;

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ach?)

die Hauptlast ist in der Sommerzeit. Das alles sind Leute, die durchaus bereit sind, eine Seefahrt von einer halben Stunde in Kauf zu nehmen, das sogar als Attraktion empfinden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die fliegen auch gern!)

Bei den LKW ist es so, daß die Speditionen den Vorteil haben, daß die Dreiviertelstunde auf dem Schiff als Pause gewertet wird

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

und damit die Möglichkeit eröffnet wird, daß diese Zeiten nicht auf die Fahrzeiten angerechnet werden. Das ist ein großer Vorteil.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die sind auch genau zu dem Zeitpunkt an dieser Stelle! So ein Schwachsinn!)

Es gibt einen erheblichen Teil schwedischer Speditionen, die bereits dazu übergehen, ihre Fahrzeuge nach Deutschland, nach Mitteleuropa von Trelleborg aus über Saßnitz oder Rostock fahren zu lassen, weil die Fahrer dann schlafen können und sie damit einen zweiten Fahrer einsparen. Dies bedeutet erhebliche Personalkosteneinsparungen. Wir müssen einfach rational diskutieren, wenn wir über solche Dinge reden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sollten Sie vielleicht mal tun und dann mit den Betroffenen reden!)

Die entscheidende Frage ist folgende. Wenn man bei einer **Brücke** als Maut für einen PKW 100 DM und für einen LKW 500 DM nimmt - das, was jetzt für die Fähre gezahlt wird, ist das Maximum dessen, was man kriegt -, bedeutet das, daß wir, wenn das Ding 6 Milliarden DM kostet - also die untere Schätzungsgrenze -, einen Kostendeckungsgrad haben, der zur Zeit bei 25 % der Finanzierung liegt. Das muß man wissen. Das heißt, dreiviertel des Projektes müßten vom Staat getragen werden.

Wenn es zu erheblichen Verkehrssteigerungen kommt, wird es günstiger. Aber anders als im Hamburger Rand, bei der Elbquerung, wo man 5 DM Maut rechnet und wo es erhebliche zusätzliche Pendlerverkehre geben wird, wird es über Fehmarn wahrscheinlich bei 100 DM Maut keine Pendlerverkehre geben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das weiß jedes Unternehmen!)

Es ist also sehr unwahrscheinlich, daß Sie die notwendige Vervierfachung der Verkehrszahlen bekommen. Das ist eine rationale Überlegung. Das hat erst einmal nichts damit zu tun, daß das Ding umweltschädlich ist und 600 Arbeitsplätze in Fehmarn vernichtet

(Wortmeldung der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- ich bin am Ende meiner Redezeit, keine Chance mehr; ich bin schon drüber -, daß es 600 Arbeitsplätze in **Fehmarn** vernichtet und damit diese Insel der heutigen Existenzgrundlage beraubt. Das muß man wissen. Der Verlust von 600 Arbeitsplätzen auf Fehmarn ist das Ende der Ökonomie in der heutigen Form auf Fehmarn. Man muß über diese Dinge also einmal ehrlich nachdenken.

Ich bin nicht der Meinung, daß man es nicht rational diskutieren soll. Das ist auch mein Angebot.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Bitte kommen Sie zum Schluß!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich möchte rationale und vernünftige Diskussionen. Aber ich möchte weg von einer ununterbrochenen platten Propaganda, die überhaupt nichts mit Verkehrspolitik zu tun hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann machen Sie das doch! - Beifall bei BÜNDNIS

(Karl-Martin Hentschel)

90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verkehrspolitik Teil 2! Seit der vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Lothar Hay angestoßenen Diskussion um den Bau einer festen Querung über den Fehmarnbelt ist das Thema in allen Medien des Landes ausgiebig diskutiert worden.

(Holger Astrup [SPD]: Auch in „Flensburg Avis“!)

Im Landtag haben wir uns sowohl in der Debatte um die Regierungserklärung „Rahmenbedingungen und Perspektiven für Schleswig-Holstein“ als auch im Rahmen des CDU-Antrags - ich wiederhole - „Schleswig-Holstein im 21. Jahrhundert“ mit einer möglichen **Fehmarnbeltquerung** befaßt.

Die Landesregierung und der Wirtschaftsminister haben sich klar für den Bau einer Querung ausgesprochen. Die Positionen aller im Landtag vertretenen Fraktionen sind dabei deutlich geworden.

Nun hat die F.D.P. einen Antrag eingebracht, in der sie die Landesregierung auffordert, umgehend mit dem Bundesverkehrsministerium in Verhandlungen zu treten, um eine feste Querung des Fehmarnbelt als kombinierte Straßen-Schienen-Verbindung in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufzunehmen.

Das ist natürlich ein sehr medienwirksamer Antrag - wie immer von der F.D.P. - nach dem Motto: „Seht her, die anderen reden; wir handeln.“ Aber so einfach geht es in dieser Frage nicht. Denn man kann nicht daran vorbeikommen, daß gemeinsam von der dänischen und der deutschen Regierung ein Gutachten über Auswirkungen einer festen Querung über den Fehmarnbelt beschlossen und in Auftrag gegeben worden ist. Diese Gutachten werden erst Ende März vorliegen.

Zweitens muß auch bei der Fehmarnbeltquerung die Frage der Prioritäten Schleswig-Holsteins bei dem neuen Bundesverkehrswegeplan eine wichtige Rolle spielen. Wie gesagt: Es ist leicht, einfach zu fordern, alle für Schleswig-Holstein wichtigen Projekte in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufzunehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Selbstverständlich müssen wir das fordern!)

- Ich werde gleich noch darauf zurückkommen.

Die Prioritätensetzung ist aber auch Politik. Alles zu wollen, hat nichts mit Politik zu tun. Das hat populistische Gründe.

(Beifall bei der SPD)

Die prinzipielle Diskussion über den Sinn einer Fehmarnbeltquerung ist jedoch vor dem Hintergrund der zu erwartenden stark ansteigenden Verkehrsströme zwischen Skandinavien und Deutschland vernünftig. Denn es ist richtig, daß ein großer Teil der Verkehrsströme besonders von Norwegen und Schweden in Zukunft den Weg über die Vogelfluglinie gehen wird - gerade auch, weil die Kapazitäten im Straßen- und Schienenverkehr über den nördlichen Landesteil dem zu erwartenden Verkehrsanstieg nicht standhalten können. Denn beispielsweise die Rendsburger Hochbrücke wird trotz der Renovierungsarbeiten auf absehbare Zeit ein Engpaß für den Schienenverkehr bleiben. Das ist ein Problem für den Schienenverkehr.

(Beifall bei der SPD)

Eine neue Brücke für den Schienenverkehr über den Nord-Ostsee-Kanal dürfte trotz des energischen Einsatzes des Rendsburger Abgeordneten Günter Neugebauer - den der SSW natürlich voll unterstützt; das heißt sein Anliegen - noch lange auf sich warten lassen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Über das erste würde ich mich auch freuen!)

Ungeachtet der Prioritätenfrage, wann die feste Fehmarnbeltquerung zu realisieren ist, ist der SSW der Auffassung, daß man sich bei der **Finanzierung** dieses großen Projekts auf skandinavische Erfahrungen stützen muß. Beispielsweise - wir wissen das alle - werden sowohl die Große-Belt-Querung als auch die Øresundquerung voll durch die **Maut** der Benutzer finanziert. Die Regierungen von Dänemark und Schweden garantieren nur für die Kredite, die zum Bau der Projekte auf dem Kapitalmarkt aufgenommen wurden. So umgeht man, daß die Steuerzahler für die Milliarden-Gelder, die zum Bau benötigt werden, aufkommen müssen; und man sichert durch die Maut ein vernünftiges und belastbares Verkehrsaufkommen auf der Querung. Der SSW tritt also für eine Maut ein.

Auch unter umweltpolitischen Aspekten empfiehlt der SSW, daß man auf die skandinavischen Erfahrungen zurückgreift. So wurden bei den beiden großen Verkehrsprojekten umfangreiche Umweltschutzmaßnahmen zur Vorbedingung für den Bau gemacht. Der umweltfreundliche öffentliche Verkehr wurde gezielt bevorzugt, indem beschlossen wurde, dem **Schienen-**

(Anke Spoorendonk)

verkehr einen zeitlichen Vorsprung gegenüber dem Autoverkehr zu geben. Der SSW fordert, daß solche Erfahrungen bei einer möglichen Fehmarnbeltquerung in die Planungen einfließen müssen.

Nun habe ich den Vorteil, daß ich selbst dänisch lesen kann. Ich brauche also nicht dänisch lesen zu lassen. Ich möchte auf eine Untersuchung hinweisen, die von dem Industrieverband „Storestrøms Amt“ im Herbst 1998 gemacht wurde.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber bitte auf deutsch!)

Aus dieser Untersuchung von „Storestrøms Amt“ geht hervor, daß die Unternehmen natürlich die Große-Belt-Querung in Anspruch nehmen wollen. Das war also noch vor der Eröffnung. Von den großen Unternehmen wurde aber auch deutlich gemacht, daß sie, wenn es zu einer Fehmarnbeltquerung komme, diese natürlich benutzen würden. Preisqualität und Transportzeit seien für die Unternehmen von entscheidender Bedeutung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Über 90 % wollen aber den LKW-Verkehr. 4 % sehen eine Möglichkeit in einer Kombination zwischen See- und Schienenverkehr. 20 % sagen, daß die Fährverbindungen noch eine sekundäre Möglichkeit seien. Ich meine: Wir werden mehr LKW-Verkehr bekommen, wenn wir nicht gleichzeitig sagen: Die Schienenanbindung muß gestärkt werden.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluß!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich komme zum Schluß.

Ich wollte nur noch dem Kollegen Schlie ein bißchen Nachhilfe geben. Er ist im Moment nicht da. Er wollte wissen: Was will denn jetzt der SSW?

Der SSW will, daß nicht alles auf die Straße verlagert wird. Wenn man eine Speditionsfirma im Grenzgebiet, die nur vom LKW-Verkehr lebt, fragt: „Was wünscht ihr euch von der Entwicklung?“, dann kriegt man natürlich die Antwort, die man erwartet hat. Frau Schmitz-Hübsch, Sie wissen genau wie ich, daß es in Flensburg Speditionsfirmen gibt, die geweint haben, als der Güterbahnhof in Flensburg geschlossen wurde.

(Beifall bei der SPD)

Denn damit ist die Möglichkeit einer Anbindung an den Schienenverkehr nicht mehr gegeben. Wir müssen

also die Prioritäten setzen. Das meine ich mit meinem vorherigen Antrag, daß wir das miteinander im Ausschuß debattieren müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Bülck.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur festen Querung des Fehmarnbelt hat die Landesregierung bereits frühzeitig klar Position bezogen. Eine Stärkung der **Vogelfluglinie** ist notwendig und dringlich, um angesichts der dynamischen Entwicklung im südlichen Ostseeraum die Chancen für Schleswig-Holstein im Wettbewerb und in der Wirtschaft zu suchen.

(Beifall bei der SPD)

Sie ist von herausragender Bedeutung für die überregionale Entwicklung und wird deshalb von uns, wenn die **Gutachten** vorliegen, vorangetrieben werden.

Selbstverständlich müssen bei einer Bewertung des Vorhabens auch die Auswirkungen auf die bestehenden Fährbetriebe und ökologische Eingriffe mit berücksichtigt werden. Diese Probleme sind Gegenstand der umfassenden Untersuchung, die von der dänischen Regierung und der Bundesregierung in Auftrag gegeben worden sind. Nun sagen Sie, Frau Aschmoneit-Lücke, daß man immer, wenn man in der Verkehrspolitik nicht weiter wisse, neue Untersuchungen einleiten würde. Jetzt frage ich Sie: Warum hat denn die Bundesregierung 1995 diese Untersuchung eingeleitet? Es ist doch nicht so, daß die Landesregierung das verzögert hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden also die Ergebnisse ihrer Untersuchung sorgfältig prüfen, auswerten und in unsere Entscheidungen einbeziehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die Entscheidungen treffen wir dann! Sie brauchen sie nicht zu treffen!)

- Das hätten Sie in Bonn ja schon vor zehn Jahren anregen können. Denn wenn Sie sagen, daß die Wirtschaftlichkeit schon vor zehn Jahren feststand und die Dänen das schon immer gewollt haben, dann hätte

(Minister Horst Günter Bülck)

man das, weil das ein völkerrechtlicher Vertrag hätte sein müssen, auch befördern können.

Im übrigen ist es so, daß die Dänen in der Vergangenheit eine gewisse Priorität auf der Großen-Belt-Querung hatten. Heute, wo das Verkehrsaufkommen auf der Großen-Belt-Querung 2,5fach höher als ursprünglich in den Berechnungen angenommen ist, ist die Sicherheit da, daß die **Finanzierung** klappt; und deshalb wird jetzt die Fehmarnbeltquerung angefaßt.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden also die Ergebnisse prüfen. Mitte März erwarten wir die Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse. Dabei handelt es sich im einzelnen um eine technisch-ökologische Machbarkeitsstudie, eine Verkehrsnachfragestudie, eine Umweltuntersuchung der Anschlußstrecken auf Schiene und Straße sowie eine Untersuchung der regionalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung mit der notwendigen Kosten-Nutzen-Analyse aller Lösungsmöglichkeiten soll zur Jahresmitte vorliegen.

Die Landesregierung hat in Abstimmung mit dem Bundesverkehrsminister veranlaßt, daß die Ergebnisse in der zweiten Aprilhälfte bei uns vorgestellt werden. Dann können wir in eine umfassende Diskussion eintreten. Ich biete dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses eine Information und Präsentation durch die Gutachter gern an.

Wir können die Ergebnisse des Diskussionsprozesses nicht vorwegnehmen. Aber eines steht für die Landesregierung schon heute fest: Bei einer positiven Bilanz aller verkehrlichen, wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und ökologischen Effekte wird die Landesregierung kurzfristig eine positive Entscheidung für eine kombinierte **Schienen-Straßen-Querung des Fehmarnbelt** herbeiführen.

Die Umsetzung dieses grenzüberschreitenden Großvorhabens setzt eine Vereinbarung der dänischen und der deutschen Regierung voraus. Morgen werde ich in Kopenhagen mit der dänischen Verkehrsministerin Sonja Mikkelsen über die Fehmarnbeltquerung sprechen. Ich bin zuversichtlich, daß bei einer positiven Bewertung aller Aspekte und bei einer Lösung der Finanzierung des Querungsbauwerks und der Anschlußverbindung auch auf nationaler Regierungsebene eine positive Entscheidung zur Realisierung der festen Fehmarnbeltquerung getroffen wird.

In diesem Zusammenhang wird die Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans ein notwendiger und konsequenter Schritt sein. Im übrigen ist zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans anzumerken, daß es hierzu ein eingespieltes Verfahren gibt. Im zweiten Halbjahr 2001 wird das

Bundeskabinett eine Entscheidung treffen, und voraussichtlich Mitte 2002 soll der neue Bundesverkehrswegeplan einschließlich der Ausbaugesetze vorliegen.

(Zuruf von der CDU - Ursula Kähler [SPD]:
Sie würden 20 brauchen!)

- Ich habe das leider nicht verstanden. Ein genauer Zeitplan, wann die Länder ihre Anmeldungen einbringen werden, liegt noch nicht vor. Wir werden darüber Mitte März informiert werden.

Wir arbeiten im Ministerium zur Zeit an einem Prioritätenkatalog, der zu einer Gesamtkonzeption für Schleswig-Holstein führen wird. Ich frage mich wirklich, was der Antrag der Fraktion der F.D.P. in Anbetracht dieser Sachlage soll.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Sie wollen eigentlich nur dokumentieren, daß Sie noch spät auf einen schon fahrenden Zug aufspringen wollen. Sachlich ist der Antrag nicht begründet.

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppen der Integrierten Gesamtschule Neumünster-Brachenfeld und der Waffentauchergruppe Eckernförde.

(Beifall)

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Sager das Wort.

Reinhard Sager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, Sie konnten den Zwischenruf nicht verstehen: Da braucht die rot-grüne Regierung vier Jahre, bis sie einen neuen Bundesverkehrswegeplan macht. Dann sind Sie schon wieder abgewählt, wenn Sie ihn aufgestellt haben. Das wollte ich dazu nur bemerken.

(Ursula Kähler [SPD]: Sie würden 20 Jahre brauchen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Schröder und auch Herr Minister Bülck, Sie müssen sich allerdings schon einmal entscheiden, wie Sie in der Frage der Fehmarnbeltquerung argumentieren: Einerseits sagen Sie, der F.D.P.-Antrag sei deswegen zu früh, weil er noch nicht spruchreif sei. Man

(Reinhard Sager)

könne noch gar nicht sagen, wie die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie ausfallen würden,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

und andererseits müßten Sie dann auch beachten, daß Sie all diejenigen aufs Glatteis führen, Herr Schröder, die sich schon längst festgelegt haben. Dazu gehört ja bekanntlich auch der Vorsitzende Ihrer Fraktion, Herr Hay. Da müssen Sie aufpassen, daß Sie ihn nicht im Regen stehenlassen. Sie müssen sich entscheiden, wie Sie jetzt argumentieren wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich habe den Eindruck, daß nur eines deutlich wird: Sie hecheln immer wieder hinterher. Das ist genau das, warum Sie hier so viel Nebel werfen.

(Ursula Kähler [SPD]: Sie hecheln hinterher!)

Auf der Insel Fehmarn und im Landkreis Ostholstein gibt es einen zunehmenden Meinungswandel hinsichtlich der Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zum Bau einer festen **Fehmarnbeltquerung**. Dies hat vor allen Dingen zwei wesentliche Gründe. Es wird immer damit argumentiert, Arbeitsplätze würden wegfallen. Herr Hentschel hat ja hier wieder einmal sein Halbwissen offenbart. Es sind bereits über 500 Arbeitsplätze auf der Vogelfluglinie weggefallen, weil der Güterschienenfernverkehr von der Vogelfluglinie verlagert wurde. Das ist eine Tatsache, die die Menschen auf der Insel Fehmarn und in der Region schmerzhaft zu verkraften haben.

(Widerspruch bei der SPD)

Deshalb wird nämlich eine feste Fehmarnbeltquerung auch als Chance begriffen, weil neue Arbeitsplätze entstehen und wirtschaftliche Impulse gegeben werden können.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von wem denn? - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von wem denn? - Beifall bei der CDU)

Es gibt ein zweites ganz wichtiges Argument dafür, das die Menschen immer mehr zu der Auffassung kommen läßt, die Fehmarnbeltquerung sei sinnvoll. Es dämmert nämlich jetzt langsam auch dem letzten: Es gibt keinen dringend benötigten Ausbau unserer Bahnstrecken, wenn es keine Fehmarnbeltquerung gibt. Es wird keine Elektrifizierung Hamburg-Lübeck-Puttgarden-Kopenhagen geben, es wird keinen zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke in Ostholstein geben, wenn es keine Fehmarnbeltquerung gibt. Das wird zunehmend deutlich, und das sind Fakten.

(Beifall bei der CDU)

Ostholstein kann seine wirtschaftsgeographische Randlage nicht verlassen, wenn die Fehmarnbeltquerung nicht kommt. Dies ist der wesentliche Grund, warum dieser Stimmungswandel auf der Insel und auch im Kreis an Bedeutung zunimmt.

Meine Damen und Herren, in diesem Hause wird viel über Ostseekooperation geredet. Ich sage Ihnen das in einem Wort: Wer Ostseekooperation wirklich will, muß auch bereit sein, Brücken zu bauen. Dies gilt für die Fehmarnbeltquerung dann sprichwörtlich, wobei ja eine Kombination aus Brücke und Tunnel favorisiert wird.

Ich möchte noch ein letztes Argument - auch aus der Region heraus - hinzufügen dürfen: Natürlich ist die Fehmarnbeltquerung eine Chance. Aber es ist natürlich ebenfalls klar, daß die Last eines solchen Landesstraßenprojektes in der Region bleibt. Deshalb bitte ich, wenn dieser Antrag jetzt an den Wirtschaftsausschuß verwiesen wird, daß auch über infrastrukturelle Maßnahmen, die eine solche Infrastrukturmaßnahme begleiten, geredet wird. Ich glaube, auch das ist wichtig, und dies würde wesentlich dazu beitragen, daß die Debatte über Pro und Kontra der Fehmarnbeltquerung versachlicht wird.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Sehr gut! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, ich habe noch fünf Rednerinnen und Redner auf der Liste und erlaube mir nur die Bemerkung, daß es um eine Ausschußüberweisung geht.

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erteile ich als nächstes Frau Abgeordneter Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Spoorendonk, die **private Finanzierung**, die Sie eingefordert haben, habe ich angesprochen. Ich hoffe, daß Sie das gehört haben. Man kann das auch leicht im Protokoll nachlesen.

Im übrigen habe ich auch - Sie brauchen nur den Antrag zu lesen - über eine Straßen-Schienen-Querung gesprochen. Sie haben ja Wert darauf gelegt, daß die Schiene dabei Berücksichtigung findet. Dieses steht - wie gesagt - in unserem Antrag.

Aber jetzt möchte ich noch einmal auf die Frage des Zeitpunkts zu sprechen kommen: Herr Kollege Schröder, Sie haben gesagt, unser Antrag komme zu

(Christel Aschmoneit-Lücke)

einem Zeitpunkt, der nicht nachzuvollziehen sei, und ähnlich hat sich auch der Minister geäußert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zu früh!)

- Zu früh oder zu spät oder was auch immer. Ich bin es allmählich leid, mir so etwas hier anhören zu müssen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn ich einmal daran erinnern darf, was damals im Zusammenhang mit der A 20 und Lübeck los war. Die ist noch nicht einmal von der Landesregierung angemeldet worden. Wenn nicht Bundesminister Krause damals gesagt hätte, wir wollen die A 20 haben, dann hätten wir sie heute in Schleswig-Holstein noch nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich möchte jetzt nicht auf diese alten Geschichten zurückkommen.

Warum kann der Fraktionsvorsitzende der SPD eigentlich zur Fehmarnbeltquerung sprechen und sagen, wir wollen sie haben? Warum kann der Europaminister sagen, wir brauchen diese Verkehrsinfrastruktur? Warum kann die Ministerpräsidentin überall verkünden, wo sie ist, wir brauchen die Fehmarnbeltquerung?

(Zurufe von der CDU: Nur wir nicht!)

Wenn die Opposition hier einen Antrag dazu stellt, dann heißt es plötzlich, die Zeit sei noch nicht gekommen. Das verstehe ich in der Tat nicht.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist keine Landesregierung, das ist ein Affenzirkus! - Martin Kayenburg [CDU]: Richtig!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Wirtschaftsminister hat ja die Gnade des späten Beitritts.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Deshalb muß man ihm nachsehen, daß er bestimmte Entwicklungen in diesem Lande politisch möglicherweise nicht richtig verfolgt hat. Aber ich finde es schon ziemlich dreist. Die Kollegin Aschmoneit-Lücke hat ja darauf hingewiesen, daß ausgerechnet der Vertreter einer Partei - obwohl Sie dieser Partei nicht angehören -, mit der ich über Jahre hinweg in diesem

Lande darüber diskutieren mußte, welchen Sinn es macht, Straßen zurückzubauen und

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

dafür Geld auszugeben, sich nun hier hinstellt und fragt: Wo ist eigentlich die Konzeption der Opposition? Was haben Sie eigentlich die ganze Zeit hier in diesem Lande gemacht? Wir haben das seit 1990 und die Zeit davor gefordert. Wir haben die Regierungsverantwortung hier noch nicht getragen, sonst wären wir schon weiter als Sie.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was ist das denn für ein erbärmliches Zeugnis, daß uns der Wirtschaftsminister und der Verkehrsminister heute hier erklärt, er arbeite an einem Verkehrskonzept für Schleswig-Holstein. Ich dachte bisher, Sie hätten eins.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Kollege Hentschel, bei Ihrem Beitrag ist mir klargeworden, warum unter Ihrer Beteiligung in diesem Lande aus Schleswig-Holstein nichts werden kann. Wer Verhandlungen so führt wie Sie, wer Verhandlungen auch gegenüber den anderen Bundesländern - ja auch gegenüber anderen Interessen - so führt wie Sie, indem er selbst immer erklärt, man müsse sozusagen die rationalen Abwägungen treffen, man müsse die Argumentation, die uns andere beispielsweise bei dem Wettbewerb um Mittel entgegenhalten, immer schon internalisieren und verinnerlichen, der kann in dem Konkurrenzettbewerb mit anderen Regionen nicht zu einem positiven Ergebnis kommen.

Ich denke, daß sich die Bayern, die Baden-Württemberger und die Hessen über unsere Diskussion hinsichtlich der Frage freuen, welche Projekte eigentlich prioritär sein mußten.

(Zuruf von der CDU: So ist es! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie führen die nämlich nicht, sondern sie melden das, was sie für notwendig halten, auch an und kämpfen anschließend darum, daß bei den knappen Mitteln möglichst viel in Ihre jeweilige Region fließt.

Das sollten Sie einmal bedenken, Herr Hentschel; das wäre vielleicht eine sinnvollere Politik als die, die Sie uns hier vorführen.

Ist denn das Budget für Schleswig-Holstein begrenzt? Gibt es da so eine Obergrenze, an der man sagt: Für Schleswig-Holstein stehen in einem Jahr nur 80 Millionen DM zur Verfügung - seht jetzt einmal zu, was ihr selbst damit macht? Ist das so, Herr Ver-

(Wolfgang Kubicki)

kehrsminister, oder können wir nicht auch gerade im Zuge einer transeuropäischen Lösung darum kämpfen, daß mehr **Verkehrsprojekte** in Schleswig-Holstein verwirklicht werden als anderswo? Wir als F.D.P. und als CDU würden uns jedenfalls dafür einsetzen, daß so verfahren würde. Daß Sie das nicht tun, tut mir leid.

(Ursula Kähler [SPD]: Daran arbeitet er, daß genau das gemacht wird!)

- Ich würde mir wünschen, daß er das täte. Ich höre ihn immer nur so reden; daß er so arbeitet, hat er bisher nicht unter Beweis gestellt. Ich habe nur gehört, daß er an einem Konzept noch arbeiten muß,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

und er fragt uns die ganze Zeit, was denn prioritär sei. Wir sollen Alternativen in der Prioritätenliste aufzeigen, statt daß er selbst sagt: Wir halten vier, fünf, sechs oder sieben Verkehrsprojekte für unverzichtbar, und um deren Umsetzung kämpfen wir, dafür setzen wir uns ein! Er hätte uns da ja an seiner Seite. Er sucht bereits nach Alternativen gegenüber anderen, und überläßt es den anderen, uns zu sagen: Wir müssen im Konkurrenzettbewerb miteinander vielleicht etwas zurückstecken.

Ein letztes Wort, weil ich ja ganz begeistert bin, wie die Vertreter der Landesregierung im Lande umherziehen und jetzt die neue Politik von Heide Simonis und deren Erfolge verkaufen - wobei ich immer noch nicht genau weiß, welche; jedenfalls: Die wollen sie jetzt verkaufen.

An wen richtet sich Gerd Walter eigentlich, der Europaminister des Landes Schleswig-Holstein, wenn er beim Treffen des Nautischen Vereins in Kiel unter der Überschrift „Mehr Einsatz für den Ostseeraum“ folgendes formuliert:

„Das pulsierende Leben rund um die Ostsee müsse Schleswig-Holstein als Herausforderung begreifen. Allein das Güteraufkommen aus Nordeuropa werde in den nächsten Jahren um mindestens 50 % zunehmen. Da können wir unser Land nicht an der Elbe und bei Fehmarn dichtmachen.“

Wohl war! Aber das ist doch kein Appell an die Opposition; das muß doch anderswo hingegangen sein, denn wir wollen das doch gerade nicht!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich sage Ihnen - auch Ihnen von den Regierungsfractionen -: Wenn Sie den Reiz der Langsamkeit der letzten elf Jahre so beibehalten, dann wird Ihnen auch der neue Kongreß „Zeitsprung“ nicht helfen. Es kommt darauf an, daß wir das sehr schnell im Interesse

unseres Landes durchsetzen und nicht warten, bis einige Nachdenkliche so weit sind, daß sie uns Vordenkern folgen können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Poppendiecker.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor die Euphorie hier zu überschwenglich wird, lassen Sie mich sagen: Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die **feste Beltquerung** nicht notwendig ist.

Herr Kubicki, ich will folgendes dazu sagen: Fehmarn ist nicht dicht. Steigende Verkehrszahlen - Jahr für Jahr - zeigen, daß die Fährbetriebe in der Lage sind,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Walter hat das gesagt!)

diese Dinge abzufahren; sie sind in der Lage, diese Dinge abzufahren.

Ihnen, Herr Kollege Sager, möchte ich sagen: Auf der Insel Fehmarn ist man nach wie vor der Meinung - die Umfrage hat vor wenigen Tagen stattgefunden -, daß diese feste Beltquerung nicht notwendig ist. Sie ist aus der Sicht der Fehmaraner deswegen nicht notwendig, weil sie auf Fehmarn eine Menge von Arbeitsplätzen vernichtet. Es mag auch sein - insofern will ich jetzt nicht widersprechen -, daß es für Schleswig-Holstein vorteilhaft ist, eine feste Beltquerung zu haben. Im Bereich Hamburg wird es boomen; da wird es neue Arbeitsplätze geben. Im Bereich Malmö und im Bereich Kopenhagen wird es neue Arbeitsplätze geben - nur bei uns, da werden sie durchrauschen;

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, nein!)

da werden die Fahrzeuge durchrauschen, und niemand wird auf der Insel Fehmarn rechts hinunterfahren und sagen: Hier werde ich jetzt einmal richtig Betriebe ansetzen und alle diese Dinge machen.

Deswegen bitte ich auch - ich werde nachher dagegen stimmen - alle diejenigen, die hier Verantwortung haben, darüber zu reden, wie man dann dieser Insel Fehmarn helfen kann, und zwar von Staats wegen helfen kann, wie es Dänemark mit Ausgleichsmaßnahmen und **Strukturhilfemaßnahmen** tut. Dann muß man über diese Dinge reden. Man darf nicht

(Gerhard Poppendiecker)

einfach sagen: Dann sind eben 600, 700 Arbeitsplätze weg, und jetzt seht zu, Fehmaraner, wie ihr damit fertig werdet! Dann macht euer Gymnasium dicht, dann macht das kleine Inselkrankenhaus dicht. Wir wollen die Zusagen haben, daß es wirklich so bleibt.

Die Fehmaraner haben nicht nur Angst um ihre Arbeitsplätze; die Fehmaraner haben Angst, daß während der sieben-, acht- oder zehnjährigen Bauzeit der Fremdenverkehr so sehr darunter leidet, daß die Folgen nicht reparabel sind. Auch dies muß berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, ich stehe nicht allein dagegen. Wir hatten vor einigen Tagen ein Gespräch mit der Lübecker Hafengesellschaft. Ich kann Ihnen sagen: Der Lübecker Hafen ist von einer **festen Fehmarnbeltquerung** nicht begeistert, weil der Lübecker Hafen genau das befürchtet, was eintreten wird, nämlich gewaltig zurückgehende Verkehrsmengen.

Lassen Sie mich noch eines sagen - Herr Kollege Sager hat es angesprochen -: Kollege Sager, was soll denn diese Aussage, wir bekämen nicht die Zweigleisigkeit von Hamburg bis Puttgarden und die Elektrifizierung, wenn Herr Kayenburg sagt: Wir wollen eine eingleisige Strecke über den Fehmarnbelt haben? Das ist doch paradox. Wenn wir auf der einen Seite davon reden: LKW von der Straße - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist das Ergebnis des Gutachtens, Herr Poppendiecker!)

- Das ist Ihre Aussage, Herr Kayenburg! Wenn das nicht stimmt, dann revidieren Sie sie; sagen Sie, Sie wollen das anders haben. Dann kann man darüber reden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen das Gutachten einmal lesen!)

Ich möchte Sie wirklich bitten - auch im Interesse der Menschen auf der **Insel Fehmarn** -, alle die von mir angesprochenen Dinge mit zu berücksichtigen. Ich fordere hiermit die Landesregierung auf, und ich fordere auch die Bundesregierung über die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß auf Fehmarn - ich möchte es einmal etwas übertrieben ausdrücken - das Licht im Bereich der Arbeitsplätze nicht ausgeht.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat zu einem weiteren Beitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Sager, als Abgeordneter aus Ostholstein hat es mich erschreckt, wie Sie mit den Problemen der Menschen vor Ort umgehen; das muß ich einfach einmal sagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Kommen Sie aus Ostholstein, oder was?)

- Man kann der Meinung sein und das auch vertreten, daß eine Fehmarnbeltquerung verkehrspolitisch notwendig ist. Das respektiere ich. Aber wegzudiskutieren, daß von den 1.100 **Arbeitsplätzen**, die mit den Fähren und dem Hafen verbunden waren, bereits 500 weggefallen sind und jetzt noch einmal 600 wegfallen werden und den Leuten dann zu sagen, das alles sei ja nur Rechenspiellerei oder so etwas - wie Sie es hier vorgebracht haben -, das finde ich menschenverachtend, Herr Sager,

(Reinhard Sager [CDU]: Das habe ich doch gar nicht getan! Das ist ja unverschämte!)

wenn Sie das als regionaler Abgeordneter tun. Das sollten die Leute vor Ort einmal hören.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ein Unsinn ohne Ende, den Sie hier verbreiten! - Ursula Röper [CDU]: Sie haben gar nicht zugehört! - Weitere Zurufe - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie müssen Ihren eigenen Krieg mit den Grünen hier nicht austragen!)

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen. In der nächsten Rederunde werde ich auf die Frage der Skandinavienverkehre eingehen. Das tue ich jetzt nicht. Worauf ich aber an dieser Stelle noch einmal eingehen möchte, das ist das Thema der Bahnlinie.

Was den Ausbau der **Bahnlinie nach Kopenhagen** angeht, so ist, wie ich glaube, schon jetzt klar, daß in Zukunft in jedem Fall - egal, ob mit oder ohne Beltquerung - auch mit einer mobilen Beltquerung über eine optimierte Fährverbindung die Intercity-Züge zwischen Hamburg und Kopenhagen selbstverständlich über die Vogelfluglinie fahren werden. Schon jetzt sind die Fahrzeiten enorm viel kürzer geworden, weil sich die Züge automatisch, ferngesteuert teilen und auf die Fähren fahren. Das geht wirklich enorm schnell. Ich bin diese Strecke neulich selber gefahren. Ein Ausbau ist notwendig, wobei ich nicht glaube, daß sich zum jetzigen Zeitpunkt ein doppelgleisiger Ausbau rentieren wird und jemand diesen doppelgleisigen Ausbau will. Das steht zur Zeit in den Sternen. Was aber notwendig ist, ist ein Ausbau der Ausweichstellen auf 800 m, damit auch

(Karl-Martin Hentschel)

Güterverkehr dort wieder fahren kann. Das ist notwendig.

Sie müssen auch folgendes im Auge behalten. Wenn es eine privatwirtschaftlich betriebene Firma wie die „Scandlines“ gibt, die den Fährverkehr wieder aufnehmen will - egal, ob man die Beltquerung baut oder nicht; das ist ein Projekt, das noch 10 oder 15, vielleicht auch 20 Jahre dauern wird -, wenn es also in dieser Zeit eine privatwirtschaftlich betriebene Firma gibt, die dies tun will, dann rechnet sich das offensichtlich, denn sonst würde die Firma dies nicht beantragen. Wenn sich das aber rechnet, dann ist es, wie ich denke, die verdammte Aufgabe des Landes, das auch zu unterstützen. Deswegen bin ich dafür, daß dafür auch wieder die notwendigen Bedingungen geschaffen werden, daß der Antrag unterstützt wird, daß der Güterschienen-/Fährverkehr über die Vogelfluglinie wieder aufgenommen und der Antrag der „Scandlines“ unterstützt wird.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Benker.

(Holger Astrup [SPD]: Hier hat jeder seine eigene Straße!)

Hermann Benker [SPD]

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zwei Bemerkungen vorweg! Herr Hentschel, ich glaube, Sie haben Herrn Sager mißverstanden, wenn Sie ihm unterstellt haben, die Sorgen und Bedenken der Bürger auf Fehmarn nicht zu kennen und hier nicht zu vertreten. Es ging ihm um eine Infrastrukturverbesserung; so habe ich ihn jedenfalls verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Falsch liegt Herr Sager allerdings, wenn er glaubt, daß die Bevölkerung auf Fehmarn einen Schwenk vollzogen hat und jetzt freiweg akzeptiert, daß dort ein Tunnel gebaut wird. Insofern hat in diesem Punkte Herr Poppendiecker recht.

Frau Aschmoneit-Lücke, selbstverständlich ist es das Recht der Opposition, jederzeit und überall Anträge zu stellen, um darauf aufmerksam zu machen, daß sie ebenfalls an dem Projekt interessiert ist und daran, es fortzusetzen.

Nur: Mit der Wiederholung von Anträgen - das bezieht sich auch auf den vorangegangenen Antrag - werden die Anträge nicht besser. Das nur als eine Bemerkung dazu.

Ich will jetzt noch einen Punkt ansprechen. Ein Blick ins Gesetzbuch - so heißt es immer - erleichtert die

Rechtsfindung; das ist hier der Bundesverkehrswegeplan. Ich verstehe die Aufgeregtheit nicht. Denn ein Blick in den **Bundesverkehrswegeplan** zeigt, daß die Vogelfluglinie im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist. Das heißt, sie ist bereits als internationales Projekt aufgenommen.

Ich habe mir auch die transeuropäischen Netze herausgesucht. In der Liste der vorrangigen Projekte steht unter der laufenden Nummer 22 wörtlich:

„Überfahrt nach Fehmarn, Verbindung zwischen Dänemark und Deutschland“

Dies trägt die Überschrift: „Projekte, für die zusätzliche Untersuchungen notwendig sind.“ Ich wiederhole: Liste vorrangiger Projekte! Also auch da ist die Vogelfluglinie aufgenommen.

Und nun kommt es: Aber - deshalb ist der Vorwurf der Unterfinanzierung des Bundesverkehrswegeplans durchaus berechtigt - ein Blick in das Bundesfernstraßenausbaugesetz zeigt, daß eben dieses Projekt dort nicht enthalten ist. Deshalb geht es heute darum, das, was der Minister morgen in Kopenhagen machen wird, nämlich zu versuchen, die Fußnote im Bundesverkehrswegeplan, daß die Vogelfluglinie nur realisiert werden kann, wenn es zu einer bilateralen Vereinbarung zwischen Dänemark und Deutschland kommt, „einzutüten“, um bei der Fortschreibung des Bundesfernstraßenausbaugesetzes einen Fuß in die Tür zu bekommen.

Ob man das zu diesem Zeitpunkt bereits schafft, ist eine ganz andere Sache. Der Vorwurf, „dazu brauchen Sie vier Jahre“, zieht hier nicht so ganz. Dieses Verfahren ist von der alten Bundesregierung festgelegt; es ist ein festes Verfahren, wie mit dem Bundesverkehrswegeplan insgesamt umzugehen ist. Die Studien, die im Augenblick vor dem Abschluß stehen, dienen dazu, diese Verhandlungen erfolgreich führen zu können. Das ist eine wichtige Voraussetzung.

Ein Letztes. Sie erwecken den Eindruck - Herr Kayenburg mit -, als ob Sie nur Verkehrsverbindungen schaffen müßten, um **blühende Landschaften** zu bekommen.

(Zuruf von der CDU: Ist doch auch so!)

- Diese blühende Landschaft ist von Ihnen zu keinem Zeitpunkt erwähnt worden; Sie haben immer nur davon gesprochen, daß Verkehre von A nach B zu führen sind. Und dies ist falsch. Insofern ist der Ansatz von Herrn Sager und von Herrn Poppendiecker richtig, Strukturverbesserungen anzupeilen, das heißt, Verkehrsverbindungen immer auch als Entwicklungsachsen zu betrachten, und zwar dies vorrangig.

(Hermann Benker)

Man kann nicht als erstes sagen, ich baue die Straße und versetze damit die Menschen in Ängste, sondern man muß zuerst sagen, dies wird die Entwicklungsachse, eine europäische Entwicklungsachse zwischen Kopenhagen und Paris,

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

und an dieser Entwicklungsachse werden sich die Unternehmen ansiedeln können.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Unter dieser Prämisse kann man dann auch mit der festen Beltquerung leben. Ob sie dann wirtschaftlich ist oder nicht, das ist eine Frage der **Finanzierbarkeit**, und da müssen Sie dann mit denen verhandeln, die da privat investieren sollen.

Die Fakten sind folgende - ich bin sofort fertig -: 500 Millionen DM im Augenblick für eine Verbesserung der Fährverbindungen, 2 Milliarden DM für einen Brückenbau und 10 Milliarden DM - 6 Milliarden DM hat Herr Hentschel als untere Grenze genannt - für den Tunnel. Und ob dann überhaupt in diesen Ebenen ein Kostendeckungsgrad für eine feste Verbindung erreicht werden kann, ist fraglich.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluß.

Hermann Benker [SPD]

Letzter Satz, Frau Präsidentin. Ich wiederhole: Wenn wir die feste Beltquerung als eine Entwicklungschance begreifen und dies den Menschen dort auch deutlich machen, dann haben wir auch eine Chance, sie zu realisieren.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Benker, das war wirklich ein wohlthuend sachlicher Beitrag.

(Beifall bei der CDU)

Ich will gern noch einmal unterstreichen, daß es uns nicht um das Verkehrsprojekt an sich geht, sondern gerade um die Entwicklung der Landschaft und in der Landschaft und gerade um die Chancen für die Menschen.

Herr Sager und ich waren kürzlich an der Ostküste und haben das Projekt mit vielen Fehmarnern zusammen besprochen. Wir haben den Menschen gesagt, was zu erwarten ist. Die Konsequenz war - auch bei denen aus unserer Partei, die früher heftigen Widerstand geleistet haben - abschließend Zustimmung.

(Zurufe von der SPD)

Das ist der entscheidende Punkt. Herr Hentschel, die Zahlen, die Herr Sager gebracht hat, sind doch richtig; Sie haben sie bestätigt. Aber Ihre Schlußfolgerung ist falsch. Warum haben wir denn den Rückgang an Beschäftigten? Nicht, weil etwa die Fähren da sind, sondern weil keine Entwicklung stattgefunden hat. Die Entscheider haben sich längst umentschlossen. Das ist das Risiko für diese Region. Mit dem Bau der Querung gibt es neue Chancen in der Region, und mit dem Bau der Querung gibt es neue Ansiedlungen. Aber nicht nur die direkten Konsequenzen sind für die **Arbeitsplätze** erheblich, sondern auch das, was mittelbar passiert. Direkt werden aus einer Milliarde DM Investition etwa 1.200 bis 3.500 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Aber der Tunnel und die Schienenquerung stehen nicht nur so da, sie bedürfen der Pflege, des Unterhalts und der Verwaltung. Das sind sichere zusätzliche Arbeitsplätze, die jetzt weggefallen sind und die durch die Querung wieder in diese Region und auch nach Fehmarn selbst hineinkommen. Deswegen brauchen wir den Ausbau.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Zum vordringlichen Bedarf bezüglich des Bundesverkehrswegeplans müssen wir noch einmal nachsehen, wo die Projekte stehen, Herr Benker. Stehen sie wirklich im vordringlichen Bedarf, oder stehen sie in den europäischen Netzen, das heißt in den grenzüberschreitenden Netzen? Wir müssen also jetzt dafür sorgen, daß diese Querung in den vordringlichen Bedarf kommt. Das ist der Ansatz, und deswegen ist es richtig, daß die F.D.P. diesen Antrag heute noch einmal gestellt hat.

Und jetzt noch ein Wort zur **doppelten Schienenquerung**, Herr Poppendiecker. Herr Hentschel hat darauf hingewiesen, daß die zusätzliche Schiene nicht einmal für die Fähren insgesamt in Frage kommt. Wo soll denn für eine solche zusätzliche Schienenverbindung, wenn jetzt schon bei einer einfachen Schiene die Tonne mit etwa 40 DM subventioniert werden

(Martin Kayenburg)

muß, die Wirtschaftlichkeit herkommen? Die Regelung mit einer einschienigen Verbindung ist vernünftig.

(Zuruf von der SPD)

- Bei einer Fähre haben Sie im Zweifel sehr viel mehr **Einspurigkeit**. Es gibt gerade in den Fahrplänen diese Fenster, mit denen man dann auch bei internationalen Zügen und Verbindungen die Einspurigkeit überbrücken kann. Damit sollten wir uns befassen. Deswegen bin ich froh - auch nach dem Beitrag von Herrn Benker -, daß wir den Antrag der F.D.P. im Ausschuß noch einmal intensiv betrachten können. Vielleicht haben wir hier wirklich einmal eine Chance - Herr Benker, das ist der Punkt, warum ich mich auch gemeldet habe -, Gemeinsamkeit ähnlich wie bei der Elbquerung herzustellen. Ich würde mich sehr darüber freuen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt Herrn Minister Bülck das Wort.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß es darum geht zu diskutieren, ob der Antrag zu früh oder zu spät kommt. Ich glaube, daß er einfach als Wiederholungsantrag irgendwann überflüssig ist.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Wir erwarten ein Gutachten, das für den Raum Ostholstein und Lübeck auch die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen einer Fehmarnbeltquerung untersucht. Ich möchte dem nicht vorgreifen, ich weiß aber, daß zum Beispiel an der Große-Belt-Querung im Bereich der Städte Korsør und Nyborg trotz des Wegfalls der Arbeitsplätze bei den Fähren außerordentlich positive Entwicklungen auf die jeweiligen **Arbeitsmärkte** stattgefunden haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genau!)

Von daher ist es keine Geschichte, die man einfach so hinnehmen muß, sondern eine Geschichte, die man gestalten wird.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Herr Kubicki weiß offensichtlich nicht, wie man Vorhaben in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans bekommt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ganz einfach ist das!)

- Sie auch nicht. Sie müssen eine Kosten-Nutzen-Analyse machen, bei der Sie einen Nutzenfaktor größer drei haben müssen. Sie müssen es also rechnen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wenn Sie das dann haben, müssen Sie Ihre gesamten Anträge in eine Prioritätensetzung stellen. So ist es gefordert. Es wäre naiv, jetzt eine Fehmarnbeltquerung beim Bundesverkehrsminister anzumelden; denn mit diesem Einzelantrag hätten Sie keine Chance.

Das heißt - ich habe es schon gesagt -: Wir haben ein Konzept; wir werden eine Prioritätenliste erstellen, und wir werden die Anmeldung auch diskutieren. Zur Gnade des späten Beitritts kann ich nur sagen: Es ist eine Gnade, nicht immer nur aus Zeitungen vorgelesen zu bekommen. Vielleicht hätten die Abgeordneten lieber den Bundesverkehrswegeplan lesen sollen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist sowohl Abstimmung in der Sache als auch Ausschußüberweisung beantragt worden. Ich lasse zunächst über die Ausschußüberweisung an den Wirtschaftsausschuß abstimmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist bei Gegenstimme des Abgeordneten Poppendiecker so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1973

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hundert Tage sind herum, Herr Minister, und Ihre Bilanz zeugt, um es freundlich zu sagen, nicht gerade von mangelndem Selbstbewußtsein. Die Ergebnisse können wir bis heute allerdings nicht feststellen. Mit Bezug auf die hundert Tage sage ich auch: Sie sollten sich noch einmal das Verfahren für die Anmeldung

(Martin Kayenburg)

zum Bundesverkehrswegeplan von vorn bis hinten genau schildern lassen.

(Beifall bei der CDU)

Aber Ihre persönliche Bilanz - nun zitiere ich nicht aus der Zeitung, sondern aus Ihrer Presse - sieht so aus:

„Der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein ist in meinen ersten hundert Tagen attraktiver geworden.“

Tolle Leistung, kann ich da nur sagen! Und weiter: In einem Zeitraum von nur drei Monaten ist es uns gelungen, gemeinsam mit der Wirtschaft und den Verbänden wichtige Projekte zur Stärkung des Standorts voranzubringen. - Ja, welche denn? Es sind alles Ankündigungen, Herr Minister. Keine Ergebnisse! Bei Duty free kein Erfolg, beim Bündnis für Arbeit keine zusätzlichen Arbeitsplätze, beim Programm Arbeit, Bildung und Innovation keine nachhaltigen Erfolge!

Noch schlimmer sieht es in der **Verkehrspolitik** aus. Da sagen Sie wenigstens: Die Projekte, die vor uns liegen, entscheiden wesentlich darüber, ob Schleswig-Holstein seine Zukunftschance nutzen kann, und zählen dazu Elbquerung, Fortführung der A 20 und die Fehmarnbeltquerung auf. Das ist völlig klar. Aber dann behaupten Sie, daß es in diesen wichtigen Projekten keinen Verhandlungsspielraum gebe und Sie die konfliktträchtigen Projekte mit Unterstützung der Ministerpräsidentin vorantreiben wollten.

Weiter kündigen Sie an, Sie wollten mit Bundesverkehrsminister Müntefering die Projekte abstimmen. Da kann ich doch nur fragen: Was ist da herausgekommen? Jedenfalls, wenn man den Pressemeldungen glauben darf

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

- Frau Aschmoneit-Lücke, Sie haben völlig recht -, nichts Positives.

Deswegen möchten wir heute von Ihnen den Bericht haben. Wir wollen von Ihnen wissen, welche konkreten Verkehrsprojekte Sie in dem Gespräch mit Herrn Müntefering vereinbart haben und wie die Zeitschiene insbesondere bezüglich der A 20 aussieht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Erklären Sie uns bitte, ob es richtig ist, daß Herr Müntefering die Erwartungen bezüglich der **Realisierung von Verkehrsprojekten** in Schleswig-Holstein insgesamt gedämpft hat; dies konnte man jedenfalls der Presse entnehmen, und zwar sowohl hinsichtlich der Fehmarnbeltquerung als auch hinsichtlich der A 20 mit der nordwestlichen Elbquerung.

Ich frage Sie, Herr Minister, ist es Ihnen gelungen, mit Minister Müntefering zu vereinbaren, daß die A 20 als angefangenes Projekt im Sinne des Bundesverkehrswegeplans beziehungsweise der Auslegung der Bundesregierung gilt? Das würde nämlich bedeuten, daß wir dann mit einem Weiterbau in jedem Fall rechnen können. Da würde ich nun gern wirklich wissen: Wie ist da das Ergebnis? Was haben Sie vereinbart?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Erklären Sie uns bitte auch, wie denn die Haltung von Herrn Müntefering zur Privatfinanzierung mit Mautgebühr für Fehmarnbelt und Elbquerung aussieht. Hat er da seine Meinung geändert oder nicht? Noch im November konnten wir lesen, er sei gegen weitere **Mautfinanzierung**, weil sie einerseits Verzögerungen bedeute und andererseits der Staat die Dinge doch finanzieren müsse. Aber jetzt habe ich zumindest an der Unterelbe in der Zeitung aus Stade gelesen, daß er Mautgebühren nun auch für die Elbquerung und für den Fehmarnbelt - das heißt im Hintergrund natürlich Privatfinanzierung - für zulässig und möglich hält.

Herr Minister, sagen Sie uns, wo wir da nun wirklich stehen! Denn die Projektgesellschaften und die Finanzierer stehen auf dem Sprung. Die würden gern mindestens bei Fehmarnbelt, aber nach der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung, in der die Nutzungsfaktoren übrigens drinstehen, auch bei der Elbquerung jetzt und heute finanzieren. Da sind Sie aufgefordert, jetzt und heute die entsprechenden Pläne vorzulegen und uns Ihre Vereinbarungen mit Herrn Müntefering deutlich zu machen.

Ist es Ihnen eigentlich gelungen, die schleswig-holsteinischen Projekte von der Streichliste herunterzukriegen? Wenn ich den Ausführungen des Lübecker SPD-Abgeordneten Hiller glauben darf, gibt es jedenfalls Auseinandersetzungen über zeitliche Verschiebungen. Sind schleswig-holsteinische Projekte davon betroffen oder nicht, Herr Minister?

Was haben Sie eigentlich getan - ich habe es heute vormittag schon einmal gefragt -, um diese unsinnige Diskussion der Elbquerung bei Glückstadt als Kombination von Schiene und Straße zu beenden? Wann geben Sie endlich dieses Junktim auf? Der Bundesverkehrsminister hat ja nur von der Straßenquerung gesprochen, nicht von einer „junktimierten“ Querung.

Wenn wir hier nichts verhindern wollen, Herr Minister, dann müssen wir in diesem Fall wirklich Bonn

(Martin Kayenburg)

folgen und sagen: Straße ja, Schiene nein. Alles andere ist nicht finanzierbar.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was haben Sie eigentlich - damit will ich meine Ausführungen beenden - im Hinblick auf die Wakenitzniederung getan? Stehen Sie zu Ihrer Aussage, daß die Ausweisung von Vogelschutz- oder FFH-Gebieten in dieser Region mit Ihnen nicht zu machen sei, daß Sie es - so haben Sie wohl wörtlich gesagt - dazu nicht kommen lassen werden? Wie ist da Ihre Haltung, und wie weit ist der Fortgang dieser Projekte?

Herr Minister, wenn Sie dazu - ich habe es, wie Sie es eben andeuteten, kurz gemacht - keine konkreten Antworten finden, wenn Sie uns dazu nicht ganz konkret sagen, was Sie vereinbart haben, wie Ihre Marschrichtung ist und wo Ihre Prioritäten stehen, wie Sie Schleswig-Holstein entwickeln wollen, dann passen Sie nahtlos in diese Versagerregierung Simonis/Steenblock. Und dann gilt auch für Sie der Satz von Gert Börnsen, den er am 4. Februar gesagt hat, also vor drei Wochen, daß dieses tägliche Klein-Klein zuwenig sei, um eine wirklich erfolgreiche Regierungsmannschaft darzustellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Herr Schröder, wollen Sie nicht erst einmal Ihre Kollegen hereinholen? Die interessieren sich wohl nicht für Verkehrspolitik!)

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wieder ein glänzendes Beispiel, wie wir heute die verbundene Debatte hier im Hause hätten führen können und wie es von der Opposition zum Teil unseriös gewesen ist, bei Einzelbeispielen so zu tun, als wenn die SPD-Fraktion zum Beispiel gegen die Fehmarnbeltquerung von Haus aus ist und andere Projekte im Bereich der Unterelbe, zum Beispiel die A 20, wieder untergräbt und diese Projekte in Frage stellt. Das weise ich aufs schärfste zurück. Das ist keine seriöse Politik, wie Sie sie betreiben. Das ist auch der Unterschied zur SPD-Fraktion.

Verkehrspolitik, Herr Kayenburg, betreibt die Opposition nach Gutsherrenart, ohne sich um die gesetzlich vorgeschriebenen Schritte und um die **Bürgerbeteili-**

gung auch nur annähernd Gedanken zu machen. Dazu ist von Ihnen heute nicht ein Wort gekommen.

Schleswig-Holstein stellt sich in seiner Verkehrspolitik den Zukunftsanforderungen. Als SPD-Fraktion begrüßen wir es ausdrücklich, daß der neue Bundesverkehrsminister Müntefering bereits wenige Wochen nach seiner Amtsübernahme Schleswig-Holstein besucht und uns zugesichert hat, wichtige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen Schleswig-Holsteins zu unterstützen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann mal los!)

Für Schleswig-Holstein sind von herausragender Bedeutung: erstens die A 20 mit einer Elbquerung bei Glückstadt, um die Westküste anzubinden, zweitens die Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck - Travemünde und, wie nach Vorlage der Machbarkeitsstudie diskutiert, drittens eine mögliche kombinierte Schienen-Straßen-Querung des Fehmarnbelts und eine damit verbundene Reaktivierung des Güterverkehrs auf der Schiene, viertens die Schienenengpaßbeseitigungen zwischen Elmshorn, Pinneberg und Eidelstedt.

Das sind die **Infrastrukturmaßnahmen**, die es bei der bevorstehenden Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans mit Unterstützung des Bundesverkehrsministers in den vordringlichen Bedarf einzustellen gilt, um damit die Finanzierung zu sichern.

Im Gegensatz zu den letzten 16 Jahren kann es nicht darum gehen, einen Bundesverkehrswegeplan aufzustellen, der seinen Namen nicht verdient, der völlig unterfinanziert ist und höchstens als Wunschzettel anzusehen ist.

Es wird einen aktualisierten Bundesverkehrswegeplan geben, der in den vordringlichen Bedarf nur die Projekte aufnimmt, die eine Chance auf Realisierung haben. Wir sollten unsere Kräfte bündeln, um zum Beispiel auch mit unseren Nachbarn gemeinsam wichtige Infrastrukturmaßnahmen im Bundesverkehrswegeplan unterzubringen.

Mit weiteren Projekten, wie sie heute für den vordringlichen Bedarf diskutiert worden sind, gefährden wir die Projekte, die ich eben genannt habe, und die Umsetzung, die Realisierung für Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Mit dieser Prioritätensetzung und mit einem Konzept für den Güterverkehr, mit dem wir bundesweit führend sind, stellen wir uns den Zukunftsanforderungen.

Wir wissen um die Bedeutung Schleswig-Holsteins als einer zukünftigen Verkehrsdrehscheibe im Ost-

(Bernd Schröder)

seeraum. Das betrifft Güterverkehre von und nach Skandinavien und Schiffsverkehre aus Schweden, Finnland, dem Baltikum und Polen.

Mit der besonderen Bedeutung einer Hafenkooperation zwischen Hamburg und Lübeck und der angesprochenen Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck - Travemünde wird dies deutlich.

Schleswig-Holstein hat in der Vergangenheit 150 Millionen DM für die Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Kiel - Flensburg zuzahlen müssen. Ein Novum in der Bundesrepublik und der alten, abgelösten Bundesregierung zu verdanken, die den Schwerpunkt von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen vorrangig und nachweislich im Süden der Republik gesehen hat!

Der Besuch des Bundesverkehrsministers hat deutlich gemacht, daß sich an dieser Einschätzung Erhebliches verändert hat. Die neue Bundesregierung hat erkannt, welche Chancen auch bundesweit in einem Dreh- und Angelpunkt Schleswig-Holsteins vorhanden sind. Selbstverständlich gibt es neben dem vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes eine ganze Reihe von wichtigen Maßnahmen, die auf den Weg gebracht werden müssen, wie zum Beispiel das Ersatzbauwerk Rendsburger Hochbrücke, der Ausbau des Schifffahrtsweges Elbe-Lübeck-Kanal und natürlich - damit hier nicht wieder ein Vorwurf erhoben wird - die im Verfahren befindlichen Ortsumgehungen in Schleswig-Holstein.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn selbst die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern einen Politikwechsel in Schleswig-Holstein zur Zeit nicht für notwendig erachtet und dies am 24. Februar 1999 kundtut

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann ist das sehr kurzsichtig!)

und der Landesregierung eine außerordentlich erfolgreiche Arbeit bescheinigt,

(Beifall der Abgeordneten Bernd Saxe [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

hat das um so mehr Gewicht, als diese Aussage von dem DAG-Landesvorsitzenden, Dietmar Katzer, nachweislich einem CDU-Mitglied, kommt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das verstehe ich zwar nicht, aber sei's drum!)

Wenn die Verkehrspolitik dieses Landes in vielen Projekten und Bereichen auch aus der Sicht der DAG in wirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch sinnvollen Infrastrukturmaßnahmen übereinstimmt, dann können

wir so schlecht, wie Sie uns reden wollen, wirklich nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe manchmal den Eindruck, Schleswig-Holstein ist eine Insel,

(Zurufe von der CDU)

jedenfalls wenn ich die verkehrspolitische Diskussion im Zusammenhang mit der wirtschaftspolitischen Diskussion betrachte. Es besteht überhaupt kein Zweifel: Der Bau von **Straßen** gehört zu einer modernen **Infrastruktur** in einem modernen Industrieland. Das wissen auch die Grünen, schließlich fahren wir jeden Tag.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Donnerwetter! Handeln Sie auch danach?)

Die in Schleswig-Holstein im Moment geführte Diskussion, in der diese Frage zur zentralen Frage der Wirtschaftspolitik des Landes hochstilisiert wird, halte ich allerdings für etwas absonderlich.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In den letzten Jahren waren es gerade periphere Länder in der Europäischen Union wie Finnland, Irland und Schottland, die gezeigt haben, daß eine optimale Ansiedlungspolitik und Wirtschaftspolitik viel mit steuerlichen und sozialen Rahmenbedingungen, aber weniger mit der Verkehrslage zu tun hat. Denn alle drei Länder sind mit Mitteleuropa in keiner Weise durch Straßen verbunden, Schottland hat noch nicht einmal eine Autobahn nach Süden.

Vielmehr ist die völlige Überhöhung dieses Faktors in der Oppositionspolitik zur Zeit eher darauf zurückzuführen, daß der Opposition, angesichts einer rot-grünen Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein, deren Existenzgründungsoffensive sich lohnend ausgezahlt hat und die Schleswig-Holstein hinsichtlich der Zahl von Existenzgründungen an die Spitze katapultiert hat,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Karl-Martin Hentschel)

die jetzt durch neue Konzepte zur Wagniskapitalförderung in technologisch innovativen Betrieben ergänzt wird, nichts mehr einfällt, als Verkehrspolitik zu machen und Straßenbauten zu fordern.

Ein zweiter Exkurs! Wir halten eine solche Diskussion für hochgradig gefährlich und irrational. Wir wissen, daß zukünftige Investitionen in die Ausbildung unserer Jugend, in Forschung und Entwicklung an unseren Hochschulen und in unsere Betriebe, die Förderung von Existenzgründungen in den neuen Technologien, Medien, Dienstleistungen, Gesundheitssektor und Tourismus wichtig sind. Angesichts dieser Fakten müssen wir darauf achten, daß wir in den Dimensionen und Bewertungen unserer Politik nicht völlig aus dem Ruder laufen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun zum Güterverkehr! Wir werden in den nächsten Jahren enorme Zuwächse im **Güterverkehr** gerade aus **Skandinavien** haben. Das hat das Güterverkehrsgutachten gezeigt, das ich damals selber in den Koalitionsvertrag eingebracht und von dem ich gesagt habe: So etwas müssen wir machen, eine integrierte Bewertung des Güterverkehrs. Das Gutachten hat ergeben: 40 % Zuwachs.

Man muß aber auch rechnen können. Wenn ich den **Transitverkehr**, der durch Schleswig-Holstein zum großen Teil hindurchrollt, auf die Schiene bekommen will, muß ich ausrechnen, was es bedeutet, 4000 zusätzliche LKW zu den 10000 LKW, die wir jetzt schon haben, auf die Schiene zu bringen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ja, und?)

Die Antwort ist: Der gesamte Gütertransitverkehr im Jahre 2010 hat ein Volumen von 200 Standardgüterzügen à 1000 t pro Tag. Das sagen die Zahlen. Wenn ich das umrechne, muß ich feststellen, daß das die halbe Kapazität eines Doppelgleises ist, die halbe Kapazität eines doppelten Schienenstranges, wenn ich Züge im Fünf-Minuten-Takt fahren lasse, was auf Hauptstrecken möglich ist und in der Bundesrepublik teilweise gemacht wird.

Was wir also brauchen, sind keine neuen Schienen, sondern die Beseitigung der Engpässe. Der entscheidende Engpaß ist derjenige bei Pinneberg/Elmshorn,

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ja, das sagen wir die ganze Zeit!)

es ist die Schienenanbindung an die Verladungseinrichtungen in den Häfen. Denn 80 % unseres Transitverkehrs kommen über die Häfen und nicht über Jütland.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Entschuldigung, Herr Abgeordneter Hentschel, ich darf die Konferenz der peripheren Regionen dort hinten bitten, etwas leiser zu sein.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Wir brauchen eine **östliche Umgehung von Hamburg** als Entlastung, und wir brauchen den Ersatz der Rendsburger Hochbrücke, weil die **Rendsburger Hochbrücke** - wie wir im Ausschuß erfahren haben - zur Zeit für Güterzüge im Gegenverkehr nicht befahrbar und auch nur mit halber Ladung befahrbar ist. Wenn wir dies hinbekommen, haben wir eine hervorragende Schienenanbindung nach Skandinavien, so daß die Güterzüge von Schweden nach Süditalien durchrollen können.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des
Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir müssen die Möglichkeiten und Perspektiven ernst nehmen. Ich glaube, daß wir große Chancen haben, denn - wie Herr Müntefering uns gesagt hat - es wird in den nächsten Jahren relativ rasch zur LKW-Maut, zur elektronischen Maut auf der Straße und zu einer Senkung der Trassenpreise in Europa kommen. Die Rahmenbedingungen für den Güterverkehr werden sich dadurch dramatisch ändern. Darauf sollte sich Schleswig-Holstein mit seiner Infrastruktur einstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Bekenntnis des neuen **Bundesverkehrsministers** zur Ostseeautobahn freut uns. Weniger erfreut war die F.D.P.-Fraktion allerdings dar-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

über, daß die Realisierung jedes Verkehrsprojektes, das für **Schleswig-Holstein** von zentraler Bedeutung ist - A 20, westliche Elbquerung, Fehmarnbeltquerung - , offensichtlich nach wie vor in den Sternen steht. Was Schleswig-Holstein nicht braucht, sind unverbindliche Absichtserklärungen. Über das grundsätzliche Wohlwollen des Bundesverkehrsministers läßt sich bedauerlicherweise noch keine einzige zusätzliche Tonne Güter bewegen.

Es ist an der Zeit, daß verbindliche **Finanzierungszusagen** gemacht werden. Herr Kollege Hentschel hat angesprochen, daß an Maut, an elektronische Maut gedacht ist. Das ist ein vernünftiges Zukunftssystem, über das man sehr viel finanzieren kann.

Herr Müntefering stößt sich zur Zeit allerdings an der angeblichen Spatenstichpolitik seines Vorgängers und kann selbst noch nicht einmal mit einem Spatenstich aufwarten,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug
[F.D.P.] - Zurufe von der SPD)

jedenfalls solange es um Projekte in Schleswig-Holstein geht, Herr Kollege Hay. Zu Schleswig-Holstein hat er nichts gesagt. Sie müssen sich einmal anhören, was er statt dessen alles zu Hamburg gesagt hat. - Ich werde jetzt mein Redekonzept beiseite legen.

Er hat **Hamburg** die Elbvertiefung zugesagt. Es gibt plötzlich einen S-Bahn-Anschluß. Herr Müntefering hat die Finanzierung von allen möglichen Hamburger Projekten zugesagt. Für Schleswig-Holstein hat er nur ein müdes Lächeln übrig gehabt und gesagt: Jawohl, das ist alles wichtig, aber die Finanzierung ist nicht sichergestellt. Hören Sie sich das bitte einmal an!

Sie und der ehemalige Minister Steinbrück haben hier - zu Recht - immer angemahnt, daß der **Bundesverkehrswegeplan** unterfinanziert war, daß wir in Schleswig-Holstein unsere Projekte nicht realisieren konnten. Sie haben ja recht. Auch wir haben das damals schon beklagt. Nur, Ihr jetziger Bundesverkehrsminister tut nichts anderes.

(Lothar Hay [SPD]: Er kann doch gegebene Zusagen nicht zurücknehmen und damit gegen geltendes Recht verstoßen!)

- Er hat sich doch entsprechend geäußert. Er will offensichtlich in Hamburg zusammen mit Runde die Ärmel hochkrempeln, in Hamburg alles machen und in Schleswig-Holstein nach wie vor Unterfinanzierung herrschen lassen. Damit sind wir nicht einverstanden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich hoffe, daß uns Herr Bülck als Verkehrsminister dieses Landes gleich sagt, was er mit Herrn Müntefering

genau besprochen hat, was Herr Müntefering ihm zugesagt hat und in welcher Zeit wir mit der Realisierung dieser Verkehrsprojekte, die heute alle angesprochen worden sind, rechnen können. Wie gesagt, Absichtserklärungen haben wir genug gehört, und bei der großen Einigkeit, die wir ja offensichtlich in diesem Hause hinsichtlich der **Prioritäten der Verkehrsprojekte** haben - wir haben das heute wieder gehört -, wäre ich doch sehr dankbar, konkret von unserem Wirtschaftsminister zu hören, was ihm der Bundesverkehrsminister für Schleswig-Holstein zugesagt hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wir diskutieren weiter über einen Bericht, den wir noch nicht kennen. Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ärgerlich, daß wir das ganze nicht in verbundener Debatte haben abhandeln können.

(Beifall bei der SPD)

Dann hätten wir auch die Frage der **Prioritätensetzung** deutlich machen können. Ich frage mich jetzt: Wie soll man noch einen Eingang finden, wie soll man den Zuhörern noch deutlich machen, was eigentlich Sache ist?

Ich will versuchen, noch einmal zu dem Thema „Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein“ zu reden. Heute ist schon mehrfach gesagt worden, daß Schleswig-Holstein durch den prognostizierten starken Anstieg des **Verkehrsaufkommens**, insbesondere im Skandinavienverkehr, vor großen Herausforderungen steht. Das ist der Tenor des ganzen. Durch den zu erwartenden Anstieg - vor allem im Bereich des Güterverkehrs - besteht in der Tat Handlungsbedarf beim Infrastrukturausbau. Dies gilt allerdings nicht nur für den Straßenbereich, sondern auch für den Aufbau und die Verbesserung des Schienennetzes hier im Lande.

Nach Auffassung des SSW gehört zu einer zukunftsweisenden Verkehrspolitik eine Stärkung des **Bahn- und Schiffsverkehrs**. Gerade weil wir wissen, daß der überwiegende Teil des Verkehrsanstiegs über die Straße kommen wird, müssen wir alles tun, was in unserer Macht liegt, um die umweltfreundlichen Verkehrsträger Bahn und Schiff zu stärken.

(Anke Spoorendonk)

Das **Güterverkehrskonzept** von Wirtschaftsminister Bülck ist dafür eine gute Grundlage. Auch im Ausschuß ist das schon mehrfach diskutiert worden. Ich denke, wir müssen nicht immer alles von vorn sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es bleibt zu hoffen, daß der Minister seine Ziele, beispielsweise bei der Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck und bei den Engpaßbeseitigungen in Rendsburg und Elmshorn, im Zuge der Verhandlungen zum **Bundesverkehrswegeplan** verwirklichen kann. Natürlich müssen wir ihn auch auffordern, sie zu verwirklichen. Der SSW hält es bei der Prioritätensetzung der großen Verkehrsprojekte mit Volker Rühe. Ich denke, da müssen Sie zuhören, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Er hat vor einigen Tagen in einem Interview sinngemäß gesagt: Die Fehmarnbeltquerung sei zwar wichtig, der Bau der A 20 und die westliche Elbquerung seien aber zeitlich und strategisch wichtiger.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nichts anderes habe ich hier gesagt, Frau Spoorendonk!)

- Genau! Bei der Diskussion um die Fehmarnbeltquerung irritiert es uns aber, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, dieses Projekt sei einer westlichen Elbquerung vorzuziehen. Dieser Eindruck ist entstanden. Das kann unserer Ansicht nach so nicht angehen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Der Landtag fordert schon seit Jahren den Bau einer westlichen Elbquerung, zuletzt in einem einstimmigen Landtagsbeschluß von 1995. Ich war dabei, als dieser einstimmige Landtagsbeschluß gefaßt wurde. Da lernte ich erstmals das Wort „Junktum“ kennen und verstehen, denn da ging es ja wirklich nur um dieses Junktum. Ich fand es gut, daß der Landtag damals zu einem einstimmigen Beschluß gekommen ist, und wir fordern deshalb, daß bei einer westlichen Elbquerung jetzt endlich auch Nägel mit Köpfen gemacht werden.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Es stimmt uns als regionale Partei natürlich bedenklich, wenn man die Zukunft Schleswig-Holsteins in einer Achse von Südschweden über Dänemark und Fehmarnsund nach Holstein sieht. Deshalb bleibt es für uns wichtig, daß der **nördliche Landesteil** und die **Westküste** hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung nicht noch weiter zurückfallen. Daher hat für den SSW nach dem Ausbau der A 20 der Bau der **westlichen Elbquerung** - sowohl mit Straßen- als auch mit Schienenanbindung - weiterhin erste Priorität

vor einer möglichen Fehmarnbeltquerung. Das muß aus unserer Sicht die Prioritierung sein.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir versprechen uns von diesem Projekt positive wirtschaftliche Impulse für die gesamte schleswig-holsteinische Westküste. Der SSW ist also nicht gegen die Fehmarnbeltquerung. Es geht uns vor dem Hintergrund des engen finanziellen Spielraums um die richtige Prioritierung der schleswig-holsteinischen Verkehrsprojekte im neuen **Bundesverkehrswegeplan**.

Das Problem bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans ist natürlich die Finanzierung. Auch das ist heute schon mehrfach gesagt worden. Wenn aber der Bundesverkehrsminister die Belt- und Elbquerung unter Finanzierungsvorbehalt stellt, dann müssen wir endlich und ernsthaft über eine Finanzierung dieser Projekte nach dänischem oder skandinavischem Vorbild, das heißt über eine Mautgebühr, nachdenken. Das sollten wir auf jeden Fall auch parallel dazu tun.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nachdem wir die Aussprache gehabt haben, sollten wir nun noch den Bericht hören. Das Wort hat Herr Minister Bülck.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe das Gespräch mit Herrn Müntefering in erster Linie dazu genutzt, ihm die Funktion unseres Landes als **Verkehrsdrehscheibe im Ostseeraum** darzustellen und ihm die wirtschaftliche Bedeutung unserer Verkehrsprojekte zu erläutern. Umgesetzt in Infrastrukturmaßnahmen bedeutet das erstens Ausbau der Häfen, zweitens bedarfsgerechte Anpassung und Ausbau der Hinterlandverbindungen und drittens Beseitigung von Engpässen und Schwachstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorrangig sind dabei drei Maßnahmen: die Fortführung der **Ostseeautobahn A 20** als Nord-West-Umfahrung von Hamburg einschließlich einer Elbquerung westlich von Hamburg. Ich habe nie über die Schiene gesprochen, Herr Kayenburg, nie!

(Martin Kayenburg [CDU]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Ich sage Ihnen, wie es weitergeht: 2003 wird der Streckenabschnitt A 1 bis L 92 fertig sein, 2005 wird

(Minister Horst Günter Bülck)

der Streckenabschnitt L 92 bis zur Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommern fertig sein, der Beschluß über die Wakenitz-Querung dann im Mai. Vordringlichen Bedarf brauchen wir für die Strecke nicht zu diskutieren, sie ist im vordringlichen Bedarf.

Weiter: Die **Vogelfluglinie**, die als zweites vorrangiges Projekt heute schon des öfteren diskutiert wurde, in einer festen Straßen- und Schienenquerung. Da haben wir Zahlen genannt, daß man voraussichtlich in Abhängigkeit von den Prognosen in den Jahren 2010 bis 2015 fertig sein wird. Das ist in etwa skandinavische Geschwindigkeit.

Das dritte vorrangige Projekt ist die **Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke** Hamburg - Lübeck, und zwar unter Einbeziehung des Hafens in Lübeck, also quasi bis Travemünde.

Minister Müntefering und ich waren uns einig, daß dies die prioritären Verkehrsprojekte aus der Sicht des Landes sind. Wenn Sie sagen, Frau Aschmoneit-Lücke, er habe in Hamburg Zusagen gemacht und diese mit der Vertiefung der Elbe begründet, kann ich Ihnen nur sagen: Die Vertiefung der Elbe hat drei Tage später angefangen. Das ist ein Planungswunder.

(Beifall bei der SPD)

Wir waren uns auch darin einig - und dies hat Frau Staatssekretärin Elke Ferner aus dem Bundesverkehrsministerium auch während der Küstenministerkonferenz noch einmal unterstrichen -, daß den Häfen als Schnittstelle für die Verlagerung von Güterverkehren auf **Schiene** und **Binnenschifffahrt** eine große Bedeutung zukommt. Nur bei einem Ausbau der Hinterlandanbindung können diese Potentiale genutzt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies gilt auch mit Blick auf den **Elbe-Lübeck-Kanal**, weil ich der Überzeugung bin, daß der Elbe-Lübeck-Kanal aus dem Ostseeraum die günstigste Stelle für den Eintritt in das Binnenwasserstraßennetz ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehr gut!)

Übereinstimmung bestand auch darin, daß die Kapazitäten der Binnenwasserstraßen stärker genutzt und Strategien zur Verlagerung von der Straße auf die Schiene fortgesetzt werden müssen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Bundesverkehrsminister begrüßte dazu unseren integrierten Güterverkehrskonzeptansatz. Er kündigte auf europäischer Ebene eine Initiative an, die die bisherige zeitbezogene Vignettenlösung für LKW

durch eine streckenbezogene Regelung für den **LKW-Langstreckenverkehr** ersetzen soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Zielsetzung ist der Vorschlag ein Schritt in die verkehrspolitisch richtige Richtung und findet die volle Unterstützung der Landesregierung. Ich habe aber deutlich gemacht, daß die finanzielle Mehrbelastung der LKW keine Einbahnstraße sein darf. Auch die Bahn muß ihre Strukturen so entwickeln, daß der Transport kostengünstiger und damit konkurrenzfähiger wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies gilt insbesondere auch für die **Trassenpreise**. Die strapazierten öffentlichen Haushalte zwingen dazu, die Finanzierungsmöglichkeiten für Verkehrsinfrastrukturprojekte zu erweitern. Bundesverkehrsminister Müntefering stimmt mit mir überein, daß wir grundsätzlich für die private Finanzierung großer Projekte offen sein müssen und die Refinanzierung über eine **Maut** im Fernstraßenausbau möglich sein muß.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der CDU)

Hierzu ist bereits im Fernstraßenfinanzierungsgesetz von 1994 ein erster Schritt getan worden. Vorstellbar ist dieser Finanzierungsweg insbesondere bei den größeren Querungsbauten, über die wir heute zur Genüge diskutiert haben. Als falschen Weg sehen sowohl der Bundesverkehrsminister als auch ich eine private Vorfinanzierung an, die mit späteren Rückzahlungsraten künftige Straßenbauhaushalte langfristig vorbelastet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Schleswig-Holstein ist glücklicherweise nur die Südumgehung Kaltenkirchen so finanziert worden.

Lassen Sie mich mit dem Hinweis schließen, daß wir bei der **Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans** unsere Ansprüche in Bonn natürlich geltend machen werden. Natürlich wissen wir, daß wir nicht mit einer Minimalliste antreten dürfen. Nur: Eine Planung im Windhundverfahren kann es auch nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Denn der Bundesverkehrswegeplan erfordert eine vernünftige Wirtschaftlichkeitsberechnung, erfordert

(Minister Horst Günter Bülck)

eine klare Prioritätenrangfolge. Genau diese werden wir aufstellen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

In Anbetracht der Äußerungen, die ich heute gehört habe, und der Diskussionen, die heute stattgefunden haben, freue ich mich darauf, daß mich viele unterstützen werden, wenn wir irgendwann Mitte des Jahres unseren Vorschlag für den Bundesverkehrswegeplan vorlegen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Der Tagesordnungspunkt und auch der Antrag sind erledigt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 59 auf:

Agenda 2000 - Legislativvorschläge der EU-Kommission zur Strukturhilfe

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1647

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1652

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1710

Bericht und Beschlußempfehlung des Europaausschusses
Drucksache 14/1966

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/1995

Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW]
Drucksache 14/2003

Ich erteile der Berichterstatterin, der Frau Abgeordneten Rodust das Wort.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ohne Aussprache waren die beiden Ursprungsanträge einstimmig an den Europaausschuß federführend und den Wirtschaftsausschuß zur Mitberatung am Donnerstag, dem 8. Oktober 1998, überwiesen worden. Alle Anträge wurden in mehreren Ausschußsitzungen beraten, die ich hier heute nicht im Detail aufführen will.

Den Anträgen vorausgegangen war eine Resolution der CDU vom 19. Juli 1998 zu den agrarpolitischen Vorschlägen der Kommission. Die CDU bat in ihrem Antrag, die vorgelegten Pläne der Europäischen

Kommission abzulehnen. Demgegenüber unterstrich der Änderungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die dringend notwendige **Modernisierung des Förderinstrumentariums der EU**. Beiden Anträgen lag die Forderung nach einer auch in Zukunft garantierten Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums und der strukturschwachen Region Schleswig-Holstein zugrunde.

Ebenfalls Einzelforderungen zur Agenda 2000 enthielt der F.D.P.-Antrag. Der Europaausschuß fällt daher unter meinem Vorgänger die Entscheidung, eine umfassende Anhörung durchzuführen. 26 schriftliche Stellungnahmen wurden in einer Synopse von Frau Schmidt Holländer zusammengefaßt. Für diese sorgfältige Arbeit herzlichen Dank!

(Beifall)

Der Wirtschaftsausschuß forderte am 10. Februar den Europaausschuß auf, den F.D.P.-Antrag und den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem gemeinsamen Antrag zusammenzufassen, gegebenenfalls auch unter Einbeziehung einer angekündigten Vorlage der CDU-Fraktion. Der Text des Antrags der Fraktion der CDU fand im Wirtschaftsausschuß keine Mehrheit.

Die Beschlußfassung für den Europaausschuß war in dessen Sitzung am 14. Februar 1999 in Neumünster vorgesehen. Da es bis dahin trotz intensiver telefonischer Bemühungen und Kontakte zu den anderen Fraktionen nicht gelungen war, eine neue Vorlage von den Antragstellern zu erhalten, kam es in dieser Sitzung nach einer kurzen Aussprache zur Abstimmung über die Anträge. Das Abstimmungsergebnis können Sie der Drucksache 14/1966 entnehmen.

Darüber hinaus einigte sich der Ausschuß darauf, in einer weiteren Sitzung in der Mittagspause der Plenartagung am 24. Februar einen erneuten Versuch zu unternehmen, einen interfraktionellen Änderungsantrag zu erarbeiten. Der zu dieser Sitzung von CDU und F.D.P. neu eingebrachte Antrag, Drucksache 14/1995, fand allerdings ebenfalls keine Mehrheit.

Deshalb habe ich Ihnen nun zu empfehlen, in Ihrer Beschlußfassung der Drucksache 14/1966 zu folgen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Berichterstatterin für die ausführliche Berichterstattung. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen mit dem Ihnen heute vorliegenden gemeinsamen Antrag von CDU und F.D.P. nicht nur die Bedeutung dieses Themas unterstreichen, sondern vor allen Dingen auch ein Angebot an die anderen Fraktionen machen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Genau!)

Wir sind willens, weiterhin weitgehende Einigkeit zu europapolitischen Themen zu gewährleisten. Wir sind dabei sogar so weit gegangen, unseren ursprünglichen Antrag für die heutige Beratung grundsätzlich zu überarbeiten und Ihnen einen deutlich modifizierten Text vorzulegen. In diesem Zusammenhang meinen herzlichen Dank an die F.D.P.-Fraktion, an die Kollegin Dr. Happach-Kasan, für die gute Zusammenarbeit!

In unserem gemeinsamen Antrag wird ein klares Ja zu neuen **Strukturen** innerhalb der Europäischen Union als Grundlage für die **Osterweiterung** gesagt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn? Das habe ich noch nicht gelesen!)

Wir sind der Überzeugung, daß wir Reformen brauchen, um die Europäische Union fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft. Dies ist gerade für Schleswig-Holstein im Hinblick auf die geplante Osterweiterung von besonderer Bedeutung. Allerdings sind wir auch der Auffassung, daß die Agenda in der vorliegenden Form einer Verbesserung bedarf, und zwar insbesondere im Bereich der **Landwirtschaft** und im Bereich der **Strukturhilfen**.

In diesem Sinn fordern wir, daß auch im Rahmen der **Agenda 2000** die Möglichkeit eröffnet wird, strukturschwache ländliche Gebiete, die außerhalb der EU-Fördergebiete liegen, weiterhin durch die nationalen und regionalen Ebenen zu fördern.

(Beifall bei der CDU)

Dies halten wir für unabdingbar, da der weitere Anpassungsprozeß dieser Gebiete durch die Änderung der Strukturhilfe schwierig genug wird.

Unserer Ansicht nach kann und darf die Reform der Strukturhilfe nicht zum Ergebnis haben, daß der **Auftrag des Grundgesetzes** an den Bund, gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet herzustellen - siehe Artikel 72 Abs. 2 des Grundgesetzes -, aufgrund einer Änderung der europäischen Förderpolitik unterlaufen wird.

Natürlich ist mir bewußt, daß es Übergangsregelungen und Anpassungszeiträume geben wird. Aber auch hier gilt es zu beachten: Als **Ziel-2-Gebiete** werden nur

die Meldungen solcher Gebiete akzeptiert, die gleichzeitig auch **nationales Fördergebiet** sind.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht!)

Bis zum 25. März will die Wirtschaftsministerkonferenz eine Einigung herbeiführen, weil die Notifizierung der Gebietskulisse bis zum 31. März 1999 bei der Kommission vorgelegt werden muß. Unter Berücksichtigung des Sicherheitsnetzes halten wir es für erforderlich, eine über den Kommissionsvorschlag hinausgehende Flexibilitätsmarge für EU-Fördergebiete außerhalb von nationalen Fördergebieten durchzusetzen.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß die Kommission vorgeschlagen hat, die Auslaufphase für wegfallende Fördergebiete auf sechs beziehungsweise vier Jahre festzulegen. Demgegenüber strebt nach mir vorliegenden Informationen der deutsche Ratsvorsitz eine Reduzierung auf drei beziehungsweise zwei Jahre an. Das läge aber nicht im Interesse Schleswig-Holsteins.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, gerade!)

Politik der CDU ist es, nicht nur einen lebendigen ländlichen Raum zu erhalten, sondern auch unseren Landwirten ihre Existenzgrundlage zu sichern.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind es, die einen enorm wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft leisten und die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln in ausreichender Menge versorgen. Ein solches Handeln halte ich nicht nur für politisch unverzichtbar; es entspricht vielmehr dem sogenannten Subsidiaritätsprinzip, auf das sich sonst so gern berufen wird.

Lassen Sie mich aber noch ein weiteres Wort zu der Neuordnung der EU-Finzen und zur Nettozahlerposition Deutschlands sagen: Bereits die frühere Bundesregierung unter Helmut Kohl hat die Höhe dieser Zahlungen kritisiert und auf entsprechende Änderungen gedrängt. Die neue Bundesregierung ist nun im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gefordert, diese richtige Forderung erneut geltend zu machen und eine erkennbare Entlastung zu erreichen.

Diese Entlastung darf allerdings nicht gleich im Bundeshaushalt „verfrühstückt“ werden, sondern sie sollte vielmehr den Bundesländern zur Verfügung gestellt werden. Denn nur so können wir auch in Schleswig-Holstein die absehbaren Schäden durch die

(Peter Lehnert)

Änderung der Agrar- und Strukturpolitik regional ausgleichen.

(Beifall bei der CDU)

Der vorliegende gemeinsame Antrag von CDU und F.D.P. bedeutet eine begrenzte, aber in ihrem Effekt um so bedeutendere Ergänzung der Agenda 2000. Ich hoffe, daß wir uns im Interesse unseres Landes auf einen gemeinsamen Nenner in der Debatte verständigen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Rodust.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich auf die vier wichtigsten Ziele der Agenda 2000 eingehen: Erstens. Es sollen Voraussetzungen für Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden. Zweitens. Der Faktor Wissen wird in den Vordergrund gestellt. Drittens. Die Beschäftigungssysteme müssen modernisiert werden. Viertens. Die Lebensbedingungen, das heißt soziale Integration und Umweltschutz, sind zu verbessern.

Um diese Ziele zu erreichen, sind konkrete Politikbereiche angesprochen, nämlich die Erweiterung der Union, die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Reform der Strukturpolitik und die Finanzierung der Union.

Die **Agenda 2000** der Europäischen Kommission wurde im Juli 1997 veröffentlicht. Im März 1998 folgten die Ausführungen zu den einzelnen Reformvorhaben, wobei es unbefriedigend geblieben ist, daß die Frage nach den erfolgversprechenden Umsetzungsstrategien offengelassen wurde und nun allein dem freien Spiel der politischen Willensbildung in den EU-Staaten preisgegeben wird. Verwässerungen der Kommissionsvorschläge, die manchem schon als unzulänglich genug gelten, sind vorprogrammiert. Durch die Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten werden die Interessenkonflikte und die Belastungen für eine solide Dauerfinanzierung der EU, die im Einklang mit den Grundsätzen der Agenda 2000 stehen soll, weiter zunehmen.

Das ist kein Argument gegen die **Osterweiterung**. Die Auseinandersetzungen mit den entsprechenden Sachverhalten ist vielmehr eine notwendige Bedingung ihres Erfolges. Die Perspektive einer in ihrem Finanzrahmen geformten EU kann realistischerweise nur darin bestehen, die Ausgabenseite zu verändern.

Bei den Einnahmen lassen sich Spielräume der Erhöhung kaum vorstellen.

Es ist nicht überzeugend, rhetorisch Solidarität mit den Beitragskandidaten zu üben und zugleich das Ausgleichsprinzip zwischen den gegenwärtigen Mitgliedsstaaten in Zweifel zu ziehen. Deshalb wird für die **Agrarpolitik** empfohlen, die 1992 begonnenen Reformen - ich zitiere aus der Agenda - „durch die weitere Abwendung von der Preisstützungspolitik und Hinwendung zu den Direktzahlungen sowie die Entwicklung einer kohärenten Politik für den ländlichen Raum“ voranzutreiben.

Auch wenn in Rechnung gestellt wird, daß durch die Aufnahme aller Beitrittskandidaten über 100 Millionen Verbraucher zusätzlich in den EU-Binnenmarkt eintreten würden, bleiben Anpassungserfordernisse für die Finanzordnung und die EU-Agrarpolitik bestehen, die weit über die Reformnotwendigkeit hinausgehen.

Ebenso wichtig ist somit die Reform des Strukturfonds. Hier müssen die Hauptziele - auch aus schleswig-holsteinischer Sicht - künftig sein: Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU, Verringerung des Entwicklungsgefälles zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen in der Union und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft im globalisierten Wettbewerb.

Die Kommission hat mit ihren Vorschlägen einen entschlossenen Schritt in die richtige Richtung getan, indem sie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen gleichrangig in den Mittelpunkt der europäischen Förderpolitik gerückt hat. Nur wenn es uns gelingt, die von mir eingangs angesprochenen Politikbereiche umzusetzen, wird eine Osterweiterung möglich sein. Für uns in Schleswig-Holstein wird es zunehmend wichtiger, vermehrt von den Chancen der Osterweiterung zu sprechen und nicht allein von ihren Risiken und ihren Kosten.

In diesem Sinne haben wir unseren Antrag formuliert. Allerdings haben wir zu den für Schleswig-Holstein wichtigen Bereichen detaillierte Aussagen gemacht. Der uns vorliegende CDU- und F.D.P.-Antrag ist ziemlich allgemein. Er widerspricht allerdings in seinen Kernaussagen nicht dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Deshalb hielt ich eine Integration des CDU/F.D.P.-Antrages in den SPD-Antrag für sinnvoll und nur vernünftig.

Leider ist dies trotz intensiver Verhandlungen nicht gelungen. Wenn wir uns hier in diesem kleinen Bundesland nicht einigen, wundert es mich nicht, wenn die Verhandlungen auf EU-Ebene so schwierig sind. Deswegen fordere ich Sie, die CDU und F.D.P., noch

(Ulrike Rodust)

einmal auf, darüber nachzudenken, ob es nicht doch möglich ist, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Ich habe bisher weder von Frau Happach-Kasan noch von Herrn Lehnert gravierende Kritikpunkte an unserem Antrag gehört. Allein die Aussage: „Mit Rot-Grün wollen wir nicht“, reicht nicht aus.

Sollten Sie sich zu diesem Vorschlag nicht durchringen können, werden wir, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, allen vorliegenden Anträgen zustimmen. Sie, die CDU und die F.D.P., werden dann der Bevölkerung erklären müssen, weshalb es keine Einigkeit gegeben hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der eigentümlichen Taktik der Opposition in dieser Frage finde ich den Vorschlag von Frau Rodust hervorragend.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihr habt den Vorschlag natürlich abgesprochen!)

- Ich habe diesen Vorschlag natürlich vorher mit ihr abgesprochen, wie Sie es sich gedacht haben, Herr Kubicki.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Der entscheidende Punkt, über den wir uns in dieser Frage unterhalten müssen, ist doch folgender: Jahrzehntlang war Europa geteilt. Alle haben darunter gelitten. Nun sind die alten politischen Schranken zerrissen.

(Zurufe von der CDU: Dank Helmut Kohl!)

Die Völker Mittel- und Osteuropas freuen sich und bewerben sich darum, in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen zu werden. Die **Agenda 2000** hat doch das entscheidende Ziel, die Finanzierung dieses Beitrittes sicherzustellen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt zwei Möglichkeiten, wie man sich demgegenüber verhält. Entweder man sagt - das steht in unserem Antrag; das ist der eigentliche Unterschied zu den anderen Anträgen -: „Wir begrüßen das, auch wenn wir in Einzelpunkten Kritik haben und uns damit auseinandersetzen müssen,“ oder man geht an die

Sache nach dem Motto heran: „Igitt, im Grunde wollen wir das nicht.“

Was hinter dem Oppositionsantrag steht, kann man sehen, wenn man sich den ursprünglichen CDU-Antrag zu Gemüte führt, der auch von der F.D.P. nicht mitgetragen wurde. Der ursprüngliche CDU-Antrag war ein Antrag, der sich gegen den europäischen Einigungsprozeß ausgesprochen hat. Das muß doch einmal deutlich gesagt werden. Ihre Art von Politik ist es, dann hinterher mit der F.D.P. zusammenzuraschen, obwohl wir bereits mit der F.D.P. einen gemeinsamen Antrag hatten. Das muß hier auch gesagt werden: Wir hatten bereits einen gemeinsamen Antrag.

Wir haben im Wirtschaftsausschuß sogar die Empfehlung ausgesprochen, die beiden Anträge zusammenzutun, und zwar mit der Stimme Ihrer F.D.P.-Abgeordneten. Dann kommt Herr Kubicki und hindert seine beiden Frauen in typischer Art und Weise daran, weil er aus rein machstrategischen Gründen unbedingt einen Antrag mit der CDU hinbekommen will. Ich finde das traurig!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD -Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können Sie vielleicht machen! Ich kann meine Frauen an gar nichts hindern!)

Das, was hier passiert ist, ist kein Beitrag zur europäischen Einigung, sondern es ist ein Beitrag zur Kleinkariertheit!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Erstens sind es nicht meine Frauen! Zweitens kann ich sie an nichts hindern!)

Der Antrag der CDU - darauf muß man eingehen - war von bodenlosem Opportunismus geprägt. Während sich der frühere Kanzler Kohl landauf und landab als der große Europäer feiern ließ, legte die CDU-Landtagsfraktion hier in Schleswig-Holstein einen Antrag vor, der in seiner Konsequenz bedeutet, daß alles beim alten bleibt und man die neuen ost- und mitteleuropäischen Länder im Regen stehenläßt.

Im Klartext heißt das erstens: Deutschland soll weniger bezahlen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Zweitens: Schleswig-Holstein soll genauso viel bekommen wie vorher.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das will die Landesregierung aber auch!)

Drittens: Aus der fehlenden Differenz sollen noch die Strukturmittel für die neuen Länder bezahlt werden.

(Karl-Martin Hentschel)

Wie sagte Ionesco: „Wer sich an das Absurde gewöhnt hat, findet sich in unserer Zeit gut zurecht.“

(Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich würde das Ganze anders ausdrücken: Die Taktik der CDU ist eine Champignon-Taktik gegenüber **Osteuropa**.

(Zurufe der CDU: Was?)

Champignon-Taktik heißt: Haltet sie im Dunkeln und füttert sie mit Mist.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Im Gegensatz zur CDU bin ich der Überzeugung, daß die in der EU diskutierten Konzepte für eine Neuauf-
lage der **Strukturpolitik** eine Reihe von wegweisen-
den Elementen enthalten und auch eine gute Grundlage
sind, um zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen.

Es ist richtig, wenn die Ziele Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nachhaltige Entwicklung, Innovation und Stärkung der Humanressourcen im Vordergrund stehen. Es ist richtig, wenn die Regionalprogramme in Zukunft eine stärkere ökologische Komponente enthalten. Es ist richtig, wenn im Rahmen der Liberalisierung des Energiemarktes Maßnahmen zur Förderung regenerativer Energien und zur Effizienzsteigerung hinzukommen. Es ist auch richtig, wenn die Subventionen im Agrarbereich schrittweise etwas zurückgeführt werden.

Die Krisen in Rußland, in Asien und der vergessene Zusammenbruch in vielen Ländern Afrikas zeigen: Es ist kurzsichtig, wenn man glaubt, wir müßten nur an uns selber denken. Gerade die deutsche Wirtschaft hat in Mittel- und Osteuropa große Chancen. Als Grüner erwähne ich hier auch den riesigen Nachholbedarf in Sachen Umweltschutz. Gerade für die Umweltwirtschaft in Schleswig-Holstein ergeben sich Chancen. Wer immer nur an sich selber denkt, schadet sich selbst am meisten.

Bernard Shaw sagte einmal: „Freiheit bedeutet Verantwortung. Das ist der Grund, warum sich die meisten Menschen so vor ihr fürchten.“ Auf Europa übertragen lautet das so - ich komme zum Schluß -: Ein freiheitlich zusammenwachsendes Europa bedeutet eine Verantwortung für uns, und das ist der Grund, warum sich die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag davor fürchtet. Ich rufe Ihnen zu: Fürchtet euch nicht!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die F.D.P. steht zur **EU-Osterweiterung**, und wir sind uns bewußt, daß eine EU-Osterweiterung nur erfolgen kann, wenn wir die entsprechenden Regionalförderungsprogramme ändern, straffen und wenn wir die Agrarförderung etwas zurückführen. Anders wird das nicht gehen.

Ich finde aber, Herr Hentschel, eines sollten Sie anerkennen: Die Kollegen von der CDU-Fraktion haben enorme Lernfortschritte gemacht, seitdem sie ihren Antrag gestellt haben.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke schön, Herr Hentschel, das finde ich nett von Ihnen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

- Frau Abgeordnete Happach-Kasan! Ich hatte der Frau Abgeordneten Happach-Kasan das Wort gegeben und nicht Frau Abgeordneten Todsén-Reese.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ich bedanke mich, Herr Präsident. - Die CDU hat einen enormen Lernfortschritt gemacht. Ich finde, das sollte man anerkennen.

Gleichwohl will ich begründen, weshalb es nicht zu einer Einigung hat kommen können, obwohl wir in der Tat in sehr, sehr vielen Punkten außerordentlich nah beieinander sind.

Eine Zusammenführung beider Anträge ohne textliche Änderung führt zu Widersprüchen. Einen Punkt möchte ich dabei besonders aufgreifen: Angesichts der Bedeutung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - da sind wir nicht auseinander -, der großen innerdeutschen und innereuropäischen Unterschiede, was die Arbeitslosigkeit angeht, halten wir es für eine Überforderung der EU, wenn die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der europäischen Förderpolitik gerückt wird.

Die EU wird an ihren Erfolgen gemessen werden. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden angesichts zahlreicher nationaler Probleme diese Erfolge aber ausbleiben. Wer die Europäische Union weiterentwickeln will, sollte ihr nicht Aufgaben aufbürden,

(Dr. Christel Happach-Kasan)

an denen sie scheitern muß. Aus diesen einzigem Punkt bin ich der Meinung, daß es eben doch deutliche Unterschiede zwischen dem CDU/F.D.P.-Antrag und dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt. Aus dem Grunde halte ich es eigentlich für falsch, daß wir allen zustimmen. Wir sollten schon im Interesse der Sache sagen, wo wir unsere unterschiedlichen Bewertungen sehen. Daß wir gemeinsam eine EU-Erweiterung wollen, ändert daran meines Erachtens nichts.

Der SSW hat sich ja im wesentlichen unserem Antrag angeschlossen, ohne sich zu trauen, es zu sagen. Selbst für eine fünfte Kraft, Frau Spoorendonk, ist es doch ein bißchen mißlich, unsere Punkte abzuschreiben, einen von der SPD dazuzunehmen und im Vorspann noch einen Fehler zu machen. Ich finde das drittklassig. Bitte Frau Spoorendonk, nehmen Sie Europa ein bißchen ernster!

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Und dann ziehen Sie Ihren Antrag zurück! Wem Sie dann zustimmen, ist letztlich doch egal, ob SPD oder CDU, es ist unerheblich. Ziehen Sie ihn bitte zurück. Es ist im Interesse der Sache. Sie schreiben, eine Verringerung des Entwicklungsgefälles zwischen den Mitgliedstaaten und den Regionen solle Ziel sein. Wieso das denn? Die Regionen sind Teil der Mitgliedstaaten. Es ist doch Unsinn. Das sind doch nicht zwei verschiedene. Stimmen Sie daher einfach einem der beiden Anträge zu! Die sind gut ausgearbeitet und durchaus zustimmungsfähig.

Die Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der **Agrar- und Strukturpolitik** - das habe ich deutlich gemacht - gehen weitgehend in die richtige Richtung. Ohne eine grundlegende Veränderung dieser wichtigsten gemeinsamen Politikbereiche ist die EU-Osterweiterung, an der wir Deutsche sowohl politisch als auch wirtschaftlich ein ganz besonderes Interesse haben - und wir in Schleswig-Holstein besonders -, nicht finanzierbar.

Wir als F.D.P. begrüßen ausdrücklich, daß die erforderlichen Reformen endlich auf den Weg gebracht werden. Aber auch Vereinfachungen, wie sie vorgesehen sind, brauchen Augenmaß. Die F.D.P. akzeptiert, daß Deutschland auch künftig aufgrund seiner Wirtschaftskraft und seiner Vorteile, die durch die erweiterte Union entstehen - das gilt auch für Schleswig-Holstein -, einen erheblichen Beitrag zur **Finanzierung der Europäischen Union** leisten wird. Diesem finanziellen Beitrag steht ein erheblicher Nutzen gegenüber.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Die populäre Forderung des Bundeskanzlers - ganz egal, welcher Fraktion oder Partei er angehört, ob es Herr Kohl oder Herr Schröder ist - nach Minderung des deutschen EU-Beitrages ist ja für Stammtische ganz interessant. Sie ist ansonsten wenig hilfreich.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wie soll dieser Forderung nach Minderung des EU-Beitrages von Deutschland eigentlich entsprochen werden? Frau Rodust hat doch zu Recht gesagt, daß an der Einnahmeseite kaum Änderungen möglich sind. Damit hat sie vollkommen recht. Aber das heißt, daß an der Ausgabenseite gekürzt werden muß. Dies wird Schleswig-Holstein spüren müssen. Ich fordere Landwirtschaftsminister Buß auf, sich bitte schön in Bonn dafür zu verwenden, daß Deutschland diese EU-Beiträge zahlt. Sonst wird Schleswig-Holstein in Deutschland für diese Kürzungen und für diese populistischen Maßnahmen des Bundeskanzlers die Zeche zahlen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir sind uns auch in einem anderen Punkte einig. Es besteht insbesondere die Sorge, daß mit der Aufgabe des eigenständigen Ziels 5 b die ländliche Entwicklungsförderung drastisch verringert wird. Zusammen mit einer verminderten Agrarförderung könnte dies für die von der Landwirtschaft geprägten ländlichen Räume eine deutliche Verminderung ihrer Entwicklungschancen bedeuten. Nach Auffassung der F.D.P. ist für die Entwicklungsförderung der ländlichen Räume weniger das eigenständige Ziel entscheidend als ein eigenständiger Kriterienkatalog für Auswahlfördergebiete. Die Strukturprobleme altindustrieller Regionen und die ländlicher Räume sind unterschiedlich. Die strukturellen Defizite sind an unterschiedlichen Parametern zu messen. Zum Beispiel ist das alleinige Kriterium für die Höhe der Arbeitslosigkeit zur Bewertung der strukturellen Schwäche der ländlichen Räume nicht ausreichend.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluß.

Präsident Heinz-Werner Arens:

- Herr Kollege Stritzl, wenn Sie etwas lauter reden würden, könnte ich den Witz ja mitkriegen.

(Heiterkeit)

Sie haben jetzt das Wort, um zum Schluß zu kommen, Frau Abgeordnete.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Die zur Zeit von der Kommission verfolgte Absicht, den Indikator der Höhe des Einkommens zugunsten des Indikators der Höhe der Arbeitslosigkeit aufzugeben, lehnt die F.D.P. daher ab. Ich bitte Sie daher: Stimmen Sie dem Antrag von CDU und F.D.P. zu!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich ein paar Bemerkungen zu meinem Änderungsantrag machen. Richtig ist natürlich, daß in Punkt 1 ein paar Wörter herausgefallen sind. Das heißt natürlich: „Gestaltungsspielraum der Regionen in der Union“. Das wissen Sie natürlich, weil das ja - wie Frau Happach-Kasan richtig bemerkt hat - von den anderen Anträgen abgeschrieben ist.

Ich möchte Ihnen sagen, ich nehme für mich in Anspruch, daß ich mit meinem eigenen Kopf denke und

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wäre ja schön!)

daß ich genau wie Sie Prioritäten setze für das, was wichtig ist. Ich bin stinksauer gewesen, daß es zu keinem gemeinsamen Antrag gekommen ist.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ingrid Franzen [SPD])

Ich hatte gehofft - bis zuletzt! -, daß es zu einem solchen gemeinsamen Antrag kommen würde. Dann hätte ich auch gesagt: Gut, ich habe nicht alles das bekommen können, was ich mir wünsche. Ich hätte dann die Einleitungsbemerkung in dem SPD-Antrag, die mir nicht gefällt, einfach so hinnehmen müssen und gesagt: Gut, das ist ein Kompromiß, in Ordnung! Aber da jetzt jeder für sich allein herumwurschtelt, will auch ich für mich allein herumwurschteln; deshalb habe ich diesen Änderungsantrag formuliert.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem Änderungsantrag steht genau das, was aus der Sicht des SSW wesentlich ist. Mir ist sehr wohl bewußt, daß nicht alles aufgeschrieben werden kann; sonst würde das ein Zehn-Seiten-Antrag. Ich habe hier ganz bewußt nur das aufgeführt, was wichtig ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glauben wir Ihnen nicht!)

Natürlich finde ich den gemeinsamen Antrag von CDU und F.D.P. in Ordnung; aber darin fehlt aus meiner Sicht die Bemerkung zur Arbeitsmarktpolitik, die ich mit hinein haben will.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Die haben Sie aber gar nicht drin! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die hast du doch gar nicht drin in deinem Antrag! Da steht doch gar nichts!)

- Die habe ich doch drin!

Ich werde also meinem eigenen Antrag zustimmen und mich bei den anderen Anträgen der Stimme enthalten. So habe ich das beschlossen.

(Heiterkeit)

Ich muß hier aber noch etwas zu den einzelnen Punkten loswerden. Für den SSW ist es wichtig - das haben wir schon immer deutlich gemacht -, daß die zu große Abhängigkeit unserer Struktur- und Regionalpolitik - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Nein, das habe ich gar nicht hier drauf; ich habe nur zwei Minuten für alles andere, was ich dazu sonst noch sagen will.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Kubicki, per Fraktionsbeschluß abgelehnt!

(Heiterkeit)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Wie gesagt - ich sprach es bereits an -: Aus der Sicht des SSW ist es ein großes Problem, daß die **Struktur- und Regionalpolitik** sehr stark von der EU-Politik abhängig ist. Bei den sich jetzt abzeichnenden Änderungen der EU-Strukturförderung rächt sich diese Abhängigkeit. Doch ob es uns paßt oder nicht - wir haben uns heute nach den Realitäten in der regionalen Wirtschaftsförderung zu verhalten. Vor dem Hintergrund der entscheidenden Verhandlungen zur **Agenda 2000** Ende März wäre es natürlich wünschenswert, wenn wir uns auf eine gemeinsame Linie zur Wahrung der schleswig-holsteinischen Interessen

(Anke Spoorendonk)

einigen könnten. Das können wir nicht, und das ist - das habe ich gesagt - nicht in Ordnung.

Nun komme ich zu den vorliegenden Anträgen. Sie scheinen in unseren Augen doch vieles miteinander gemeinsam zu haben. Auch wir bedauern, daß durch die beabsichtigte Zusammenfassung der bisherigen regionalpolitischen Ziele 2 und 5 b die Förderung des strukturschwachen ländlichen Raums als eigenständiges Ziel nicht mehr möglich ist. Die Formulierung in beiden Anträgen, daß auch unter dem neuen Programm den jeweiligen Strukturproblemen sowohl in den städtisch geprägten Gebieten - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich darf um etwas mehr Ruhe auf der letzten Bank der SPD-Fraktion bitten.

Anke Spoorendonk [SSW]:

- Daß also den jeweiligen Strukturproblemen sowohl in den städtisch geprägten Gebieten als auch in den ländlichen Räumen Rechnung zu tragen ist, können wir natürlich trotzdem mittragen. Es bleibt aber abzuwarten, wie sich dies in der Praxis auswirken wird.

Wichtig ist für uns weiter, daß die Qualifizierung einer Region als nationales Fördergebiet nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in jedem Fall zugleich als Voraussetzung für die Aufnahme in die EU-Fördergebietskulisse ausreicht, denn nach den bisherigen harten Kriterien ist aus Schleswig-Holstein nur Nordfriesland in die EU-Fördergebietskulisse einbezogen worden. Das kann nicht angehen. Nach unserer Ansicht muß im Landesteil Schleswig natürlich auch der Kreis Schleswig-Flensburg weiterhin die EU-Förderung in Anspruch nehmen können.

(Beifall des Abgeordneten Peter Lehnert [CDU])

Der entscheidende Punkt im Zusammenhang mit der Agenda 2000 und der Änderung der EU-Strukturmittel ist für den SSW, daß soviel Spielraum wie möglich für eine eigenständige Regionalpolitik in Schleswig-Holstein übrigbleibt.

(Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ja, das hoffe ich.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Deshalb fordert der SSW die Landesregierung auf, bei der anstehenden Neugestaltung der **regionalen Wirtschaftsförderung** unter dem Dach des neuen Regionalprogramms 2000 sicherzustellen, daß unterhalb der EU-Förderung und der GA-Förderung eine eigenständige regionale Förderung weiterhin möglich bleibt, das heißt, daß die Landesmittel im Regionalprogramm 2000 nicht nur zur Kofinanzierung von EU-Projekten eingesetzt werden dürfen, sondern auch für regionale Projekte, die nicht in die gängige Förderkulisse passen, eingesetzt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Walter das Wort.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich empfinde die Forderungen, die in den verschiedenen Entschließungsanträgen, die hier vorgelegt worden sind, als wohltuend sachlichen Beitrag zu der Debatte über die **Agenda 2000**. Das ist ein wohltuender Unterschied zu dem Getöse, das beispielsweise gestern im Bundestag abgelaufen ist und das auch heute morgen im Bundestag zu diesem Thema abläuft. Wenn man dem, wie ich finde, sehr charmanten Vorschlag von Frau Rodust Folge leisten könnte, hätten wir nicht das große Problem, den am Wochenende auf dem Petersberg zur Agenda 2000 tagenden Regierungschefs die Feinheiten der Unterschiede der verschiedenen Entschließungen verschiedener Fraktionen erklären zu müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Forderungen, die in allen diesen Entschließungen erhoben worden sind, entsprechen Zielen, die auch die Landesregierung für die Schlußphase der Beratungen über die Agenda 2000 vertritt. Wir wollen mit Ihnen zusammen möglichst vielen der bisherigen Fördergebiete in Schleswig-Holstein auch in Zukunft Fördermöglichkeiten erhalten. Wir wollen, daß der ländliche Raum - ebenfalls in einem neuen Ziel 2 - nicht untergebuttert wird.

Herr Lehnert, was Ihre Forderung nach mehr Flexibilität - vielleicht darf ich Ihnen das noch einmal sagen - bei Ausnahmen im Falle der Deckungsgleichheit mit GA-Fördergebieten angeht, so sollten wir darüber noch einmal ein Gespräch führen. Ich fürchte, unsere Einschätzung ist immer noch richtig, daß diese

(Minister Gerd Walter)

Forderung im bayerischen Interesse liegt und nicht im schleswig-holsteinischen Interesse.

Wir wollen, daß das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ auch in Zukunft mit der Unterstützung des Sozialfonds aus Brüssel rechnen kann. Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark zumindest im gleichen Umfang wie bisher fortgesetzt sehen. Ich füge hinzu, daß wir dabei auch eine besondere Verantwortung insbesondere für das Grenzland oben im Norden empfinden. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wir arbeiten mit den dänischen Grenzregionen daran, daß die Zusammenarbeit mit Dänemark nicht zur Spardose für die bayerischen Grenzgebiete wird, meine Damen und Herren. Das ist nämlich eine der Gefahren, die im Augenblick drohen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Schließlich wollen wir das Ostseeförderprogramm INTERREG II C im bisherigen Umfang fortsetzen.

Zur Landwirtschaft hat sich der Agrarminister verschiedentlich an anderer Stelle geäußert.

Lassen Sie mich etwas zu den Schwierigkeiten sagen. Die zentrale Schwierigkeit - ich formuliere diesen Satz ganz bewußt so in Richtung auf zwei Adressen in Bonn - unserer Forderungen für die Schlußphase wäre eine Bundesregierung, die zu sehr auf eine Opposition im Deutschen Bundestag hörte, die jetzt 14 Milliarden DM Nettoentlastung zur Meßlatte für die deutsche Präsidentschaft gemacht hat. Das wäre unser größtes Problem. Die F.D.P. schließe ich - was das Thema „Opposition in Bonn“ angeht - ausdrücklich aus, weil sie dem alten europapolitischen Kurs, soweit es diesen Punkt angeht, treu geblieben ist.

Damit kein Mißverständnis entsteht: Es war richtig, die Ungerechtigkeit in der **Finanzierung der Europäischen Union** zum Thema zu machen. Dänemark in diesem Umfang Nettoempfänger und wir in diesem Umfang Nettozahler - das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren; da gibt es Ungleichgewichte.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wer aber jetzt in Kenntnis des Verhandlungsstandes, in Kenntnis der Tatsache, wie Frankreich zur nationalen Kofinanzierung steht, in Kenntnis des Einstimmigkeitsprinzips und in Kenntnis der Tatsache, daß sich die jetzigen Sparüberlegungen vor allem auf die alten Ziel-2- und Ziel-5 c-Gebiete konzentrieren und die Gemeinschaftsinitiativen und damit auch auf die Interessen Schleswig-Holsteins,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

wer jetzt in Kenntnis dieser Situation solche unrealistischen Summen zur Meßlatte für die deutsche Präsidentschaft macht, der fällt den Ländern in den Rücken, die im Augenblick schwer um ihre Fördergebiete ringen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, gestatten Sie - -

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Gleich! Ich möchte das erst ganz gern zu Ende führen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich hatte noch gar keine Frage gestellt.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Das größte Risiko - ich drücke es einmal sehr zugespitzt aus - -

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Ich hoffe, es ist deutlich geworden, verehrter Herr Stritzl, daß es eine zeitliche Entwicklung bei den Verhandlungen gegeben hat. Wir haben heute einen völlig anderen Stand. Wenn Sie dies nicht für richtig halten, dann sage ich es Ihnen sehr zugespitzt: Das größte Risiko für Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde und andere Gebiete ist nicht die Kommission in Brüssel, sondern die maßlose Europapolitik des bayerischen Ministerpräsidenten in Bayern und derjenigen, die sich in seinen Sog ziehen lassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Ich wiederhole bewußt an zwei Adressen das, was Friedbert Pflüger kürzlich auf einer Pressekonferenz in Brüssel erklärt hat. Er hat Regierung und Opposition davor gewarnt, den Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft nur an jener Geldsumme zu messen, die Deutschland am Ende als Nettozahler einspart. Ich unterstreiche das ganz ausdrücklich.

Ich glaube also, daß die Landtagsbeschlüsse, die heute gefaßt werden, eine gute Basis sind, überall im Land darüber zu informieren - natürlich auch angesichts regionaler Unsicherheiten -, worum es bei dieser Agenda wirklich geht.

(Minister Gerd Walter)

Vielleicht darf ich dazu kurz drei Punkte nennen:

Erstens: Diese Agenda ist nötig, um die EU erweiterungsfähig zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Diese größte Chance, die der Kontinent hat, darf man nicht einfach vertun.

Zweitens: Die Agenda muß jetzt kommen, oder sie wird auf absehbare Zeit mit verheerendem Schaden für die Gesamtoperation der Erweiterung gar nicht kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Drittens: Wir wollen einen fairen Kompromiß. Aber es gibt keine Agenda 2000 nach dem Motto: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.“

Die EU größer und billiger machen und trotzdem das gleiche aus der EU-Kasse haben wollen, dieses Ei des Kolumbus ist noch nicht erfunden worden. Deshalb kann auch an Schleswig-Holstein die Agenda 2000 nicht spurlos vorbeigehen.

Im übrigen: Der Preis, den wir vielleicht zahlen, ist eine gewaltige Investition in die Zukunft, zum Beispiel in den gemeinsamen Zukunftsmarkt Ostseeregion, der durch die **Osterweiterung** vorankommen wird. Das ist in ökonomischer Hinsicht für Schleswig-Holstein am Ende ertragreicher als vielleicht das eine oder andere Gewerbegebiet mit den EU-Förderungen aus Brüssel.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Im übrigen bin ich, was die Strukturfonds aus der Sicht Schleswig-Holsteins angeht, relativ optimistisch. Ich hüte mich vor konkreten Vorhersagen. Aber in Kenntnis der Verhandlungsstände glaube ich, daß es für Schleswig-Holstein keinen Anlaß zu Panikmache gibt. Ich erwarte, daß es auch weiterhin eine Regionalförderung in Schleswig-Holstein in sehr respektablem Umfang geben wird. Ihre Beiträge heute sind eine Unterstützung, um auf diesem Wege am Ende tatsächlich erfolgreich zu sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich will es zumindest gesagt haben: Nach der Geschäftslage wäre noch die Möglichkeit einer neuen Fraktionsrunde gegeben. Die Regierung hat nämlich um fast drei Minuten überzogen. - Wenn das Wort nicht gewünscht wird, dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Eine alternative Abstimmung gilt nicht. Ich werde chronologisch abstimmen lassen, und zwar zunächst über die beiden Anträge, die neu vorgelegt worden sind - den Antrag von CDU und F.D.P. und den Antrag von Frau Spooren donk -, und anschließend dann über die Beschlußempfehlung des Ausschusses. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag von CDU und F.D.P. Drucksache 14/1995 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit allen Stimmen bei Stimmenthaltung von Frau Spooren donk, SSW, ist dieser Antrag angenommen.

Jetzt stelle ich den Antrag Drucksache 14/2003 zur Abstimmung; das ist der Antrag von Frau Spooren donk, SSW. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Stimmenthaltung von CDU und F.D.P. angenommen.

Wir stimmen jetzt über die Empfehlung des Ausschusses, Drucksache 14/1666, ab. Dabei muß ich sagen, daß die Ausschlußempfehlung, die Drucksachen 14/1647 und 14/1710 abzulehnen, so nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Der Ausschuß muß empfehlen, den Antrag Drucksache 14/1710 abzulehnen, da der CDU-Antrag, der Ursprungsantrag, erledigt ist. Wer also der Beschlußempfehlung zustimmen will, das heißt, den Antrag Drucksache 14/1710 abzulehnen und dafür Drucksache 14/1652 anzunehmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung von CDU, F.D.P. und SSW gefolgt worden.

Meine Damen und Herren, jetzt sollte ich Ihnen eine Mittagspause gönnen. Wir treffen uns hier um 15:00 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 13:06 bis 15:02 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich zu erheben. Soeben hat mich die Nachricht erreicht, daß am 21. Februar 1999 im Alter von 79 Jahren der frühere Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages Kurt Semprich verstorben ist. Herr Semprich gehörte dem Landtag von 1954 bis 1962 als Mitglied der Fraktion der SPD an und war als langjähriger Bürgermeister von Elmshorn über Parteigrenzen hinaus anerkannt und geschätzt. Der Schleswig-Holstei-

(Präsident Heinz-Werner Arens)

nische Landtag gedenkt seines früheren Mitgliedes in Dankbarkeit. - Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen erhoben, ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, wir treten wieder in die Tagesordnung ein. Ich begrüße zunächst auf der Tribüne Gäste der Volkshochschule Kiel mit Gästen der Volkshochschule Fyn aus Dänemark sowie Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „60plus“ aus Lübeck. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 7 und 10 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1941

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1975

Das Wort zur Begründung wird offensichtlich nicht gewünscht. Dann treten wir in die Grundsatzberatung ein. Ich erteile zunächst das Wort der Frau Abgeordneten Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Jeder, der die Zeitungen verfolgt hat, weiß: Das Thema Landwirtschaftskammer ist weiterhin, und dies seit Monaten, in den Schlagzeilen. Das hat interne Gründe, die nicht von uns zu verantworten sind, aber es liegt auch an der rot-grünen Landesregierung, die nur wenige Gelegenheiten ausläßt, in die Landwirtschaftskammer hineinzuregieren.

(Widerspruch der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Der Landwirtschaftsminister hat vor dem Hintergrund der personellen Schwierigkeiten der Kammer bereits angedeutet, daß er eine erneute umfängliche Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes für nötig hält. Angesichts der Tatsache, daß wir dies erst vor vier Jahren gemacht haben, wird deutlich, daß es auch andere Vorstellungen zum Kammergesetz gibt als die, die die vorherige Landesregierung gehabt hat. Ich bin allerdings der Meinung, Herr Minister, daß Änderungen nicht nur in Sachbeständen notwendig sind, sondern ebenfalls in den Mehrheitsverhältnissen für die Personalentscheidungen.

Die Querelen um die Wahl eines neuen Kammerpräsidenten haben gezeigt, wie eng Personal- und Sachentscheidungen beieinander liegen. Die Fragen nach der Notwendigkeit der Kammer, nach ihrer Struktur sind erst aufgetreten, als personelle Schwierigkeiten auftraten.

Dabei wird die Arbeit der Kammer nach wie vor positiv bewertet. Beratung, Versuchswesen, Ausbildung sind Stärken der Kammer. Die Verzahnung von Beratung und Ausbildung hat ihr eine so starke Stellung im Lande verschafft, daß sie die Landesregierung aus vordergründigen Interessen zerschlagen hat.

Carsten Mumm hat als Kammerpräsident in einer äußerst schwierigen Situation das Amt übernommen, und er hat gute Arbeit geleistet, die Straffung der Arbeit gut organisiert. Es liegt in der Natur der Sache, daß er nicht beides konnte, möglichst viele Stellen im Interesse der Arbeitnehmer zu erhalten und gleichzeitig Stellen abzubauen, um den Zuschuß des Landes langfristig zu mindern. Das kommt der Quadratur des Kreises gleich. Mag sein, daß er in seinem Stil nicht nahtlos an seinen Vorgänger anknüpfen konnte, der 20 Jahre das Amt innehatte. Doch wer will darüber den Stab brechen?

Inzwischen hat er das Handtuch geworfen, wie den Presseberichten zu entnehmen ist. Seinem designierten Nachfolger ist insbesondere Glück zu wünschen, und daß ihm mehr Fairneß entgegengebracht wird als Carsten Mumm.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Tatsache, daß ein erfolgreicher **Kammerpräsident** nicht wiedergewählt wurde, das Gesetz diesen Fall durch die unsinnige Forderung nach einer **Dreiviertelmehrheit** provoziert hat, zeigt, daß akuter Änderungsbedarf für das Kammergesetz besteht.

Ich habe bereits bei der Einführung im September 1995 darauf hingewiesen, daß eine Dreiviertelmehrheit allenfalls dazu taugt, Sprengstoff zu liefern, um Streit in den Gremien zu schüren, insbesondere wenn nicht geregelt ist, was passieren soll, wenn - wie jetzt eingetreten - der Präsident die erforderliche Mehrheit nicht erhält. Das führt letztlich nur zu einer Schwächung der Kammer. Die Dreiviertelmehrheit allein für den Präsidenten - ich betone: allein für den Präsidenten - ist eine Einladung zur Erpressung der Mehrheit durch die Minderheit, und genau dies ist passiert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion zur Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes will mit diesen Regelungen Schluß machen. Die Neuwahl des Vor-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

standes auf der ersten Sitzung der Landwirtschaftskammerhauptversammlung hat gezeigt, daß die Bestimmungen des Gesetzes nicht praktikabel sind. Nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion sollte für die Wahl des Präsidenten der Landwirtschaftskammer sowie seiner beiden gleichberechtigten Vizepräsidenten die gleiche Mehrheit erforderlich sein. Damit müssen sich die in der Kammerhauptversammlung vertretenen Gruppen über die Besetzung dreier Positionen einigen. Die Vizepräsidenten erhalten dieselbe Legitimation wie der Präsident. Ihre Stellung in der Kammer ist ähnlich hervorgehoben wie die des Präsidenten.

Um zu unterstützen, daß der Präsident und die beiden Vizepräsidenten im Konsens gefunden werden, ist es außerdem sinnvoll, für ihre Wahl eine qualifizierte Mehrheit zu verlangen. Nach Auffassung meiner Fraktion ist dabei eine qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen ausreichend. Auf diese Weise wird der Bedeutung der jeweiligen Entscheidung Rechnung getragen.

(Unruhe)

Außerdem bleibt ein ausreichender Minderheitenschutz angesichts der heterogenen Struktur der Hauptversammlung gewährleistet. Im übrigen ist ein Zweidrittelquorum auch sonst im Landwirtschaftskammergesetz üblich und fördert die Übersichtlichkeit des Gesetzes.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Unruhe)

Schließlich sieht unser Gesetzentwurf vor, das bislang festgeschriebene Höchstzahlverfahren nach d'Hondt zugunsten des Hare-Niemeyer-Verfahrens zu ersetzen. Das entspricht dem modernen Auszählungsverfahren bei der Aufteilung der zu verteilenden Sitze und garantiert einen besseren Minderheitenschutz.

Ich beantrage die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Agrarausschuß.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ein wenig mehr Aufmerksamkeit kann der Sache nicht abträglich sein. Ich erteile jetzt das Wort Herrn Abgeordneten Ehlers.

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle Warnungen der CDU-Landtagsfraktion im Zuge der Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes, insbesondere die Einführung eines Mehrheitserfordernisses von drei Vierteln der Stimmen, hat

die sozialdemokratische Mehrheit unbeachtet gelassen. Die befürchteten Folgen sind nunmehr eingetreten.

(Meinhard Füllner [CDU]: So ist das!)

Die gesetzlich festgeschriebenen **Mehrheitserfordernisse** führen zu einer Blockade des Vorstandes, der bisher nicht in der Lage war, die notwendige Mehrheit für die **Wahl eines Kammerpräsidenten** zusammenzubekommen.

Um aus diesem Dilemma herauszufinden und eine für die Zukunft tragfähige Grundlage zu schaffen, hat die CDU-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kammergesetzes in den Landtag eingebracht. Mit der geforderten Gesetzesänderung soll die Kammer in die Lage versetzt werden, durch Satzungsänderung Mehrheitserfordernisse festzulegen. Dies stärkt die Selbstverwaltung und bietet ihr die Chance, ohne Einwirkungen von außen ihre ureigensten Aufgaben selbst zu regeln.

(Beifall bei der CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von außen eingewirkt?)

- Von außen eingewirkt - die SPD-Mehrheit mit dem Kammergesetz, mein lieber Herr Matthiessen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Unruhe)

Ist es gerechtfertigt, einer Minderheit die Möglichkeit zu geben, der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen oder eine lebenswichtige Entscheidung zu verhindern? Der beste Weg ist der des Konsenses. Dies schließt aber nicht aus, daß sich auch in Zukunft kontroverse Positionen gegenüberstehen. Für den Fall muß Vorsorge getroffen werden, um eine Wiederholung der derzeit festgefahrenen Situation für die Zukunft zu vermeiden.

Mit unserem Gesetzentwurf zur Änderung des Kammergesetzes wollen wir keine „Lex Mumm“ schaffen. Ich darf an dieser Stelle sagen: Carsten Mumm hat als Präsident der Landwirtschaftskammer hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir wollen eine zukunftsfähige Regelung, die zugleich die Selbstverwaltung stärkt und ihr die Möglichkeit eröffnet, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Dies ist zweifellos der weitestgehende Rahmen, der in diesem Zusammenhang überhaupt möglich ist.

Ich bin die Dauerquerelen um die Landwirtschaftskammer leid. Es war ein Kardinalfehler der politischen Mehrheit in diesem Hause, Mehrheitserfordernisse in ein Gesetz zu schreiben, deren negative Auswirkungen schon bei der Abfassung erkennbar waren.

(Claus Ehlers)

Es hat genügend warnende Stimmen gegeben, insbesondere unsererseits. Diese wurden jedoch nicht ernstgenommen. Wir stehen nun vor einem Scherbenhaufen. Die Kammer braucht eine berechenbare und planbare Perspektive.

(Beifall bei der CDU)

Die derzeitige Situation trägt dagegen schon Züge einer Auflösungserscheinung. Daraus wollen wir die Kammer mit unserem Antrag befreien. Der Gesetzentwurf der F.D.P. geht zwar in die richtige Richtung, schreibt aber der Kammer vor, wie sie in Zukunft zu verfahren hat. Das wollen wir in Zukunft der Selbstverwaltung überlassen.

Beide Gesetzentwürfe sollten - und dies beantrage ich hiermit - an den Agrarausschuß zur weiteren Beratung überwiesen werden. Ich hoffe, daß wir dort eine Regelung finden werden, die von einer breiten Mehrheit getragen wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ehlers, auch ich bin die Querelen um die Landwirtschaftskammer leid. Als jemand, der zwölf Jahre lang die Auseinandersetzung und personelle Diskussion ertragen mußte, hätte ich manches Mal Schmerzensgeld beanspruchen können. Die Gesetzentwürfe von CDU und F.D.P. sind ehrenwert, lösen aber nicht das aktuelle Problem.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ach!)

Ein **Präsident der Landwirtschaftskammer**, der zweimal weder die Dreiviertel- noch die Zweidrittelmehrheit

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

- Zweidrittelmehrheit, Frau Happach-Kasan - der Delegierten der Kammerhauptversammlung erzielt hat, ist nicht am Kammergesetz gescheitert,

(Beifall bei der SPD)

sondern an der mangelnden Akzeptanz, nicht nur im Arbeitnehmerlager, auch in den eigenen Reihen des Bauernverbandes.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Bei der ersten Wahl erhielt er 44 von 72 Stimmen, bei der zweiten 38 von 77. Für eine einfache Mehrheit - auch für eine einfache Mehrheit - hätte es 39, für eine Zweidrittelmehrheit 52 Stimmen bedurft. Weder der Gesetzentwurf der CDU noch der Gesetzentwurf der F.D.P. hätte das Problem gelöst. Ich erinnere daran, daß Graf zu Rantzau immer über 90 % der Stimmen erhalten hat, ohne daß damals eine **Dreiviertelmehrheit** erforderlich war.

Von Blockade oder gar Erpressung kann überhaupt nicht die Rede sein,

(Beifall des Abgeordneten Günter Neubauer [SPD])

denn die Vorstandsmitglieder wurden von den Arbeitnehmervertretern mit gewählt, und dennoch erhielten sie Gegenstimmen. Der neue Geschäftsführer wurde einstimmig gewählt. Zugegeben, das Kammergesetz ist reformbedürftig.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Es entstand in einer besonderen Konfliktsituation. Wir sollten daraus lernen. Es bedarf einer grundsätzlichen Vorarbeit in einer ruhigen, besonnenen Atmosphäre. Zweidrittelmehrheit, Mißtrauensvotum, Wahl des Präsidenten aus der Hauptversammlung sind nur wenige Aspekte. Müßte man nicht auch über die Zusammensetzung der Hauptversammlung neu nachdenken? Auch Ernährungswirtschaft, Gartenbau, Fischerei, Baumschulen sind entscheidende Wirtschaftsfaktoren. Sie sind aber nicht nur ein Teil des Bauernverbandes. Auch in diesen Bereichen erfüllt die Kammer Dienstleistungen.

Eine gründliche Beratung mit allen Betroffenen spricht gegen einen Schnellschuß, der den Konflikt nicht löst. Wir alle - da sind wir uns einig - wollen eine effiziente Landwirtschaftskammer. Doch die Akzeptanz bei den Bauern schwindet, je länger die Querelen anhalten.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neubauer [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wollen Sie doch! - Ursula Röper [CDU]: Wo gibt es denn eine Dreiviertelmehrheit?)

Mangelnde Mehrheitsfähigkeit ist kein Grund zur Änderung eines Gesetzes zu diesem Zeitpunkt. Es ist ein merkwürdiges Demokratieverständnis, wenn der Streit um Personen mit Gesetzesänderungen gelöst werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Der Prozeß eines personellen Neuanfangs sollte - meiner Meinung nach - durch politische Aktivitäten

(Sabine Schröder)

nicht gestört werden. Ich mahne dringend eine schnelle Lösung der Auseinandersetzung um eine Person an, um die Kammer aus den negativen Schlagzeilen herauszubekommen. Umlage und Landeszuschüsse dürfen nicht gefährdet werden. Es ist kein Scherbenhaufen, denn die Landwirtschaftskammer hat eine Verwaltungsreform begonnen, die fortgesetzt werden muß.

Endlich - wie wir lesen konnten - hat der Präsident den „Mumm“ gehabt, die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis zu ziehen, auf eine neue Kandidatur verzichtet und somit den Weg für einen neuen Vorschlag des Bauernverbandes freigemacht.

Dies ist ein Hoffnungsschimmer am Horizont. Hoffen wir alle auf eine einvernehmliche Lösung! Wir wünschen einem neuen Präsidenten integrierende Kraft und mutiges Vorantreiben der Reformen, damit wir den Bestand der Kammer sichern und das Ansehen wieder stärken,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

auf daß wir künftig harmonischere Kammerkonzerte ohne Dissonanzen erleben können.

Einer Überweisung an den Agrarausschuß stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst mit dem erfreulichen Teil beginnen. Ich gratuliere von dieser Stelle aus noch einmal dem neu gewählten Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, dem einstimmig neu gewählten Geschäftsführer Dr. Gregersen recht herzlich zu seiner Wahl und wünsche ihm in seinem Amt alles Gute. Er hat eine Aufgabe übernommen, die gewiß nicht einfach ist. Wir wünschen ihm viel Erfolg bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben.

Um die und in der Landwirtschaftskammer gab es viel Unruhe, eine Situation, die sich jetzt bereits über Jahre hinquält, und das in einer Zeit finanzieller Enge und eines rasanten Umbruchs in der Landwirtschaft und in den vor- und nachgelagerten Sektoren.

Die offenbar unter dem aktuellen Druck der Ereignisse vorgelegten Entwürfe zur Gesetzesänderung lehnen wir ab. Es ist doch nicht schuld des Gesetzes, daß Herr

Mumm keine ausreichende Mehrheit hinter sich versammeln konnte. Herr Mumm, der gleichzeitig hoher Funktionsträger beim **Bauernverband** ist, sollte offenbar auf Biegen und Brechen als Präsident der Kammer durchgesetzt werden. Nebenbei bemerkt würde der Änderungsvorschlag der F.D.P. auch gar nicht in der Lage sein, das Problem zu lösen - die Kollegin Schröder hat ja schon darauf hingewiesen -, da der Kandidat des Bauernverbandes bei der letzten Wahl ja noch nicht einmal dreiviertel der Stimmen hinter sich vereinigen konnte.

Gleichwohl anerkenne ich, daß sich die F.D.P. mit ihrem Vorschlag um eine Vermittlung in der Sache bemüht. Aber offenbar geht es ja so auch nicht, Frau Happach-Kasan. In dieser Zeit, in der die Landwirtschaftskammer in einem schwierigen Fahrwasser segelt, muß der Kapitän des Schiffes eine Figur sein, die es versteht zu integrieren, die sich nicht auf bloßen Schriftverkehr beschränkt, sondern in der Lage ist, mit den Menschen direkt in einem konstruktiven Sinne zu sprechen.

Es ist nicht Sache des Schleswig-Holsteinischen Landtags, die Gesetze den Querelen der Kammer und den offensichtlich unzureichenden Führungsstrukturen des Bauernverbandes anzupassen. Es ist Sache des Bauernverbandes, möglichst in Absprache mit allen Betroffenen einen allseits akzeptierten Kandidaten zu präsentieren.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wie man lesen kann, haben die bauerlichen Deputierten einen neuen Kandidaten vorgeschlagen, nachdem Herr Mumm den Weg freigemacht hat. Herr Mumm sagt wörtlich, daß die **Dreiviertelmehrheit** verfassungswidrig sei. Dazu ist meiner Kenntnis nach kein Urteil vorhanden, denn dann gäbe es das Gesetz in der jetzt vorliegenden Form nicht. Es gibt ja noch nicht einmal eine Klage.

Ich habe die internen Querelen in der Kammer immer nur schwer nachvollziehen können. Eines aber wird durch diese Äußerungen deutlich: Carsten Mumm ist ein schlechter Verlierer.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist unglaublich, Herr Matthiessen!)

Er geht noch weiter. Er behauptet, daß „diese Blockade meiner Person dazu ausgenutzt wird, um der Kammer irreparablen Schaden zuzufügen“.

Ein Kriminalkommissar würde an dieser Stelle fragen: Wo ist das Motiv? Welches Interesse sollten Beschäftigte und andere an einer Beschädigung der Kammer haben, wie Mumm unterstellt? - Dieses

(Detlef Matthiessen)

Trauerspiel fällt auch auf den Bauernverband zurück. Bezeichnenderweise ist der vorliegende CDU-Gesetzentwurf von einem hohen Funktionär des Bauernverbandes unterschrieben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was? Wer ist das?)

Der Bauernverband hält offensichtlich so lange an einer Person fest, die offensichtlich nicht die Qualitäten mitbringt, die das Amt erfordert. Dem habe ich nichts hinzuzufügen als meine besten Wünsche für eine gedeihlichere Zukunft der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Daß die Landwirtschaftskammer Schwierigkeiten hat, geht aus der Presse hervor. Das wissen wir alle. Es ist den Deputierten auf der letzten Kammerhauptversammlung nicht möglich gewesen, einen Präsidenten zu wählen. Das ist hinlänglich bekannt. Darauf werde ich gleich noch etwas näher eingehen. Die Situation stellt sich momentan so dar, daß es Einigkeit in Sach- und Personalfragen auf der Versammlung gegeben hat. Da es jedoch nicht möglich war, sich auf einen Präsidenten zu einigen, besteht die Gefahr einer **Auflösung der Landwirtschaftskammer**. Da die überwiegende Mehrheit in diesem Haus zur Landwirtschaftskammer steht, muß deshalb geklärt werden, wie dieses Problem gelöst werden kann, damit die Landwirtschaftskammer wieder handlungsfähig wird.

Damit meine ich: Man kann natürlich durchaus die Frage stellen, ob das Kammersystem eigentlich noch zukunftsweisend ist. Aber diese Diskussion will ich hier jetzt nicht anfangen.

Ich teile die Auffassung von CDU und F.D.P., daß die benötigte **Dreiviertelmehrheit** für die **Wahl eines Präsidenten** zu hoch ist. Das sagte der SSW schon, als es in der letzten Wahlperiode darum ging, die Mehrheitsverhältnisse neu zu strukturieren.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn wir andere Kammerwahlverfahren in der Bundesrepublik betrachten - da, wo es noch Landwirtschaftskammern gibt -, müssen wir feststellen, daß wir

in Schleswig-Holstein mit der Dreiviertelmehrheit allein dastehen. Nebenbei bemerkt werden in mehreren Bundesländern die Aufgaben von Ministerien oder deren nachgeordneten Dienststellen wahrgenommen oder in Ausnahmefällen auf Verbände übertragen.

Da sich die Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer aus verschiedenen Interessengruppen zusammensetzt, ist es unserer Meinung nach wichtig, weiterhin einen Minderheitenschutz bei Wahlen zu gewährleisten. Mit einer einfachen Mehrheit, wie es im Gesetzentwurf der CDU vorgesehen ist, ist der Minderheitenschutz nicht gewährleistet. Daher können wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir befürworten aber die Vorschläge des F.D.P.-Gesetzentwurfs, da eine Zweidrittelmehrheit immer noch ausreicht, um die Interessen der Minderheiten zu gewährleisten.

In dem Änderungsvorschlag zu § 10 Abs. 2, das Wahlverfahren in den Wahlbezirken nach Hare-Niemeyer durchzuführen, sehen wir eine Verbesserung. Dieses Wahlverfahren garantiert einen besseren Minderheitenschutz als das zur Zeit geltende Wahlverfahren nach d'Hondt.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf der F.D.P. zustimmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nun könnte man sagen, daß eine Zweidrittelmehrheit bei den letzten Präsidenschaftswahlen auch nichts genützt hätte. Das mag so richtig sein. Wenn wir uns allerdings die Mehrheitsverhältnisse aus den Vorjahren für die Präsidenschaftswahlen angucken, müssen wir feststellen, daß die Dreiviertelmehrheit weit überschritten wurde. Es ist auffällig, daß erst ab 1998 die Erreichung einer Dreiviertelmehrheit in Gefahr geraten ist. Die starke Verknüpfung von Bauernverband und Landwirtschaftspräsident war wohl eher die Ursache dafür, daß die Landwirtschaftskammer heute steht, wo sie steht, nämlich ohne einen Präsidenten.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig!)

Daher hoffe ich, daß die Kammerhauptversammlung im März mit einem neuen Präsidenschaftskandidaten endlich ihren Präsidenten bestimmt und daß die Kammer weiterarbeiten kann.

(Anke Spoorendonk)

Bezüglich des Wahlverfahrens habe ich keine vernünftige Begründung dafür finden können, daß man nicht von dem ausgehen sollte, was in anderen Kammern der Fall ist, nämlich die **Zweidrittelmehrheit**. Ich hoffe, daß wir uns das Ganze im Ausschuß noch einmal genau angucken können. Ich hoffe natürlich auch, daß die Landwirtschaftskammer funktionstüchtig bleibt - auch, wenn ich durchaus in Frage stellen kann, ob es mit diesem Kammersystem eigentlich weitergehen sollte.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Ehlers das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Minister, Sie können immer reden! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat doch schon geredet! Herr Ehlers, tun Sie uns das nicht an!)

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle hier einmal die Frage: Hat ein Mehrheitserfordernis von 75 % noch etwas mit Demokratie zu tun?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Darunter leidet das ganze Genossenschaftswesen. Im Genossenschaftsgesetz ist nämlich auch das Erfordernis einer **Dreiviertelmehrheit** vorgeschrieben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das verhindert jede sinnvolle Fusion.

Ich behaupte hier: Die SPD hat mit ihrer absoluten Mehrheit 1995 das Gesetz politisch so gewollt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wir erleben jetzt folgendes. Eine Minderheit majorisiert die Mehrheit in der Landwirtschaftskammer.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dieser Tatbestand muß so schnell wie möglich per Gesetz beendet werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Von Ihnen, Herr Matthiessen, wird der Bauernverband angegriffen. Ich darf hier einmal erwähnen, daß die Bauern in Schleswig-Holstein 15 Millionen DM Kammerumlage bezahlen

(Zuruf von der SPD: Eine Zwangsumlage!)

- eine Zwangsumlage, die wir bezahlen müssen -, und die Minderheit, die Arbeitnehmervertreter, keinen Pfennig bezahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Ursula Kähler [SPD]: Die arbeiten immerhin dafür!)

Man kann mit Geld nicht alles regeln. Aber das ist nicht in Ordnung; das muß hier einmal gesagt werden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit Fischern und Gärtnern?)

- Fischer und Gärtner bezahlen die 15 Millionen DM mit! Genauso ist es!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie sind die in der Kammer vertreten?)

- Sie sind so vertreten, daß sie damit zufrieden sind. Das führt zu überhaupt keiner Diskussion.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber von Demokratie reden!)

Wir sehen keinen Handlungsbedarf, daran etwas zu ändern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich habe vorhin erwähnt, daß Carsten Mumm gute Arbeit als Präsident für die Landwirtschaftskammer geleistet hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Was jetzt in der öffentlichen Darstellung passiert -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Skandalös!)

Herr Matthiessen, Herr Mumm ist von Ihnen einige Male genannt worden -, ist folgendes: Die Person Mumm ist öffentlich in einer Form beschädigt worden, die unvertretbar ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Unser Antrag geht in folgende Richtung - wir alle halten draußen zu diesem Thema Sonntagsreden -: Wir wollen die Selbstverwaltung stärken. Dies wollen wir im Gesetz verankern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Buß.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Präsident hat Sie gerade aufgerufen, Herr Minister!)

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bezweifle, daß die Debatte - gerade im letzten Teil - der Kammer dient. Ich werde mich auch nicht an einer Personaldebatte beteiligen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sollten Sie Matthiessen sagen! - Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die gehört nämlich in das Organ der Kammer hinein, nicht hier in den Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann auch nicht nachvollziehen, daß Frau Happach-Kasan - ähnlich hat sich auch Herr Ehlers geäußert - von der Erpressung der Minderheit durch die Mehrheit spricht.

(Thorsten Geißler [CDU]: Umgekehrt! - Martin Kayenburg [CDU]: Umgekehrt!)

Das ist nach meinem Demokratieverständnis unverständlich. - Wissen Sie, ich habe Ihnen doch auch in Ruhe zugehört! Vielleicht tun Sie es auch bei mir. Ich wäre Ihnen sehr verbunden.

Es gibt ein Gesetz. Das mag man ja beklagen. Dann muß man für andere Mehrheiten sorgen und das Gesetz ändern. So kenne ich Demokratie, Herr Kubicki.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dat mok wi!)

Dann, wenn eine Gruppierung ein Gesetz anwendet, davon zu sprechen, daß diese Gruppierung eine andere erpreßt, ist in meinen Augen absurd.

(Caroline Schwarz [CDU]: Aber Fakt!)

Meine Damen und Herren von den antragstellenden Fraktionen, es wird Sie vielleicht nicht überraschen, daß ich mit Ihnen der Auffassung bin, daß das Gesetz über die Kammer in einer ganzen Reihe von Punkten verbesserungsbedürftig ist. Es ist ein Gesetz von 1953, das unter ganz anderen Voraussetzungen geschaffen und das beim letzten Mal nur marginal geändert worden ist.

Aber damit sind auch die Gemeinsamkeiten schon zu Ende. Ich denke, daß beide Anträge eine voreilige Reaktion auf aktuelle Geschehnisse sind, deren Problematik gar nicht zu bestreiten ist. Diese Geschehnisse sind doch - wie Sie alle wissen - auf dem besten Wege, schon wieder Geschichte zu werden. Das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Die in den Anträgen der CDU und der F.D.P. vorgebrachten Änderungen des Kammergesetzes sind für

sich genommen mit Sicherheit nicht geeignet, die Landwirtschaftskammer wieder in ruhiges Fahrwasser zu bringen. Die geforderte Dreiviertelmehrheit in der Hauptversammlung und im Vorstand für verschiedene Beschlüsse ist doch nur ein Problem in einem ganz bestimmten Umfeld um eine Person gewesen.

Für mich, meine Damen und Herren - deswegen habe ich in der ganzen Zeit die Aufregung nicht verstanden -, ist dies ein ganz normaler demokratischer Vorgang. Die stärkste Gruppierung in einem Organ hat nach gutem demokratischen Brauch das Recht, einen **Personalvorschlag** zu machen. Dann wird gewählt. Wenn dieser Personalvorschlag nicht die erforderliche Mehrheit bekommt, dann bleibt das Vorschlagsrecht bei der größten Gruppierung; aber sie schlägt eine neue Person vor. So habe ich es in meinem langen politischen Leben immer wieder erlebt. Diesen Vorgang, wie er jetzt gelaufen ist, habe ich noch nie erlebt. Was dort alles im Umfeld von Bauerngeld gesagt worden ist, haben Sie, Herr Ehlers, mitsamt der Zwischenrufe eben schon gehört. Es sind dort auch Fischer und Gärtner engagiert. Das Land gibt noch bescheidene 29,5 Millionen DM dazu. Das muß sich auch irgendwo wiederfinden. - Aber das nur am Rande.

(Beifall bei der SPD)

Gerade weil die Kammer in ihrer Hauptversammlung so komplex zusammengesetzt ist und ihre Aufgaben so unterschiedlich sind, ist es nötig, daß gerade der Präsident eine breite Mehrheit hat. Bisher ist es auch immer so gewesen, wie Sie wissen. Alle Präsidenten vor dem aktuellen Fall - diesen Kandidaten eingeschlossen - haben immer eine Mehrheit deutlich über der Dreiviertelmehrheit gehabt. Wenn wir den Änderungsantrag von Frau Happach-Kasan nehmen, würde das gar nicht helfen. Denn er hat seinerzeit beim ersten Wahlgang nicht einmal die Zweidrittelmehrheit bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Das behaupten Sie, Herr Kubicki. Das können Sie doch gar nicht beweisen.

Insofern handelt es sich in diesem Bereich nicht um ein strukturelles Problem der Kammer, sondern es geht um eine Einzelpersonalie, die jetzt gelöst ist. Die Antragsteller sind meines Erachtens nicht gut beraten, eine Gesetzesänderung als Ausweg aus einer problematischen singulären Situation zu wählen, die sogar schon wieder - wie gesagt - der Vergangenheit angehört. Ich will die Änderungspunkte nicht weiter kommentieren und verzichte auch im Interesse der Redezeit darauf.

(Minister Klaus Buß)

Nur vielleicht noch zu meiner Eingangsbemerkung: Für Diskussionen über eine Änderung des Gesetzes über die **Landwirtschaftskammer** treffen Sie bei mir auf offene Ohren. Gesetzesänderungen - ich hoffe, da treffe ich bei Ihnen auf offene Ohren -, dürfen aber nicht mit heißer Nadel genäht werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb hatten wir auch schon drei Lesungen!)

- Ja, Sie haben auch immer daran mitgewirkt, Herr Kubicki.

Wenn die Anträge an den Ausschuß verwiesen werden, dann sind wir vom MLR sehr gern bereit, mitzuarbeiten und eigene Vorschläge einzubringen, damit wir im Ausschuß im Interesse einer starken Kammer, die ich will, eine breite Mehrheit bekommen. Nur das nutzt der **Kammer**; und nur das nutzt den Berufsständen, deren Interessen die Kammer zu vertreten hat. Ich hoffe, daß wir gut zusammenarbeiten können und wir uns dort nicht in dem Ton auseinandersetzen, wie wir es teilweise jetzt in den Debatten gehört haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister, ich stimme Ihnen zu, daß wir eine durchaus breitere Änderung des Kammergesetzes brauchen. Darin sind wir uns einig. Gleichwohl bin ich der Meinung, daß sich die Schwierigkeiten der Kammer, die durch einen bestimmten Vorfall - ich glaube, es war im Jahr 1993 - aufgetreten sind, auch in der künftigen Arbeit fortsetzen werden, wenn es uns nicht gelingt, ein Kammergesetz so zu gestalten - gerade bei der Auswahl der Personen -, daß die Kammer arbeitsfähig ist.

Ich bedauere ein bißchen, daß weder Sie noch die Abgeordnete Schröder den Kern unseres Antrages verstanden haben.

(Beifall des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Der Kern unseres Antrages heißt, daß nicht nur eine Person mit einem höheren Quorum gewählt werden muß - Sie sind nicht darauf eingegangen, Frau Schröder -, sondern daß es drei Personen sein müssen. Dieses zwingt die Gruppen, die diese drei Personen zu stellen haben, sich zusammenzusetzen. Sie haben miteinander darüber zu reden, wie sie sich die Füh-

rungsspitze der Kammer vorstellen können. Dies ist das Ziel unseres F.D.P.-Antrages.

Deswegen soll das nicht nur für den Präsidenten, sondern auch für die beiden Vizepräsidenten gelten. Insofern, Frau Schröder, sind alle Rechenspielchen, wer denn wie viele Stimmen vorher bekommen hat, obsolet. Denn wir hatten dieses Gesetz nicht. Nach dem jetzigen Recht soll nur der Präsident eine **Dreiviertelmehrheit** brauchen. Alle anderen werden mit einfacher Mehrheit gewählt. Dieses kann nicht angehen - gerade in der jetzigen Situation der Kammer, die herausgehoben ist. Darin sind wir uns doch einig.

Wir wissen, daß es schwierig ist. Es ist unheimlich schwierig, eine derartige Strukturierung, die Straffung der Kammer, umzusetzen. Daß dieses gerade an der Person, die an der Spitze der Kammer steht, nämlich dem Kammerpräsidenten, Blessuren hinterläßt, ist doch ganz normal. Es ist klar, daß die Arbeitnehmer mit einer solchen Person Schwierigkeiten haben, weil sie von allen Beteiligten Opfer verlangt. Ich hätte mir mehr Fairneß gegenüber Carsten Mumm gewünscht. Ich hätte mir mehr Solidarität von den Arbeitgebern gewünscht. Ich hätte mir auch eine bessere Unterstützung seiner Arbeit durch den Bauernverband gewünscht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich glaube schon, daß Carsten Mumm ab und zu nicht gut beraten gewesen ist. Ansonsten meine ich, daß er als Person integer ist und eine gute Arbeit geleistet hat.

Aber zurück zu der allgemeinen Situation: Höchste Richter werden mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt. In dem Bereich scheint das ordentlich zu sein. Bei einem Kammerpräsidenten macht man Vorbehalte.

Noch eine ganz andere Anmerkung: Herr Kollege Matthiessen hat die Wahl des Geschäftsführers hervorgehoben. Das ist unter der Regentschaft von Carsten Mumm geschehen. Er kann also gar nicht so schlecht sein.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Herr Astrup, reden Sie nicht immer dazwischen, wenn Sie nichts verstehen.

Die Person, die einstimmig herausgekommen ist, ist unter der Führung von Herrn Carsten Mumm gewählt worden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Das müssen wir schlicht feststellen. Von daher kann es nicht so schlecht sein, was er gemacht hat. Ich bedauere diese Schwierigkeiten der Kammer sehr.

Herr Minister, ich nehme Sie beim Wort: Sie haben gesagt, Sie wollen eine starke Kammer.

(Glocke des Präsidenten)

Wir wollen jetzt die Taten der Landesregierung zu einer starken Kammer führen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit schließe ich die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf federführend an den Agrarausschuß und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Die Tagespunkte 9 und 16 sollen zu einem späteren Zeitpunkt aufgerufen werden - ich denke, der Tagesordnungspunkt 16 morgen um 11:50 Uhr, so daß wir jetzt die Tagesordnungspunkte 21 und 32 aufrufen.

Gemeinsame Beratung**a) Atomares Zwischenlager Brunsbüttel**

Antrag der Fraktionen von F.D.P. und CDU
Drucksache 14/1946

b) Atomausstieg mit der Sicherung der Wirtschaftsregionen verbinden

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1971

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann schlage ich jetzt für das Verfahren vor - wir haben wieder die Gemengelage zwischen Antrag und Bericht -, daß wir mit dem Bericht der Regierung beginnen und dann in die Aussprache eintreten. - Findet das Zustimmung?

(Zurufe von der SPD: Sehr gut! - Widerspruch bei der F.D.P.)

- Frau Aschmoneit-Lücke hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung, daß ich Sie noch einmal unterbreche. Aber es war unter den Fraktionen so vereinbart, daß wir zunächst die Debatte führen und anschließend den Bericht hören. Das wäre auch zutreffend. Denn wir haben einen Berichtsantrag und einen Sachantrag. Ich denke, dieser sollte vorher debattiert werden.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Erstens wäre es gut, wenn solche Vereinbarungen auch hier auf dem Pult landen würden. Zweitens: Wenn das so gewünscht wird, dann werde ich mich dem nicht verschließen können. Über den Sinn mag man dann anderenorts einmal nachdenken.

(Heiterkeit bei der SPD)

In der Aussprache hat als erster der Oppositionsführer das Wort. Herr Kayenburg, bitte!

(Unruhe)

- Das müssen wir so machen. Wir haben einen Sachantrag und einen Berichtsantrag. Es muß eine Debatte zum Sachantrag geben können. Ich erteile das Wort dem Oppositionsführer Herrn Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 1998 stieg das Bruttosozialprodukt in Schleswig-Holstein real um 1,3 %, während im Bundesgebiet eine Steigerung von 2,8 % zu verzeichnen war. Wer sich an die Überschrift in den „Kieler Nachrichten“ am 18. Februar erinnert: „Ohne Reaktoren ist Schleswig-Holsteins Wirtschaft tot“ sieht, daß wir am Ende der Skala liegen und daß nur noch Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ein schlechteres Ergebnis hatten. Das Statistische Landesamt führt diesen hohen Rückgang auf die gesunkene **Stromproduktion** in unserem Lande zurück.

In der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage, Herr Minister, die ich gemeinsam mit dem Kollegen Sager gestellt habe, gehen Sie davon aus, daß bei der Schließung der Kernkraftwerke, die Sie ja beabsichtigen, insgesamt **2.000 Arbeitsplätze** abgebaut werden - der größte Teil bereits in den ersten Jahren. Es wird vor allem nicht gelingen, für diese Mitarbeiter neue Arbeitsplätze zu gewinnen, denn Deutschland weiß, Sie planen den Ausstieg. Ich frage mich, wo Sie den Menschen in der Region diese Arbeitsplätze geben wollen.

Was noch schlimmer ist - und auch das ergibt sich aus der Beantwortung der Kleinen Anfrage -: Die Kaufkraft der dort Beschäftigten wird natürlich zu-

(Martin Kayenburg)

rückgehen. Sie haben insgesamt einen Rückgang des Auftragsvolumens von 100 Millionen DM in der Region genannt, das von den drei Kernkraftwerken angestoßen wird. Dies ist der eigentliche Skandal bei Ihrer Ausstiegspolitik.

Wenn Sie sagen, daß die Arbeitskräfte möglicherweise von **konventionellen Kraftwerken** benötigt würden, dann vergleichen Sie mit Verlaub Äpfel mit Birnen, denn es werden nicht nur unterschiedliche Qualifikationen gefordert, sondern es ist auch so, daß die Kohlekraftwerke und andere Kraftwerke sehr viel weniger personalintensiv sind als die Kernkraftwerke. Von daher werden wir also - da die Kohlekraftwerke im Schnitt 80 Mitarbeiter benötigen - mit Sicherheit zusätzliche Arbeitslose auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein zu verzeichnen haben.

Die Schließung der Kernkraftwerke würde in der Region einen schmerzhaften Aderlaß sowohl bei den Menschen wie auch bei der Kaufkraft bedeuten.

Bezüglich des Hinweises, daß 1.500 Arbeitsplätze im Bereich der Windenergie geschaffen würden - mit Sicherheit werden Sie diese Entwicklung der Arbeitsplätze, Herr Minister, nicht linear fortschreiben können -, bezüglich dieser unterschwelligen Behauptung, daß dort neue Arbeitsplätze entstehen könnten, glaube ich, daß diese Beschäftigungschancen nicht mehr gegeben sind, zumal dort eine andere Qualifikation verlangt wird und zumal in Zukunft im Bereich der Windenergie Produktionszahlen mit Sicherheit abnehmen werden.

Aber nicht nur die Arbeitsmarktsituation ist ein Riesenproblem. Ein Riesenproblem ist die Arbeitslosigkeit, die sich aus anderen Bereichen - nicht aus der Kernkraft - ergibt, und die Sie auch nicht beheben werden können. Allein im Bereich des Duty-free, wo Ihr Einsatz ja nun auch nicht so weltbewegend war, werden Sie einen Rückgang von etwa 3.000 Beschäftigten, die Sie auch nicht unterbringen können, Herr Neugebauer, verzeichnen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Zusätzliche **Arbeitsplatzverluste** werden wir sicherlich auch aus der gestern hier diskutierten Umstrukturierung bei HDW zu verzeichnen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke, daß der Ansatz, der in diesem Hause als dringlich angesehen wird, die Kernkraft abzuschalten, mit Sicherheit der falsche Weg ist.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich komme auf Ihren Hinweis zu sprechen, daß neue konventionelle Kraftwerke zum Beispiel in Lübeck-Siems und Brunsbüttel - Herr Minister, Sie haben heute morgen selbst die Liberalisierung des Strommarktes angeführt - Kernkraftwerke ersetzen sollen. Glauben Sie denn, daß aus diesen **Kohlekraftwerken** oder Kraftwerken anderer Art zusätzliche Impulse für die Region ausgehen? Haben Sie eigentlich konkrete Zusagen für den Bau von den Kernkraftwerksbetreibern, oder sind das bis jetzt nur Hirngespinnste? Haben Sie konkrete Zusagen über den Zeithorizont?

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Wenn Sie das tun, Frau Franzen, dann wird es ja noch schlimmer. Was passiert denn eigentlich in der Umwelt? Bis jetzt haben wir eine CO₂-Minderung im Lande zu verzeichnen. Wenn wir Kohlekraftwerke bauen, werden wir eine CO₂-Erhöhung haben, die die Minderung, die wir bis jetzt zu verzeichnen haben, weit überkompensiert. Dies nehmen Sie billigend in Kauf. Das ist doch das Problem.

(Zurufe von der SPD)

- Dann sollten Sie doch einmal bitte in die FAZ von gestern gucken. Die Bevölkerung akzeptiert Ihre Politik doch nicht: Stromverteuerung, Stromimport, Verlust von Arbeitsplätzen, unsichere Energieversorgung. Das sind die Konsequenzen Ihrer Ausstiegspolitik. Dies ist das eigentliche Problem auch für die Region Brunsbüttel.

Wenn Sie jetzt fordern - so geht das ja aus Ihrem Antrag hervor -, daß Sie Subventionen für eine Art „**Atomkonversion**“ haben wollen, dann frage ich mich, wie wollen Sie die eigentlich bezahlen? Teurere Energie auf der einen Seite und dann noch Subventionen auf der anderen Seite! Dies kann doch nicht Ihr Ziel sein, zumal Sie billigend auch Arbeitsplatzverluste in Kauf nehmen. Ich habe hier schon einmal darauf hingewiesen, Kohlekraft und auch Gas sind genau die falschen Energien. Das ist Vergeudung von Ressourcen - das ist doch das Problem -, Vergeudung von Ressourcen aufgrund einer Dinosauriertheorie, wie Kohlekraftwerke sie sind. Sie sollten sich wirklich einmal überlegen, ob Sie hier die Verantwortung für die Bevölkerung in adäquater Weise wahrnehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie werden auch mit dieser Politik die Forderungen von Kyoto und Rio nicht erfüllen, sondern Sie werden in der Problematik der CO₂-Minderung gefangen bleiben.

Ich kann Sie nur auffordern: Geben Sie Ihre Ideologie auf, denken Sie an die Menschen in unserem Land,

(Martin Kayenburg)

die sehr wohl mit Kernkraft leben wollen und leben können - Sie haben gehört, was die Betriebsräte in Brunsbüttel gesagt haben -, dann tun Sie etwas gegen die Arbeitslosigkeit, dann tun Sie etwas für die Region. Dazu fordere ich Sie auf.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneten Müllerwiebus das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh, sehr schön!
- Günter Neugebauer [SPD]: Na, na!)

Roswitha Müllerwiebus [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe es an dieser Stelle schon einmal gesagt: 70 % der Deutschen wollen den **Ausstieg aus der Kernenergie**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nicht in Brunsbüttel!)

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist deswegen erklärtes politisches Ziel,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nicht sofort!)

weil sich die Menschen in unserem Land fürchten. Denn bei noch so großen Sicherheitsstandards sind die vorhandenen Restrisiken groß und können zu einer Katastrophe führen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen den Ausstieg auch deshalb, weil der Berg der radioaktiven Abfälle immer größer wird.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dieses Problem ist von der alten Bundesregierung bewußt in die Zukunft geschoben worden

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Von der jetzigen auch!)

zu Lasten nachfolgender Generationen. Eine Lösung ist nicht in Sicht.

Man kann dieses Problem mit einem Flugzeug vergleichen, das sich bereits in der Luft befindet, während am Boden mit wachsender Nervosität nach Gesteinformationen zum Bau einer Landebahn gesucht wird.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Wie ist das Ding denn hochgekommen?)

Das gilt auch für die **atomare Wiederaufarbeitung**, denn auch wenn das Wort etwas anderes suggerieren mag, letztlich vergrößert sich dadurch das endzulagernde Volumen noch. Der Berg der radioaktiven Abfälle in Deutschland wächst jährlich um 20.000 m³.

(Günter Neugebauer [SPD]: Unglaublich!)

Außerdem entsteht atomwaffenfähiges und hochgiftiges Plutonium.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Plutonium mit einer Halbwertszeit von 25.000 Jahren bedeutet, daß eine sichere Lagerung über zigtausend Jahre gewährleistet werden muß.

(Zuruf: Was das kostet!)

Was kostet das, und welches Gefahrenpotential bietet das?

Ist das das Verständnis von CDU und F.D.P. bezüglich der Beschlüsse von 1992 in Rio,

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich werde Ihnen gleich einmal erklären, was der Ausstieg kostet!)

nachhaltig für radioaktiven Müll zu sorgen?

(Beifall bei SPD)

Wir halten ein gesetzliches Verbot der Wiederaufarbeitung für sinnvoll. Über den Zeitpunkt ist zu sprechen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aha!)

Mit der Diskussion über den Ausstieg aus der Nutzung der Kernkraft wachsen natürlich auch die Sorgen der Belegschaft, Betriebsräte und Kommunen im Bereich der schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf.

Es geht um den Erhalt von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen. Demonstrationen vor Ort zeigen das deutlich.

(Martin Kayenburg [CDU]: Richtig!)

Diese Sorgen müssen aufgegriffen werden, indem wirtschaftliche Perspektiven für diese Regionen auch in einer **atomstromfreien neuen Energiepolitik** im Dialog mit den betroffenen Gruppen entwickelt werden.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nicht mehr für diese Generation!)

(Roswitha Müllerwiebus)

- Aber in dieser Generation müssen wir anfangen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, aber was sagen die Betriebsräte heute?)

Deswegen haben wir diesen Antrag zur Sicherung der Wirtschaftsregion gestellt.

Speziell Brunsbüttel, dessen Abschaltung nach unserer Vorstellung im Jahr 2002 möglich ist, kann als **Energiestandort** auch ohne Atomkraftwerk gesichert werden durch die Realisierung verschiedener Maßnahmen, wie neues Kohlekraftwerk, Eurokabel, eventuelles Zwischenlager,

(Martin Kayenburg [CDU]: Eurokabel mit sieben Mitarbeitern! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zwischenlager ist auch schön!)

worauf mein Kollege Klaus-Dieter Müller gleich noch näher eingehen wird.

Es ist durchaus möglich, mittel- und langfristig sowohl aus der Kernenergie als auch aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe auszusteigen. Das ist kein Widerspruch. Das kann durch einen intelligenten Energiemix in Kombination mit Energieeinsparmaßnahmen geschehen,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

und zwar durch Energien, die als Kreislaufprozesse nicht die Lebensgrundlage künftiger Generationen beeinträchtigen. Diesen Weg müssen wir Schritt für Schritt und zielgerichtet gehen.

Die Natur überschüttet uns tagtäglich mit Energie im Überfluß, und zwar aus sicheren **Kernkraftwerken**. Das ist zum einen unser Fusionskraftwerk Sonne.

Ihre **Strahlungsenergie** können wir direkt mittels Photovoltaik und Solarthermie oder als **Sekundär-energie** aus Wind und Biomasse einsetzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die schalten wir jetzt auch ab!)

Auch in Verbindung mit einer Wasserstoffwirtschaft kann diese Energie gespeichert und grenzenlos verfügbar gemacht werden. Wasserstoff ist unser Energieträger der Zukunft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja! Mein Gott!)

Zum anderen können wir das Atomkraftwerk im Erdinneren nutzen - wir sitzen buchstäblich darauf -, indem wir die daraus resultierende geothermale Energie nutzen. Es gibt mittlerweile schon 200 Geothermieranlagen weltweit.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist Geothermie! Das ist etwas ganz anderes!)

- Ja, falls Sie es nicht wissen: Sie beruht auf Kernspaltung im Erdinneren, schön weit weg von uns, sicher abgekapselt, kein Problem mit der Endlagerung!

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: „Schön weit weg“ - und wie ist es mit den Vulkanen?)

Die Förderung von erneuerbaren Energien wird in Schleswig-Holstein seit langem betrieben. Diese Anstrengungen müssen jetzt intensiviert werden, zum Beispiel auch im Bereich von **Offshore-Windanlagen** - bei all der Problematik, die gerade diskutiert wird -, im Bereich der Biomasse, der Produktion und Vermarktung von Photovoltaikzellen und bei der Nutzung von Geothermie und Wasserstoff.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was die Biomassenutzung angeht, so müssen Sie einmal dort hingehen, wo die Anlagen stehen! Die Leute freuen sich alle!)

Nutzen wir in Kooperation mit anderen Ländern das gemeinsame Know-how.

Wir haben jetzt auch durch den Steuerungsmechanismus der Ökosteuer die Chance einer intelligenten Energiestrategie mit einem riesigen Wirtschaftspotential zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auch bei uns in Deutschland.

Lassen Sie mich mit einer realistischen Vision schließen: Wir schreiben das Jahr 2003. Zur Einweihung unseres neuen Plenarsaals, dessen Kuppel und Fassade aus Photovoltaikzellen gerade weltweit Aufsehen erregt haben aufgrund der Harmonie von Architektur, Technik, Design und Ökologie, fahren wir mit wasserstoffbetriebenen Autos vor. Wir können selbst im Parkhaus wieder atmen. Beleuchtung, Klima und auch der Strom für dieses Mikrophon stammen von der Sonne. So sichern wir sowohl unsere Wirtschaftsregion als auch die Zukunft Schleswig-Holsteins und seiner Menschen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einige Bemerkungen zu dem Antrag von F.D.P. und CDU! Darin sind ja lauter interessante Fragen enthalten, die ihre Berechtigung haben und von der Re-

(Detlef Matthiessen)

gierung sicherlich qualifiziert abgearbeitet worden sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nee!)

Ich bin auf den Bericht gespannt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann ich jetzt schon sagen!)

Man konnte das ja der Antwort auf Ihre Kleine Anfrage schon entnehmen. Sie müßten also insofern sehr zufrieden sein.

Wir liegen nicht weit auseinander darin, daß sich mit dem Atomausstieg konkret eine ganze Menge Fragen stellen, die beantwortet werden müssen.

Tatsächlich ist mit der Frage des **Atomausstiegs** untrennbar die Frage des Einstiegs in eine neu zu gestaltende Energiepolitik verbunden. Das heißt also, wir müssen zunächst auf die Frage nach dem Ausstieg antworten und dabei die Frage nach dem Wie und dem zeitlichen Ablauf stellen. Wir müssen dann aber vor allem auch die Frage nach dem Einstieg in die Energiewende stellen.

Zur Notwendigkeit des Atomausstiegs folgende Bemerkungen! Minister Möller hat es ja in diesem Hohen Hause bei jeder der zahlreichen Antiatomdebatten fast schon gebetsmühlenartig wiederholt: Eine Technik, die nicht niemals versagen kann - ich verkürze das etwas -, dürfen wir uns nicht erlauben. Es gibt keine Technik, bei der ein Versagen mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden kann. Es gilt nach wie vor, daß ein Unfall - auch der größte anzunehmende Unfall, also die Kernschmelze eines Atomkraftwerks - jederzeit eintreten kann, auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit noch so gering ist.

Vor dieser Wahrheit haben Sie, die Sie das Atomprogramm zu verantworten haben, von Anfang an die Augen verschlossen. Ich weiß, daß Sie, Herr Kubicki, an dieser Stelle immer gern anzumerken pflegen, daß es schließlich die Sozialdemokraten waren, die die Mitverantwortung für die Entstehung des **Atomprogramms** tragen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

und Sie haben sich ja auch in der letzten Tagung dieses Hohen Hauses als Demonstrant gegen das Atomkraftwerk Brokdorf geoutet. Wir waren ja alle mal jung, nicht wahr?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! Gemeinsam mit Sozialdemokraten! Ich habe keine Grünen dort gesehen!)

Viel Verständnis für den Atomausstieg haben Sie in den Debatten bislang allerdings nicht geäußert, son-

dern Sie pflegen die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, hier regelmäßig mit großem Zynismus zu begleiten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe etwas gegen Herumrederei! Dann macht das doch!)

- Nun, ein Atomkraftgegner, zu denen Sie sich offenbar zählen, würde sich anders äußern, indem er zum Beispiel darstellt, wie es denn anders oder besser ginge, wenn es denn so nicht geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegensatz zu Ihnen haben die Sozialdemokraten die Augen geöffnet und ihren Kurs gewechselt, woran die schleswig-holsteinische SPD auch einen sehr großen Anteil hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sieht man gerade auf Bundesebene!)

Für den größten anzunehmenden Unfall, der - ich wiederhole es - jederzeit auftreten kann, haben Experten den Versuch gemacht, die Folgen wirtschaftlich zu bewerten, und geben die Summe von 10.000 Milliarden DM an Folgekosten an.

In der Geschichte der Atomindustrie hat es mehrere Havarien von Reaktoren gegeben, und wenn Sie versuchen, das Unglück von **Tschernobyl** mit schlechter russischer Technik zu erklären, dann bleibt immer noch der völlig außer Kontrolle geratene Reaktor Three Miles Island in Harrisburg oder auch das AKW Brunsbüttel, das einmal durch menschliches Versagen fast hochgegangen wäre.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was? - Zurufe: Wann war das denn!)

- Ja, da haben die ja die Gegensteuerungstechnik bewußt ausgeschaltet - die Bedienungsmannschaft -, weil sie dachten, die Fehlermeldung sei keine, das sei ein Irrtum des Computers. Das war es nicht. Seitdem haben wir ja diese Reaktorfernüberwachung im Lande.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Waren die Sozialdemokraten da schon an der Regierung? - Weiterer Widerspruch)

Ich will Ihnen auch offen sagen, daß ich mir für die nächste Legislaturperiode - -

(Zuruf: Welche denn? - Heiterkeit)

- Nein, ich will jetzt mit **Brunsbüttel**, mit diesen Unfällen nichts beschwören, aber ich weise deutlich darauf hin, daß dieses Risiko in keinem angemessenen Verhältnis steht - wenn es denn eintritt - zu dem Nutzen, den man davor gehabt hat. Ich habe Vertrauen auch in die Verantwortlichkeit der Menschen,

(Detlef Matthiessen)

die in den AKWs tätig sind, und habe auch volles Vertrauen in unsere Abteilung „Reaktorsicherheit“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Na, na!)

und freue mich, daß mein Parteifreund, Herr Staatssekretär Voigt, dort die Verantwortung trägt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gott sei Dank er und nicht Herr Steenblock! - Heiterkeit)

Ich will Ihnen auch offen sagen, daß ich mir für die nächste Legislaturperiode Herrn Voigt wiederum in dieser Position wünsche, der zum Beispiel in Fragen der Steuerstabantriebsgehäusesicherungsmuttern hart bleibt.

(Heiterkeit - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Darüber können wir ja reden!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Matthiessen, kommen Sie bitte zum Ende.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bin mir sicher, daß ein Staatssekretär aus einer anderen Partei - von den Oppositionsfractionen - das Thema „redundante Sicherheit“ wesentlich lockerer beurteilen würde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das weiß ich nicht!)

Ich könnte jetzt noch über erhöhte verteidigungspolitische Risiken der zahlreichen AKWs in der Bundesrepublik sprechen, über terroristische Sabotage, über die nicht gelöste Entsorgungsfrage, über den Dukatenesel der steuerlichen Befreiung der **Rückstellungsmilliarden**, über die Notwendigkeit der Bewachung radioaktiver Abfälle und so weiter. Die Reihe der Argumente gegen die Atomnutzung ist sehr lang.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich jedoch auf eines Ihrer beliebtesten Argumente gegen den Atomausstieg eingehen. Sie behaupten, daß mit dem Abschalten von AKWs ein gigantischer Anstieg der **CO₂-Produktion** verbunden sei.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nee, mit dem Abschalten noch nicht!)

Wenn man zum Beispiel die zentralen großen Grundlastatomkraftwerke durch große Kohlekraftwerke ersetzen wollte, dann träfe das zu.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch wenn man sie durch Gaskraftwerke ersetzt!)

- So sind wir uns ja erst einmal einig. Das wollen wir aber so nicht. Die Alternativ-Energie-Wende beruht auf den drei Säulen „Energiesparen“, „Energieeffizienz erhöhen“ und „Einstieg in eine solare Energiewirtschaft“.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da müssen Sie aber Energie produzieren!)

Allein durch die Nutzung der Biomasse hier in Schleswig-Holstein lassen sich mehr als die Hälfte der vorhandenen Wohnungen beheizen - und dies bei dem jetzigen, leider mangelhaften Dämmzustand der Häuser. Ich führe dazu hier am 3. März eine sehr interessante Biomasseveranstaltung von unserer Fraktion aus durch; Sie sind wiederum aus allen Fraktionen herzlich eingeladen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer wird denn entsorgt?)

Das geplante Blockheizkraftwerk zum Beispiel für das Baugebiet Domsland in Eckernförde wird unter Verwendung von Holzhackschnitzeln aus der Landschaftspflege gleichzeitig Strom und Wärme erzeugen - ein technologisch hochinteressantes Projekt.

Meine Damen und Herren, die **Energiewirtschaft** wird mit einer Abkehr von zentralen Großkraftwerken hin zu einer dezentralen Versorgungsstruktur verbunden sein. Lesen Sie doch einmal in dem Schlußbericht der Bundestags-Enquetekommission „Klimaschutz“ unter Kapitel 1, Teil A, Abschnitt II.3.1 nach; dort steht eine sehr interessante Überschrift, die da lautet: „Der Atomausstieg als Voraussetzung der Klimastabilisierung“. Nur so lassen sich CO₂-Minderungen erzielen. Es handelt sich also nicht nur um die Frage, ob man Atomkraftwerke hat oder nicht, sondern es geht darum, ob man zentrale Großkraftwerke zur Stromerzeugung auf der einen Seite und einzelbefeuerte Wärmeproduktion auf der anderen Seite hat oder ob man einen hohen Anteil in Kraft-Wärme-Kopplung mit einer anderen, dezentralen Stromproduktion erzeugt.

Insofern bezeichne ich die klimabesorgten Krokodilstränen, die Sie jedesmal bei der Atomindustriedebatte vergießen, schlicht als CO₂-Lüge. Das sind nicht theoretische Annahmen oder Ideologien, wie Sie Vorträge, über die Sie anders denken, immer gern bezeichnen.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

(Detlef Matthiessen)

Es handelt sich um Stoffströme und Energiebilanzen, die man sehr solide berechnen kann.

Ich kann das aber auch mit praktischen Beispielen untermauern. Dänemark hat keine Atomkraftwerke und in etwa denselben CO₂-Ausstoß wie wir.

(Zurufe von der CDU)

Dänemark importiert Strom und exportiert auch Strom.

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Rechnen Sie es doch einfach durch! Herr Stritzl redet immer bei allem dazwischen, von dem er keine Ahnung hat. Das war schon in der Schule so.

Strategische Voraussetzung für eine Energiewende in diesem Sinne ist also ein massiver **Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze**. Wenn man bei der Kraft-Wärme-Kopplung Strom produzieren will, muß man die Wärme auch loswerden.

Wir haben in Deutschland einen Versorgungsgrad an Fernwärme von 8 %. In Dänemark dagegen beträgt er 50 %. Holland hat seine Fernwärmeversorgung innerhalb von fünf Jahren von 10 auf 40 % steigern können.

Die **Strompreise** in einer Energiewirtschaft mit hohem Kraft-Wärme-Kopplungs-Anteil müssen nicht hoch sein. Auch das zeigt das Beispiel des atomfreien **Dänemarks**. Dort befindet sich das Strompreisniveau für Gewerbe- und Tarifkunden in etwa auf unserem Niveau. Dabei muß man feststellen, daß in Dänemark über Konzessionsabgabe, CO₂-Abgabe, eine hohe Umsatzsteuer und über die Schwefelabgabe - kurz gesagt: über die Staatsquote - 18 Pf pro Kilowattstunde von den öffentlichen Kassen vereinnahmt werden, während es bei uns nur 6 Pf sind.

Anders ausgedrückt: Alle, die wir hier sitzen, zahlen für jede Kilowattstunde, die wir verbrauchen, einen glatten Groschen zuviel und mästen damit das Kartell der großen Energieversorgungsunternehmen. Unglaublich, aber wahr, Herr Kayenburg! Nicht zuletzt deshalb ist die Atomwirtschaft in unserer Gesellschaft auch ein so bedeutendes Machtpotential.

Wie man es mit der Energiewende, mit Sparen, Effizienz und Solarwirtschaft machen kann, ist seit langem bekannt. Mein Vorwurf an die alte Politik ist, daß sie praktisch nichts unternommen hat, um Schritte zu einer zukunftsfähigen Energiewirtschaft einzuleiten, einmal abgesehen von der Windenergie, die ja ein wichtiges, aber auch bescheidenes Mosaiksteinchen in einem vielsträngigen Energiesystem bildet.

Die **alternative Energiewirtschaft** ist sehr beschäftigungswirksam und wird viele **Arbeitsplätze** schaffen. Die Atomwirtschaft ist geradezu ein Paradebeispiel für einen extrem hohen Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz.

Ich habe viel Verständnis für die Sorgen derjenigen, die als Beschäftigte ihre Brötchen in der Atomindustrie verdienen. Überraschen kann allerdings der Atomausstieg so recht niemanden. Denn lange schon ist dieser Zweig in der Gesellschaft umstritten.

In den drei Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein arbeiten zirka 1.800 Menschen. Der Strukturwandel in der Energiepolitik wird sich nicht von heute auf morgen vollziehen. Es werden natürlich auch Arbeitsplätze für den Rückbau der Atomanlagen benötigt, auch in der Energiewende.

Unter dem Strich werden die Beschäftigten - das denke auch ich, Herr Kayenburg - regional feststellen, daß dort wahrscheinlich Arbeitsplätze verschwinden werden. Das ist nicht wegzuleugnen. Daher sollte man die Diskussion auch nicht leichtfertig führen. Wir wollen mit unserem Antrag diesen Sorgen entgegenreten. Man sollte bei der Energiewende auf die Schaffung von Arbeitsplätzen an den betroffenen Energiestandorten besonderen Wert legen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein hat offenbar strahlende Zukunftsaussichten. Kaum hatte sich der Bundesumweltminister Trittin selbst zur höheren Gewalt erklärt, um die Wiederaufbereitung zu beenden, da sprang ihm schon der Energieminister dieses Landes zur Seite. Das war offenbar etwas zu früh oder zu kurz gesprungen, Herr Minister Möller.

Ein **atomares Zwischenlager für Norddeutschland** könne er sich vorstellen, wie wir inzwischen wissen: in Brunsbüttel. Die Ministerpräsidentin verkündete, wir sollten den Dreck, den wir hier produzieren, doch bitte schön auch bei uns lagern. So einfach ist das. Ausstieg aus der Produktion, Einstieg in die Lagerung! Das kann alles gar nicht schnell genug gehen.

Bestehende Verträge und völkerrechtliche Verpflichtungen werden in Bonn vom Tisch gefegt. Transporte, die noch bis vor kurzem ein Werk des Teufels waren, stellen kein Problem mehr dar. Objektive technische Gegebenheiten werden schlicht nicht zur Kenntnis

(Christel Aschmoneit-Lücke)

genommen. Wirtschaftliche Folgen werden nicht beachtet. Verfassungsrechtliche Bedenken haben bei rot-grüner Politik ohnehin nie eine Rolle gespielt.

(Zurufe von F.D.P. und CDU: Sehr richtig!)

Ich frage Sie, Herr Minister Möller, und ich frage die Frau Ministerpräsidentin: Warum wohl haben sich Ihre Kollegen Glogowski und Clement vehement gegen die vermehrten Rücktransporte in ihre Bundesländer ausgesprochen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gute Frage!)

Herr Glogowski will jedenfalls keine Castor-Transporte durch sein Expo-Land laufen lassen.

Und was bringt Sie eigentlich dazu, Schleswig-Holstein geradezu anzubieten? Es wäre doch interessant zu wissen, was Sie in Bonn bereits versprochen haben. Noch interessanter wäre: Was ist Ihnen eigentlich für ein Entgegenkommen in Bonn versprochen worden? Reine Menschenfreundlichkeit, meine Damen und Herren - nach dem Motto von Heide Simonis: nun laßt uns mal unseren eigenen Dreck auch selbst lagern -, kann ich mir in diesem Geschäft jedenfalls nicht vorstellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da ist etwas dran!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, **Ausstieg aus der Kernenergie** - gleich oder später? **Verbot der Wiederaufbereitung** - sofort oder im nächsten Jahr oder neuerdings gar nicht mehr? Konsens oder Konflikt?

Seit Gerhard Schröder mit fester Hand in Bonn die Richtlinien der Politik bestimmt, weiß niemand mehr, wo es langgeht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das gilt nicht nur, aber ganz besonders in der Energiepolitik.

Wie hieß es noch im Wahlkampf? „Wir sind bereit.“ Wozu eigentlich? Während Minister Trittin und andere den unwiderruflichen Einstieg in den Ausstieg feiern und damit ihre Konzeptlosigkeit zu verschleiern suchen, erklärt Wirtschaftsminister Müller den Wiedereinstieg nach dem Ausstieg. Bereit sind die neuen Regierenden in Bonn offenbar zu allem.

In Schleswig-Holstein proklamiert der Energieminister mit seinem grünen Staatssekretär ein atomares Zwischenlager. Gleichzeitig erklärt Frau Fröhlich am 27. Januar, es sei unannehmbar, das Ende der Wiederaufbereitung an den Bau von Zwischenlagern zu koppeln. Auch in Kiel ist die rot-grüne Regierung ganz offensichtlich zu allem und jedem bereit.

Aber das reicht nicht zum Regieren, weder in Bonn noch in Kiel. Die Landesregierung muß uns, muß der Bevölkerung schon einmal sagen, wo sie gemeinsam hin will. Oder steht hinter Ihnen, Herr Minister, auch nur das rote Kabinett?

Die Menschen in diesem Land sind verunsichert. Das gilt nicht nur für die Arbeitnehmer in **Brunsbüttel**. Die Fragen, die wir in unserem Antrag formuliert haben, berühren die Menschen weit über diese Region hinaus. Soll nach Ihren Vorstellungen die Westküste wirklich ein Atommülllager bekommen? Wie groß soll dieses norddeutsches Zentrallager werden? Ist, Herr Minister, möglicherweise sogar an ein Endlager gedacht? Die geologischen Gegebenheiten, aber auch Ihre Äußerungen, Herr Minister, in Brunsbüttel lassen das nicht unmöglich erscheinen.

Welchen Umfang werden die Transporte von Krümmel, Brokdorf, aber auch aus Frankreich und England haben? An welche Verkehrsträger ist bezüglich der Transporte gedacht? Schließlich: Wie hoch wird der Sicherheitsaufwand werden? Oder glauben Sie, wie es der Bundesumweltminister blauäugig behauptete, daß es gegen diese Transporte keine Proteste geben wird, nur weil sie von einem grünen Minister zu verantworten sind? Ich sehe schon unsere grünen Kollegen, wie sie sich schützend vor die Polizisten stellen, die sich gegen protestierende Kernkraftgegner wehren müssen.

Meine Damen und Herren, glauben Sie nicht, das alles bliebe uns erspart! Mit dem **Verbot der Wiederaufbereitung** sind alle radioaktiven Abfälle aus der Wiederaufbereitung, die in La Hague lagern, alle unbearbeiteten abgebrannten Brennelemente so schnell wie möglich nach Deutschland zurückzuschicken. Nach französischem Recht darf in Frankreich radioaktives Material aus dem Ausland nicht zwischen- oder endgelagert werden. Geduldet werden nur die Zeiten für die technische Handhabung im Zusammenhang mit der Wiederaufbereitung in La Hague.

Herr Trittin hat sich ja auch schon zur Verpflichtung der Rücknahme bekannt. Ich frage Sie also hier und heute: Wann soll denn nun das Verbot der Wiederaufbereitung kommen? Darauf haben wir bisher die unterschiedlichsten Antworten bekommen. Aber Herr Minister Möller wird es uns sicherlich sagen.

Meine Damen und Herren, nun zu den Erklärungen des **Energieministers** am vorvergangenen Freitag in Brunsbüttel und zum heutigen Antrag der Regierungsfractionen! Herr Minister, Sie wollten zur Versachlichung beitragen, die Unruhe der Mitarbeiter verstehen, ein regionales Lager schaffen für die Minimierung von Transporten, Verantwortung zeigen

(Christel Aschmoneit-Lücke)

für die dringend erforderliche Entsorgung des Atom-
mülls, und das alles - ich zitiere aus dem „Hamburger
Abendblatt“ vom 13. Februar - „für den Fall, daß bei
den Konsensgesprächen der Bundesregierung Rest-
laufzeiten festgelegt werden“.

Mir kommen wirklich die Tränen. Wer hat denn in
Sachen Atomausstieg die Koalitionsverhandlungen mit
den Grünen geführt?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Herr Möller, waren Sie nicht maßgeblich daran betei-
ligt? Wer hat denn den Endtermin 2002 für Bruns-
büttel ins Spiel gebracht? Wer weiß denn besser als
Sie, daß bei einem Verbot der Wiederaufbereitung und
gleichzeitigem Moratorium für Transporte die
Kapazität zum Lagern abgebrannter Brennelemente in
Brunsbüttel gerade noch zweieinhalb Jahre ausreicht?
Dann ist technisch das Aus gekommen, zufällig im
Jahre 2002.

Herr Minister, Sie sprechen von den vier ältesten
Kernkraftwerken; von Sicherheit und technischer
Restlaufzeit ist nicht die Rede. Gerade Sie müßten
doch wissen, daß die unendlichen Auflagen der ver-
gangenen Jahre Brunsbüttel immer auf den neuesten
Stand der Technik gebracht haben. Ihr Ziel, Bruns-
büttel auf diese Weise abzuschaffen, haben Sie über
den ausstiegsorientierten Gesetzesvollzug nicht er-
reicht. Jetzt verstopfen Sie einfach den Weg der Ent-
sorgung.

Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN muß der Belegschaft, den Betreibern und den
Kommunen wie Hohn in den Ohren klingen. Trittin ist
in Stade der „Totengräber unserer Arbeitsplätze“
genannt worden. Diesen Schuh müssen Sie sich hier
auch anziehen. Was - glauben Sie - können die Be-
troffenen mit dem Satz in Ihrem Antrag anfangen, mit
dem Antrag würden ihre Sorgen aufgenommen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ein
Quatsch!)

Wem soll ein Dialog mit der Landesregierung zum
Wechsel in der Energiepolitik nutzen, wenn das Ab-
schalten längst vorbereitet ist? Was sollen denn die
direkt oder indirekt betroffenen Arbeitnehmer in der
Zwischenzeit machen, bis ein CO₂ ausstoßendes
Kraftwerk - egal, ob Gas oder Kohle, beides produ-
ziert CO₂ - im Jahre 200X vielleicht entstanden ist?
Was wollen Sie eigentlich mit dem Kompost auf dem
angeblich für ein Ersatzkraftwerk zur Verfügung
stehenden Grundstück tun? Nach dem Vertrag mit den
HEW müssen Sie die Fläche doch altlastenfrei
übertragen, oder nicht? Glauben Sie wirklich, die
Mitarbeiter der Kernkraftwerke werden hochqualifi-

ziert und zukunftsorientiert die Demontage ihrer ei-
genen Produktionsstätte betreiben?

Das ist nicht nur scheinheilig, das ist zynisch. Was für
ein Verständnis von Menschen haben Sie eigentlich!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Monika
Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist unglaublich! - Zuruf des Abgeordne-
ten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Zu hohes Tempo und mangelnde Sensibilität gegen-
über den Sorgen in der Bevölkerung hat die Minister-
präsidentin der Bonner Koalition vorgeworfen. Viel-
leicht sollte sie einmal ein Auge auf ihre eigene Ko-
alition im Lande werfen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da ist etwas
dran! - Beifall des Abgeordneten Reinhard
Sager [CDU])

Wirtschaftliche Entwicklung und **Arbeitsplätze** sind
im Bewußtsein der Bevölkerung die wichtigste Her-
ausforderung. Meine Damen und Herren von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sie werden es zu
verantworten haben, wenn in Brunsbüttel und im
Land weitere Arbeitsplätze verlorengehen. Das sind
dann - so sehr ich das bedauere - Ihre Arbeitslosen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe der
Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]
und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Auch in der Frage des **Atomausstiegs** hat es leider
etwas Verwirrung über die Handhabung durch die
neue Bundesregierung gegeben. Gerade wenn man zu
den Ausstiegsbefürwortern zählt, ist es ärgerlich, wenn
in der öffentlichen Darstellung der Medien ein etwas
konfuser Eindruck von den Akteuren in dieser Frage
entsteht. Dieser Eindruck ist noch dadurch verstärkt
worden, daß sich jetzt auch die Ministerpräsidenten
von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen an der
Diskussion beteiligen, treu nach dem Grundsatz: Mien
Büchs is mi näher as mien Jack.

In bezug auf Bonn gilt: Wenn man in einer Koali-
tionsregierung sitzt, muß man miteinander reden und
sich einigen, bevor man mit Initiativen an die Öffent-
lichkeit geht. Gerade in dieser wichtigen Frage darf
man nicht versuchen, sich parteipolitisch auf Kosten
des Partners zu profilieren. Trotzdem - das sage ich

(Anke Spoorendonk)

ganz deutlich - möchte ich auch hier die neue **Bundesregierung** loben, denn sie hat einen historischen Beschluß vollzogen, indem sie sich den Ausstieg aus der Atomenergie auf die Fahnen geschrieben hat. Das begrüßt der SSW ausdrücklich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

Das ist ein erster Schritt, daran kann man nicht vorbeikommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben Sie 1988 auch schon mal beschlossen!)

- Ja.

Für den SSW gibt es keinen Zweifel - das haben wir erst kürzlich parteiintern in unserem neuen Rahmenprogramm erneut festgehalten -: Ein Ausstieg aus der Atomenergie ist notwendig, weil das Restrisiko beim Betrieb dieser Technologie nicht beherrschbar ist und weil das Problem der Lagerung der hochgiftigen Abfälle langfristig nicht ausreichend sicher gelöst werden kann. An diesen Tatsachen hat sich in den über 30 Jahren, in denen wir Erfahrungen mit der Atomkraft gesammelt haben, nichts geändert. In der Frage des Atomausstiegs gilt für den SSW weiterhin, daß der Schutz von Leben und Gesundheit der Menschheit oberste Priorität haben muß.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

In ihrem Bericht zur Lage der Energieversorgung in Schleswig-Holstein 1995 hat die Landesregierung darauf hingewiesen, daß eine parlamentarische Mehrheit in der Bundesrepublik gewonnen werden muß, um durch ein **Kernenergieabwicklungsgesetz** die Nutzung der Kernenergie in Deutschland zu beenden. Jetzt gibt es endlich diese parlamentarische Mehrheit, und sie muß jetzt vernünftig genutzt werden, um das Ziel zu erreichen. „Vernünftig“ heißt aus unserer Sicht, daß der Ausstieg aus der Atomenergie geordnet vollzogen werden muß, wenn möglich im **Konsens mit den Energiekonzernen**. Die bisherige Diskussion hat gezeigt, daß ein sofortiger Ausstieg, allein wegen möglicher Schadensersatzforderungen der Energiewirtschaft im In- und Ausland, nicht realistisch ist. Man muß realistisch sein, um weiterzukommen.

Er ist aus der Sicht des SSW aber auch deshalb nicht realistisch, weil noch immer kein langfristiges Konzept für die zukünftige **alternative Energieversorgung** ohne Kernkraft vorliegt. Hier gibt es noch enormen Nachholbedarf, wenn man bedenkt, daß 1997 fast 36 % der öffentlichen Stromerzeugung aus den Kernkraftwerken kamen.

Deshalb muß die Bundesregierung so schnell wie möglich ein realistisches Konzept vorlegen, wie sie sich die zukünftige umweltverträglichere Energieversorgung unter Einbeziehung der **Klimaschutzziele** vorstellt. Dazu gehört - wie im Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert - der Einsatz eines nichtnuklearen Energieträgermix' aus der Nutzung von hocheffektiven konventionellen Kraftwerken und den regenerativen Energien wie Windkraft, Biomasse et cetera. Bundeswirtschaftsminister Müller hat die Vorlage eines entsprechenden Zukunftskonzepts in Aussicht gestellt.

Eine neue zukunftsweisende Energieversorgung muß soweit wie möglich im gesellschaftlichen Konsens umgesetzt werden. Die Nutzung der Atomenergie hatte seit den Auseinandersetzungen in den 70er Jahren nie diesen gesellschaftlichen Konsens. Es gibt heute weiter eine klare Mehrheit in der Bevölkerung gegen die weitere Nutzung der Atomenergie. Um dieser Mehrheit Rechnung zu tragen, sollte die Bundesregierung den Atomausstieg noch in dieser Legislaturperiode gesetzlich festschreiben, damit unwiderruflich klar ist, daß der Ausstieg vollzogen wird. Das wird kein einfacher Weg werden, aber der erste Schritt muß sein, daß man das per Gesetz festschreibt.

Den konkreten Zeitraum muß man dann unter Ein-schluß der wirtschaftlichen Restlaufzeit der Kernkraftwerke, einer möglichen Zwischen- und Endlagerung und des schrittweisen Ausbaus der Energiealternativen festlegen. Dabei ist es positiv zu vermerken, daß auch die Stromkonzerne bei den Konsensgesprächen mit Bundeskanzler Schröder ihr Einverständnis zum **Atomausstieg** gegeben haben. Letztlich liegt das daran, daß auch die Energiekonzerne keine wirtschaftlichen Vorteile mehr in dieser Energieform sehen. Auch die können ja rechnen.

In diesem Zusammenhang muß aber auch gesagt werden: Es ist schon beängstigend, wie stark die Atomlobby sowohl in Deutschland als auch insbesondere in Frankreich und England agiert.

(Konrad Nabel [SPD]: Und in der F.D.P.!)

- Auch in der F.D.P., genau! - Es gehört schon Stehvermögen dazu, dieser massiven Lobby auch in den Medien - parlamentarisch unterstützt von CDU und F.D.P. - entgegenzutreten. Diesen Mut - das muß man ihm lassen - hat der neue Umweltminister Jürgen Trittin bewiesen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Anke Spoorendonk)

- Ja, den hat er bewiesen, obwohl er sicherlich auch einsehen mußte, daß ein langsames Tempo beim Atomausstieg der Sache letztlich dienlicher ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Unruhe)

- Hat er Mut bewiesen, oder hat er keinen Mut bewiesen? Ich finde, er hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem nunmehr dritten Entwurf einer neuen Atomrechtsnovelle hat Bundesumweltminister Trittin jetzt darauf verzichtet - weil er ja vernünftig denken kann -, ein sofortiges Verbot der umstrittenen Wiederaufbereitung gesetzlich festzulegen. Es sieht also jetzt so aus, daß die **Wiederaufbereitung** abgebrannter Kernbrennstäbe im Ausland so lange fortgeführt wird, bis an den deutschen Kernkraftstandorten Zwischenlager für den Nuklearabfall errichtet worden sind. Dafür will die Bundesregierung der Stromwirtschaft fünf Jahre Zeit lassen. Die Alternative hätte Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe von den Betrieben der Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague und Sellafield bedeutet und - was noch schlimmer gewesen wäre - höchstwahrscheinlich die Rücknahme von Atom Müll aus eben diesen Anlagen.

Für alle Beteiligten ist es eine sehr schwierige Frage, wie die **Zwischen- und Endlagerung** des Atom Mülls in Zukunft gestaltet werden soll. Auch der SSW lehnt eine zentrale Zwischenlagerung für den gesamten norddeutschen Atom Müll in Brunsbüttel ab, da so neue Atom Mülltransporte in Schleswig-Holstein vorgenommen werden müßten. Wir befürworten dezentrale Zwischenlager an den Kernkraftwerksstandorten.

Es ist positiv, daß in der neuen Atomrechtsnovelle an der **erhöhten Deckungsvorsorge** der Unternehmen für eventuelle Schadensfälle festgehalten wird. Die bisherige maximale Schadenssumme von 5 Millionen DM war angesichts der möglichen Schäden viel zu niedrig.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt will die Bundesregierung eine Deckungsvorsorge von 5 Milliarden DM fordern, was uns sehr viel realistischer erscheint.

Wir werden den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen. Besonders in der Frage der **Arbeitsplätze** an den Kernkraftstandorten Brunsbüttel, Krümmel und Stade unterstützt der SSW das Bestreben, die Sorgen der Beschäftigten um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze ernst zu nehmen. Ernst zu nehmen heißt ja nicht, daß man alles so beläßt, wie es

ist. Ernst zu nehmen heißt ja gerade, daß man neue Konzepte entwickelt. Das Wort „Konversion“ ist heute schon gefallen. Das ist das richtige Wort. Wir sind auch in anderen Bereichen dazu bereit gewesen, **Konversionsprogramme** aufzulegen. Das muß doch der Weg sein. Wir verstehen, daß Menschen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze fürchten, aber wir müssen - wie gesagt - neue Wege gehen, und der Ausstieg aus der Atomenergie ist der richtige Weg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Sager.

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf den naßforsch von Bundesumweltminister Trittin verkündeten radikalen **Ausstieg aus der Kernenergie** reagierte Energieminister Möller in Kiel prompt. Sein Sofortvorschlag: Ein neues atomares Zwischenlager muß her!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sauber!)

Mit Ankündigungen zum Ausstieg haben die Menschen in Schleswig-Holstein ja seit 1988 bereits reichlich Erfahrung. Die sozialdemokratische Landesregierung unter Engholm, Jansen und auch Möller - damals Staatssekretär - wollte nach eigener Festlegung schon 1996 alle Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein abgeschaltet haben.

Wie absurd, meine Damen und Herren von der linken Seite, muß Ihnen eigentlich die heutige Diskussion vorkommen,

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

wo Sie darüber fabulieren, ob Herr Trittin zu schnell, etwas weniger schnell oder zeitgerecht seine Pläne umsetzt. Sie wollten doch längst fertig sein! Wieso lamentieren Sie darüber? Passiert ist überhaupt nichts in diesem Land, außer weiterer verbaler Ausstiegssakrobatik.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Deshalb legte Möller bei der Steilvorlage von Trittin auch gleich nach und forderte für **Brunsbüttel** ein **atomares Zwischenlager**.

(Ursula Kähler [SPD]: Was ist daran so schlimm?)

(Reinhard Sager)

Nun will ich Ihnen zugute halten, Herr Möller, daß Sie nicht wissen konnten, daß das seinerzeitige Chaos in der rot-grünen Bundesregierung munter weiterging und sich sogar noch als steigerungswürdig erweisen würde. Festzuhalten bleibt: Ihr Vorschlag war ein Schnellschuß, denn inzwischen ist wieder Stand der Dinge, daß der Regierungswechsel in Bonn nun doch keine höhere Gewalt war und daß aus diesem Grund die **Wiederaufbereitung** in Frankreich und auch in Großbritannien fortgesetzt werden muß.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Festzuhalten bleibt auch, daß die Verwirrung im Land - insbesondere in Brunsbüttel - nach wie vor sehr groß ist. Soll das Kernkraftwerk umgehend abgeschaltet werden? Kommt das Zwischenlager? Drohen Atommülltransporte in bisher unbekanntem Ausmaß? Fragen über Fragen, bei denen deutlich wird, daß weder Bundes- noch Landesregierung darauf überzeugende Antworten, geschweige denn ein geschlossenes Konzept parat haben. Die Energiepolitik von Rot-Grün ist ein einziges Durcheinander.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vor Ort geht das Vertrauen in die Regierung in Bonn wie in Kiel zunehmend verloren. Auf die FAZ hat Herr Kayenburg schon hingewiesen. 64 % der Bundesbürger halten einen isolierten Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie für wenig sinnvoll. Die Bürger stellen auch immer mehr die Frage nach den Folgen eines einseitigen Ausstiegs Deutschlands. Das muß Ihnen doch zu denken geben, soweit es umwelt- und arbeitsmarktrelevante Fragestellungen sind. Das ist das, was die Bürger in Wahrheit umtreibt.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

In **Brunsbüttel** kämpfen alle Parteien, Stadt und Wirtschaftsverbände, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gemeinsam für den Energiestandort und für den Erhalt des Kernkraftwerks. Die Betriebsräte gehen dafür sogar auf die Straße.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie setzen ein Naturgesetz außer Kraft!)

- Nun hören Sie gut zu, Herr Nabel! Sie erreichen die Menschen nicht mehr mit Ihren Thesen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Die Vorsitzende der örtlichen SPD spricht in Brunsbüttel Klartext an die Adresse der Landesregierung, wenn sie sagt: Wir sind hier doch nicht der verlängerte Arm von Heide Simonis. Es wird überdeutlich, daß Sie

wieder einmal Politik über die Köpfe der Betroffenen hinweg betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb werden Sie mit Ihrem einseitigen Ausstieg scheitern. Dabei ist die **Energiepolitik der Landesregierung** ohne Gesamtkonzept, und Sie verfügen über keine echten Alternativen zur Kernenergie. Ihre Politik stößt vor Ort auf entschiedenen Widerstand, und - was noch hinzu kommt - Sie nehmen die Sorgen der Menschen an den Energiestandorten, insbesondere um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze, überhaupt nicht ernst.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dies wird leider auch im heutigen Antrag von SPD und Grünen deutlich,

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

der nämlich krampfhaft versucht - Herr Matthiessen hat ja zehn Minuten nichts als heiße Luft hier abgegeben -, alle brisanten und zwischen dem roten und grünen Kabinett umstrittenen Themen auszuklammern.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie sich erst einmal sachkundig!)

Ich fordere Sie deshalb auf: Bewegen Sie sich wieder auf eine Energiepolitik zu, die auf Konsens gegründet ist, die in der Gesellschaft auf Akzeptanz trifft. Bevor Sie mit Ihrer ideologischen Ausstiegspolitik weitermachen, legen Sie klipp und klar dar - -

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wird mir das eigentlich alles auf die Redezeit angerechnet? Ich muß ständig gegen einen Geräuschpegel anreden. Das ist unerträglich, Herr Präsident!

(Glocke des Präsidenten - Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Sager, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Reinhard Sager [CDU]:

Ja, die ist deshalb zu Ende. Ich formuliere einen abschließenden Satz: Legen Sie ein Gesamtkonzept vor, welches einen vernünftigen, tragfähigen und zukunftsweisenden Energiemix für unser Land ausweist. In diesem Sinne sollten wir auch gemeinsam die Er-

(Reinhard Sager)

gebnisse der seinerzeitigen Enquetekommission des Landtags fortentwickeln. Dazu stehen wir als CDU auch bereit, für Ihre einseitigen ideologischen Ausstiegspläne aber nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Müller.

(Unruhe)

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über den ethischen und den ökologischen Aspekt unseres Themas haben meine und unsere Kollegin Müllerwiebus und auch mein grüner Kollege bereits gesprochen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Davon habe ich nichts gehört!)

Aber auch aus der Sicht des Unternehmers und des Wirtschaftspolitikers muß außer Frage stehen, daß eine nicht mit letzter Sicherheit beherrschbare Technik mit dieser verheerenden Vernichtungskraft keine unbegrenzte Zukunft haben kann und darf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verantwortliches unternehmerisches Handeln hat immer auch etwas zu tun mit gesellschaftlicher Gesamtverantwortung und, wenn wir von ethischen Betrachtungen absehen, mindestens damit, zur eigenen **Standortsicherung** dauerhaft beizutragen und erkennbare Gefahren ausschließen zu helfen. Bitte bedenken Sie, welche verheerende Auswirkungen ein ernsthafter Störfall auch auf den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein haben würde.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Und: Die Gefahr wird mit jedem Jahr größer. Daher kommt der Festlegung verantwortbarer Restlaufzeiten der drei im Lande befindlichen Anlagen große Bedeutung zu. Insoweit ist die **Stillegung eines Kernkraftwerkes** - dies gilt in unserem Zuständigkeitsbereich vor allem für Brunsbüttel, unabhängig von einer Politik des Atomausstieges - ein technisch gegebener natürlicher Vorgang, der bei entsprechender Alterung einer Anlage zwangsläufig erfolgen muß, was in der Bundesrepublik bereits zehnmal umgesetzt werden mußte.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Diese grundsätzliche Bewertung vorausgestellt, kann ich hier versichern, daß wir die berechtigten Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kernkraftwerke, der im Auftrag der Stromversorger tätigen Subunternehmen und auch der Damen und Herren sehr ernst nehmen, die als Gutachter oder Wissenschaftler im Bereich Kernenergie tätig sind.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Herr Sager, wir haben die möglichen finanziellen Einbußen ebenso im Visier wie die Gefahr regionaler standortbezogener Negativeffekte bei Aufgabe von Kernkraftwerken bei nicht gleichzeitiger Errichtung von **Ersatzkapazitäten** am gleichen Standort.

Darum ist es aus unserer Sicht so wichtig, daß die getroffenen Vereinbarungen eingehalten werden, bis 2002 ein modernes Gaskraftwerk in Lübeck zu bauen, und die HEW verbindlich beschließt, am Standort Brunsbüttel ein modernes Kohlekraftwerk zu bauen.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Wir wollen die bestehenden Kraftwerkstandorte als Energiestandorte erhalten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mann, Mann, Mann! - Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wissen Sie, was - -!)

Wir betonen die gemeinsame Verpflichtung unserer Landesregierung, der HEW und des Landes Hamburg für den Standort Brunsbüttel. 25 % des Hamburger Strombedarfs werden hier gedeckt. In unseren Kernkraftwerken wird übrigens das Zweieinhalbfache von dem produziert, was Schleswig-Holstein selbst benötigt. Daraus ergibt sich eine gemeinsame Verantwortung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das macht das Inlandsprodukt aus!)

- Meine Herren, Sie schaffen es auch ohne Mikrofon nicht, gegen mich anzureden! Lassen Sie das also nach!

Die Errichtung von Ersatzkapazitäten an den Kernkraftwerkstandorten oder in der Region ist nur eine

(Reinhard Sager [CDU]: Alles Phrasendrescherei!)

- wenn auch vorrangige - Kompensation.

Wir sind uns mit der ÖTV einig, daß die **Ansiedlung neuer Energiedienstleistungsprodukte** wie zum Beispiel Herstellung, Bau, Betrieb und Wartung regenerativer Energieanlagen, der Aufbau neuartiger Produkt- und Dienstleistungsaufgaben im Bereich Ener-

(Klaus-Dieter Müller)

gieconsulting, Contracting, Facility Management, Kundenservice, Qualifizierung von Eigenpersonal für den Rückbau von Kernkraftanlagen und natürlich auch die Fortentwicklung der Entsorgungs- und Endlagerungstechnologien wichtige zukünftige Geschäftsfelder darstellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo kriegen Sie die her?)

Wir werden unserer politischen Verantwortung eben nicht gerecht - -

(Demonstrativer Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Sie sollten Sätze ganz hören! Daß Sie so aufgeregt sind, verstehe ich ja bei Ihrer schlechten Position.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir mal, wie das aussehen wird! - Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Sie sollten sich dennoch den Satz ganz anhören.

Meine Damen und Herren, wir werden unserer politischen Verantwortung dann nicht gerecht, wenn wir uns ausschließlich oder überwiegend auf die Negativfolgenabschätzung konzentrieren, wie es die Befürworter der Kernenergie gern tun. Wir müssen die Chancen bewußt machen, die die politische Grundentsatzentscheidung für den Ausstieg aus der Atomenergie auslösen wird. Diese Forderung halte ich Gegnern der Bio- und Gentechnologie vor, aber ebenso Ihnen, die Sie den **Ausstieg aus der Kernenergie** nicht mittragen. Man muß schon, um seriös zu bleiben, Argumentationslinien durchgängig anwenden, nicht nur, wenn es einem paßt.

Es ist unseriös, wenn nur die Zahl der bei Schließung eines Kernkraftwerks entfallenden Arbeitsplätze genannt werden. In erheblichem Maß werden immer Arbeitsplätze und natürlich auch Wertschöpfung durch Ersatzkraftwerke entstehen.

Oder nehmen wir **Kompensationsmöglichkeiten** durch die von Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, immer gern kleingeredeteten Windenergiwirtschaft. Wir reden bei Umsetzung der von Bundesregierung und Landesregierung entwickelten Vorstellungen in der Region in den nächsten fünf Jahren von einem Arbeitsplatzaufbau von zirka 500 bis 600 Arbeitsplätzen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Nach Angaben der IHK Flensburg sind in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren allein durch den Ausbau der Windenergie zirka 1.500 Arbeitsplätze geschaffen worden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Davon wollen Sie jetzt 2.000 abbauen, oder wie?)

Ich muß mich jetzt etwas kürzer fassen, weil der Präsident mich hetzt.

(Zurufe von der CDU: Zum Schluß kommen!)

- Zum Schluß kommen, hat er gesagt. Aber er läßt mir wohl noch zwei Sätze.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Der Rückbau von Kernkraftwerken, aber auch Entsorgungs- und Endlagerungstechniken werden zunehmend an weltweiter Relevanz gewinnen. Die Chance müssen wir wahrnehmen und mehr noch als bisher Einrichtungen wie Technologie- und Energienstiftung daran arbeiten lassen, Entwicklungspotentiale für unsere Hochschulen und Unternehmen zu konkretisieren.

Ein Ausstieg kann nur erfolgen, wenn und soweit eine wettbewerbsfähige, sozial und ökologisch verträgliche Energieversorgung gesichert ist, die Arbeitsplatzfragen und sozialen Konsequenzen geklärt sind. Darüber sind wir uns einig.

(Glocke des Präsidenten)

Dafür bedarf es - letzter Satz, Herr Präsident! - eines geordneten Auslaufens der Kernkraftwerke, der sich an verantwortbaren Restlaufzeiten unserer Kraftwerke orientieren wird - darüber sind wir uns auch mit der Ratsversammlung in Brunsbüttel einig -. Das aber bedeutet auch, daß über Ersatzkraftwerke, über den Bau von Einbindungsstationen für das geplante Seekabelwerk Norwegen - Deutschland und über den Bau eines eventuellen Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente jetzt

(Glocke des Präsidenten)

verbindlich entschieden wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, ich begrüße jetzt zunächst auf der Tribüne Damen und Herren aus dem Kreis

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

Steinburg, die kommunalpolitisch tätig sind. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Herr Minister Möller, anschließend Herr Abgeordneter Kubicki.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Darüber gibt es keinen Zweifel: Das Land Schleswig-Holstein gehört seit dem Regierungswechsel 1988 in unserer Republik zu den entschiedensten Verfechtern des Ausstiegs aus der Atomenergie.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Verbal!)

Welche Position die CDU und die F.D.P. vertreten, ist heute noch nicht so ganz deutlich geworden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ach, Herr Möller! Das stand bei uns schon im Programm, als Sie noch - -!)

Immer, wenn es in die Landschaft paßt, sprechen Sie von Übergangsenergie. Heute - jedenfalls bei der CDU - war es ein klares Bekenntnis zur Langzeitstrategie.

Wir sagen: Wir verfolgen dieses Ziel, weil eine **Technik** wie die **Atomenergie**, die niemals versagen darf und der gegenüber die Menschen nicht versagen dürfen - damit die Folgen nicht beherrschbar sind -, nicht verantwortbar ist.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Dieser von manchen verdrängte Gesichtspunkt stellt den zentralen Ausgangspunkt der atompolitischen Kritik und der daraus abgeleiteten Zielsetzung der Landesregierung dar. Die Folgen der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl sind auch heute noch für Tausende von Menschen bittere Realität.

Bei den Kernkraftwerken, die in unserer Republik am Netz sind, ist eben auch nicht mit absoluter Sicherheit der Kernschmelzunfall auszuschließen. Ebenso ist das Problem einer gesicherten Endlagerung weltweit ungelöst. Zur Zeit ist nicht einmal das Transportproblem gelöst.

Die Landesregierung hat in der Vergangenheit aber immer betont,

(Martin Kayenburg [CDU]: So ein Quatsch! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

daß Ihre Handlungsmöglichkeiten zur **Stillegung von Atomkraftwerken** auf der Grundlage des geltenden Atomrechts begrenzt sind.

Natürlich: Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit. Das Atomgesetz hat in §§ 17 bis 19 klare Vorschriften, unter welchen Bedingungen Kernkraftwerke stillgelegt werden müssen. Es gibt dann immer die Möglichkeit, im Rahmen von Reparaturen Mängel abzustellen.

Der Schlüssel für den Ausstieg und damit für eine andere Energiepolitik lag und liegt bei der parlamentarischen Mehrheit in Bonn. Die Landesregierung begrüßt deshalb, daß nunmehr auch entsprechende parlamentarische Mehrheiten existieren, die den **Ausstieg aus der Atomenergie** und den Umstieg in eine umwelt- und sozialverträgliche zukunftsorientierte Energiepolitik, wie wir sie seit Jahren fordern, ermöglichen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alles Sprechblasen!)

Sie können natürlich täglich eine neue Meinungsumfrage machen. Ich denke aber, die Wählerinnen und Wähler wußten, woran sie bei der Bundestagswahl mit der SPD und mit den Grünen sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wußten sie in Hessen auch!)

Die Bonner Regierungsparteien SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in ihrem **Koalitionsvertrag** entsprechende Vereinbarungen getroffen. Es geht nicht mehr so sehr um das Ob des Ausstiegs, sondern nur noch um das Wie.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und das Wann!)

Sie haben die Frage gestellt, was die Mitwirkung an der Koalitionsvereinbarung angeht. Ich bekenne mich dazu, daß die Reihenfolge richtig ist: eine Atomgesetznovelle, parallel dazu Konsensgespräche, um möglichst eine entschädigungsfreie Regelung zu finden. Beides gehört zusammen. Aber zu dieser Atomgesetznovelle gehört auch - für mich jedenfalls - das Verbot der Wiederaufarbeitung.

Die Landesregierung begrüßt, daß die **Bundesregierung** in einem ersten Schritt im Jahre 1999 mit den **Energieversorgungsunternehmen** Gespräche mit dem Ziel aufgenommen hat - ich sage es noch einmal -, schnellstmöglich entschädigungsfrei aus der Atomenergie auszusteigen und Schritte zum Umbau der Energieversorgung festzulegen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Minister Claus Möller)

Hierbei geht es um eine Fülle von Fragen. Zentrale Bedeutung haben dabei die Festlegung der Restlaufzeiten der betriebenen Kernkraftwerke, das Auslaufen und die Beendigung der Wiederaufarbeitung in Frankreich und Großbritannien, die Zwischen- und Endlagerung von Atommüll, die Durchführung von Atomtransporten, der Umbau der Energiewirtschaft und natürlich auch die damit verbundenen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze.

Die Landesregierung ist in ihrer Antwort vom 15. Februar 1999 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kayenburg und Sager zum Thema „Schleswig-Holstein ohne Kernenergie“ auf viele Details eingegangen und hat somit bereits ausführlich Stellung genommen. Ich verweise ausdrücklich darauf, Herr Sager, daß wir dort auch unsere energiepolitischen Zielsetzungen, was die CO₂-Bilanz ohne Kernenergie angeht, verdeutlicht haben.

Die aktuellen Anträge der Opposition und der Regierungsfractionen nehme ich gern zum Anlaß, die **Position der Landesregierung** nochmals zu verdeutlichen. Die Energieversorgungsunternehmen haben zwischenzeitlich erklärt, daß sie aus Gründen des Primats der Politik das Ziel einer geordneten Beendigung der Nutzung der Atomenergie grundsätzlich akzeptieren werden und die Einzelheiten zur Erreichung dieses Ziels in den für 1999 vorgesehenen Konsensgesprächen klären wollen.

Es ist damit vorgezeichnet, daß sich der Ausstieg aus der Atomenergie über einen gewissen Zeitraum hinziehen wird. Die Vorstellungen der Energieversorgungsunternehmen unterscheiden sich hier noch sehr deutlich von den Vorstellungen der Bundesregierung und auch von denen der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hat sie denn welche? Welche hat sie denn?)

Herr Voigt und ich haben ein paar Gespräche geführt - selbstverständlich mit dem Betriebsrat und der Geschäftsführung von HEW. Die Ministerpräsidentin und ich haben mit dem Geschäftsführer von PreussenElektra gesprochen. Wir haben mit der Stadt Brunsbüttel gesprochen. Wir haben uns den kritischen Fragen der Mitarbeiter in Brunsbüttel gestellt. Ich darf Ihnen sagen, daß die Ministerpräsidentin für den 26. März die **norddeutschen Ministerpräsidenten** und die Vorsitzenden der **Energieversorgungsunternehmen** PreussenElektra und HEW zu einem **Gespräch** eingeladen hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Toll! Das ist ein ganz toller Erfolg!)

Ich will hier gern zusagen, daß ich nach diesem Gespräch - das wird wohl vor der Osterpause nicht mehr möglich sein - den zuständigen Ausschuß, die energiepolitischen Sprecher, über diese Gespräche informieren werde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Toll!)

Natürlich gehen die Meinungen auseinander. Die Energieversorgungsunternehmen haben die Werke in 19 Jahren abgeschrieben. Sie wollen die Kernkraftwerke jetzt aber 40 Jahre und noch länger betreiben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist wirtschaftlich sinnvoll!)

Hamburg hat sich geäußert. Die GAL hat sich geäußert. Herr Voigt und ich haben eine Zahl von 25 Jahren genannt - auch aus der Erfahrung heraus, daß von den 80 Kernkraftwerken, die bislang weltweit stillgelegt wurden, alle maximal zwischen 25 und 30 Jahren gelaufen sind. Das ist eine Zahl, die wir jedenfalls ins Gespräch gebracht haben. Wir haben das nicht allein zu entscheiden. Jedenfalls ist es eine Margezahl. Daraus ergibt sich für die ältesten Kernkraftwerke eine bestimmte Nutzungsdauer.

Die Landesregierung hält - das will ich auch noch einmal sagen - an ihrer Position fest, daß die **Wiederaufarbeitung** eindeutig eine abfallpolitische Sackgasse ist und baldmöglichst beendet sein sollte.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Punkt steht im Bonner Koalitionsvertrag. Wir meinen nach wie vor, daß er in die **Atomgesetznovelle** gehört. Ich will mich nicht an dem einen Jahr verbeißen. Das ist sicherlich ein sehr ehrgeiziges Ziel von Herrn Trittin gewesen. Aber hier muß man eine klare Regelung finden.

Was nun die konkrete Entwicklung in Schleswig-Holstein betrifft, ist die Entwicklung absehbar. Das **Atomkraftwerk Brunsbüttel** gehört neben den Anlagen Obrigheim, Stade und Biblis zu den ältesten in Betrieb befindlichen Leistungsreaktoren der Republik. Damit wird es vermutlich auch zu den ersten stillzulegenden Anlagen gehören. Das wird niemanden überraschen - auch nicht die Mitarbeiter -, daß Brunsbüttel vermutlich nicht das letzte Kernkraftwerk ist, das in Schleswig-Holstein vom Netz geht.

In der Kopplung dieser 25 Jahre und in Kenntnis der vertraglichen Situation, daß 1999 der Vertrag Brunsbüttel zum Jahr 2002 gekündigt werden kann, haben wir diese Zahl in den Raum gestellt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben gesagt, Sie schalten ab!)

(Minister Claus Möller)

Ich sagte schon: Herr Runde hat ein anderes Kraftwerk gesehen, das zunächst stillgelegt werden sollte. HEW hat ganz andere Vorstellungen, die Mitarbeiter auch. Das ist letztlich auch nicht von uns entscheidbar, wenn es nicht um Sicherheitsdinge geht. Das ist Gegenstand der Energiekonsensgespräche.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben doch gesagt, Sie schalten 2002 ab!)

- Ich habe 2002 als einen möglichen Stilllegungszeitpunkt genannt. Ich habe eben noch einmal begründet, woraus ich das abgeleitet habe.

Das im Jahre 1983 in Betrieb gegangene **Atomkraftwerk Krümmel** und das 1986 in Betrieb gegangene **Atomkraftwerk Brokdorf** werden aus unserer Sicht aus den Energiekonsensgesprächen heraus vermutlich eine längere Laufzeit haben. Wenn man von 25 Jahren ausgeht, kann man sich das ausrechnen.

Ich sage noch einmal: Wie lange diese Zeiten im einzelnen aussehen werden, muß in den Konsensgesprächen erörtert werden. Ich habe in völliger Übereinstimmung - auch mit dem Koalitionspartner - gesagt: Für uns ist der Einstieg in den Ausstieg wichtiger als der Zeitpunkt, wann das letzte Kernkraftwerk in unserer Republik abgeschaltet wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger werden wir nur dazu bekommen, wieder Transporter oder notwendige Entsorgungseinrichtungen zu akzeptieren, wenn sie wissen, daß die Atomenergie endlich ist und was für Mengen wirklich anfallen. Deswegen ist die Festlegung der **Restlaufzeit** ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer den geordneten Ausstieg und den Umstieg in die direkte Endlagerung will, muß deshalb für eine Übergangszeit **Zwischenlagerkapazitäten** akzeptieren.

Alle drei schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke verfügen noch über zeitlich begrenzte Lagermöglichkeiten in den Anlagen. Ich sage ausdrücklich - das haben wir erklärt -: Unsere Politik ist es nicht, die Kernkraftwerke über den Entsorgungsengpaß stillzulegen. Genau deshalb habe ich einen Vorschlag gemacht, wie man das Problem lösen könnte. Ich sage: zwei bis drei Jahre gibt es Zwischenlagermöglichkeiten an den drei Kernkraftwerksstandorten.

Darüber hinaus haben unsere Kernkraftwerke Verträge zur **Wiederaufarbeitung** zwischen 3,2 bis 7,4 Jahren. Es ist unterschiedlich. Krümmel hat die kürzeste Zeit, nämlich 3,2 Jahre. Ich habe gar nicht den Eindruck, daß die Energieversorgungsunterneh-

men diese Frist voll ausschöpfen wollen. Aber es sind eben vertragliche Vereinbarungen.

Darüber hinaus haben sich alle drei schleswig-holsteinischen Anlagen **Stellplatzkapazitäten** in den Zwischenlagern Gorleben und Ahaus gesichert. Diese Stellplatzkapazitäten würden den Betreibern - selbst bei einer vollständigen Rücknahme der bei der Wiederaufarbeitung anfallenden Abfälle - noch für mehrere Betriebsjahre die Möglichkeit zur Zwischenlagerung der beim Betrieb anfallenden abgebrannten Brennstäbe eröffnen. Bis zu zehn Jahren bestehen also vertraglich vereinbarte Zwischenlagermöglichkeiten in Ahaus und in Gorleben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was hat Herr Clement dazu gesagt?)

- Dazu sage ich Ihnen: Ich betreibe nicht wie einige Ministerpräsidenten Politik nach dem Motto: „Heiliger Sankt Florian, zünd das Haus des anderen an!“

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich wiederaufarbeiten will, dann sind die Transportwege wesentlich länger, als wenn ich vorher aus der Wiederaufarbeitung aussteige und diese Brennelemente in Gorleben, in Ahaus oder vor Ort lagere.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind für eine Minimierung der Transporte.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister, ich darf Sie bitten, auf die Zeit zu achten.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

- Ja. All dies muß berücksichtigt werden, wenn ich erläutere, warum ich selbst - aber auch die Ministerpräsidentin - den **Bau eines zentralen Zwischenlagers in Brunsbüttel** vorgeschlagen habe.

Das macht deutlich: Wir wollen keine Verweigerungspolitik. Wir wollen eine **Transportminimierungspolitik**. Aber ich sage genauso deutlich: Zwischenlager erst, wenn auch die Zwischenlagerkapazitäten in den anderen Zwischenlagern ausgeschöpft sind und auch die süddeutschen Kraftwerke bereit sind, eine Möglichkeit für Zwischenlager zu schaffen. Das gehört dazu.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Minister Claus Möller)

Natürlich muß es in diesem Zusammenhang eine Einigung über die Restlaufzeiten der Kernkraftwerke geben.

(Zurufe der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich habe nie von einem norddeutschen Zwischenlager gesprochen. Es geht bestenfalls um die Lagerung von Brennelementen je nach Laufzeit der Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein. Herr Stritzl, Sie, der Sie hier lachen: Je länger Sie die Kernkraftwerke betreiben wollen, desto mehr Zwischenlagerkapazitäten brauchen Sie.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das werden wir Ihnen vorrechnen. Wir entziehen uns jedenfalls nicht der Verantwortung.

(Unruhe)

Es ist absurd zu behaupten, ich hätte Brunsbüttel in einen Zusammenhang mit einem Endlager gebracht.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister, ich darf noch einmal daran appellieren, ein bißchen auf die Zeit zu achten. Sie haben gleich fünf Minuten überzogen.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

- Ja, okay!

(Zurufe von der CDU: Oh! Oh! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Anhaltende Unruhe)

Zu dem Argument der **Arbeitsplätze** möchte ich nur soviel sagen: Wir haben uns immer schon - ohne daß wir uns wie jetzt bereits in Energiekonsensgesprächen befunden hätten - für den Erhalt des Energiestandortes Brunsbüttel ausgesprochen.

(Beifall bei der SPD)

Brunsbüttel ist im ganzen norddeutschen Raum der beste Standort für ein neues Kraftwerk.

(Martin Kayenburg [CDU]: Auch für die Umwelt!)

Wir haben dafür gekämpft, daß zum Beispiel die Konverterstation für die Kabelverbindung nicht nach Wilhelmshaven, sondern nach Brunsbüttel geht.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich sage Ihnen, diese beiden Anlagen werden auch Arbeitsplätze schaffen. Wir werden damit nicht alle Arbeitsplätze ersetzen können, aber selbstverständlich haben die Energieversorgungsunternehmen für ihre Mitarbeiter aus den Anlagen, mit denen sie jetzt gutes Geld verdienen, auch eine soziale Verantwortung.

(Zuruf von der SPD: So ist es! - Beifall bei der SPD!)

HEW hat mit uns einen Vertrag geschlossen, sich bis zum Jahr 2000 festzulegen, ob in Brunsbüttel ein neues Kraftwerk gebaut wird. Das werden wir einfordern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn sie sich nicht festlegen, was dann?)

- Sie werden sich entscheiden müssen.

Ich bin der letzte, der die Illusion wecken will, daß wir alle Arbeitsplätze mit einem neuen Kohlekraftwerk und einem Gaskraftwerk in Lübeck kompensieren können. Dazu ist mehr erforderlich. Deshalb ist der Antrag der Koalitionsparteien wichtig. Aber ich will darauf hinweisen, daß der Einstieg in eine dezentralere neue Energiepolitik die Chance für sehr viele neue Arbeitsplätze bietet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die 1.500 neuen Arbeitsplätze rund um die Windenergie sind nicht einfach fortzuschreiben. Das ist richtig.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Aber sie sind Fakt. Sie haben die Windenergie bekämpft, und wir haben diese Arbeitsplätze geschaffen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki. Sie haben sieben Minuten Redezeit.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist auch wichtig, daß Sie sich wirklich Mut zuklatschen, denn nachdem der größte Unternehmer der Sozialdemokratischen **Landtagsfraktion** hier ge-

(Wolfgang Kubicki)

sprochen hat, muß man zu den wirtschaftlichen Rahmendaten vielleicht einiges sagen.

Wir erleben interessanterweise jetzt, wie auch diese Landesregierung beginnt - neben allen anderen; die Grünen ohnehin - festzustellen, daß man sich dann, wenn man in Regierungsverantwortung kommt, den Realitäten stellen muß. Bisher konnten ja die guten Menschen der Sozialdemokraten und der Grünen, soweit sie in der **Landesregierung** Verantwortung getragen haben, immer darauf verweisen, wir würden ja gern, aber die bösen Buben in Bonn verhindern ja nun, daß wir mit dieser bösen, bösen Kernenergie von heute auf morgen Schluß machen.

Nun regiert Rot-Grün in Bonn. Und was passiert? Nun stellen Sie fest, daß es längere Laufzeiten geben muß, daß man nicht von heute auf morgen aussteigen kann, daß es Probleme mit der Wiederaufarbeitung gibt, mit der Endlagerung beispielsweise, mit der Zwischenlagerung. Uplötzlich stellen Sie fest, daß all die bösen Geister, die Sie gerufen haben, die Sie mit Ihrer Angstkampagne gerufen haben - -

(Widerspruch bei der SPD - Zuspruch des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Matthiessen, die Frage, ob ich für oder gegen etwas bin, vernebelt nicht mein Gehirn. Ich höre nicht auf, nachzudenken und mich zu fragen, was ich rational und nicht irrational erledigen kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die bösen Geister, die Sie gerufen haben, wenden sich doch jetzt gegen Sie.

Ich fange mal mit jemandem an. Was macht denn Herr Trittin? Was macht er eigentlich am Ende dieses Jahres, nachdem er die Endlagererkundung in Gorleben zunächst ausgesetzt hat, wenn das Moratorium zu Ende ist?

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Frau Kollegin Kähler, Sie sind in der Verantwortung für diese Republik. Sie müssen das auch einmal zur Kenntnis nehmen - -

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, daß Sie davon nichts verstehen, muß ja nicht mehr dokumentiert werden. Aber ich frage doch einmal diesen Wirtschaftsminister, wie denn bestimmte Ziele der neuen Regierung eigentlich gelöst werden sollen. **Energieproduktion** hat ja auch etwas mit **Kosten** zu tun. Wenn ich aus einer bestimmten

Energieproduktion aussteige und auf eine andere Linie umsteige, die möglicherweise gleich preiswert in der Produktion sein wird, wird der Ausstieg, der Überstieg, der Umstieg zunächst einmal Kosten verursachen. Diese Kosten müssen volkswirtschaftlich von irgend jemandem in der Verteilung aufgebracht werden.

(Ursula Kähler [SPD]: Das Parlament ist hier!)

Wir können das im Ausland kaufen. Wir können das durch teure Kohlekraftwerke erwirtschaften. Jedenfalls steht ein bestimmter Anteil des Bruttoinlandsprodukts für alternative Verwendung nicht mehr zur Verfügung. Es ist doch wirtschaftlich geradezu etwas Sinnvolles, abgeschriebene Einrichtungen weiterlaufen zu lassen, weil man dann vergleichsweise hohe Gewinne erwirtschaften kann. Das ist übrigens nicht nur betriebswirtschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich habe ja gar nichts dagegen. Ich bin ja dafür, daß wir so richtig Power loslegen, weil ich sehen will, wie Rot-Grün mit den Problemen fertig wird, wie Herr Schröder - der das ja begreift - mit der steigenden Zahl von regionalen und auch nationalen Arbeitslosenzahlen fertig werden wird, weil sektoral in bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft etwas passiert.

Herr Wirtschaftsminister, klären Sie uns doch einmal darüber auf, wie sich beispielsweise die großen Unternehmen in Deutschland verhalten werden, wenn ihnen von einem deutschen Energieversorgungsunternehmen Strom zu einem bestimmten Preis und von einem anderen europäischen Unternehmen zu einem günstigeren Preis angeboten wird! Wie werden die sich verhalten? Die werden sagen: Ja, weil Rot-Grün so toll ist, weil Minister Möller so ein toller Mensch ist, weil wir ja nur gute Menschen sind, produzieren wir zu höheren Kosten, als wir bei einem vergleichbaren Einkauf woanders produzieren könnten.

(Thomas Stritzl [CDU]: So wird es sein!)

Wenn ich schon höre, daß man **Konzepte** haben muß, dann frage ich Sie: Wo haben Sie sie denn? Was ist denn konkret dafür getan worden, daß parallel zu allen Standorten, die man als **Energiestandort** behalten will, neue Kapazitäten aufgebaut worden sind?

Herr Minister Möller, als ich gehört habe, Sie und die Ministerpräsidentin - die möglicherweise gar nicht weiß, was sie sagt - würden die Einrichtung eines Zwischenlagers in Brunsbüttel erwägen, habe ich

(Wolfgang Kubicki)

mich gefragt: Ist das die strahlende Zukunft der Dithmarscher, die sie sich wünschen dürfen?

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was sagt denn Ihr Parteifreund, Karsten Hinrichsen, vor Ort, Frau Kollegin Heinold? Hat er sich das so vorgestellt, daß der Ausstieg aus der Kernenergie bei ihm zum Bau eines Zwischenlagers in Brunsbüttel führen wird? Das möchte ich gern einmal wissen.

Wie verdummen Sie eigentlich die Menschen vor Ort, wenn Sie ihnen sagen, Sie nähmen ihre Sorgen ernst, aber gleichzeitig erklären, bei Schließung des Kernkraftwerks **Brunsbüttel** werde ein **Kohlekraftwerk** an der Stelle errichtet werden. Das werden dann diejenigen, die heute im **Kernkraftwerk** Brunsbüttel arbeiten, in ihrem Arbeitsleben nicht mehr erleben, weil sie doch genauso wie ich wissen, daß in Anbetracht der gesetzlichen Regelungen, die wir jetzt haben, zwischen der Planung eines Kohlekraftwerks an einem bestimmten Standort und der ersten Kilowattstunde, die da produziert wird, mindestens zehn bis 15 Jahre vergehen. Das heißt, frühestens 2012, 2015 haben sie ein Kohlekraftwerk, das produzieren kann, und nicht vorher. Das wissen wir doch ganz genau. Das heißt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Sie ab 2002 möglicherweise um ihren Arbeitsplatz bringen, werden von dem Kohlekraftwerk 2015 nichts mehr haben. Die weitere Entwicklung gucken wir uns an.

Ich wiederhole: Ich möchte jetzt von Ihnen gern wissen, wie Sie sich das weiter vorstellen. Wie stellen sich die rot-grüne Landesregierung und die Bundesregierung nach Ihrer Kenntnis die Endlagerung vor, wenn Gorleben nicht da ist? An welchem Standort?

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie haben doch, Herr Matthiessen, die Menschen gegen Gorleben und gegen Ahaus ins Feld geführt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Fröhlich hat noch vor einem Jahr zu einer Demonstration in Gorleben aufgerufen. Man sollte daran teilnehmen, um gegen die Castor-Transporte zu demonstrieren. Sie waren das doch.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie haben das zu verantworten! - Unruhe)

Und nun auf einmal sollen die Menschen, die Sie vor einem Jahr in die Schlacht geführt haben, nicht demonstrieren, weil jetzt alles viel besser geworden ist?

Sagen Sie doch, an welchem Standort in Deutschland Sie ein Endlager errichten wollen - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Ihrer Praxis!)

- Auch gern.

Herr Kollege Hentschel, wir sind die letzten drei Jahre mit Ihrer Politik, die ja nicht an den Realitäten orientiert gewesen ist, fertig geworden; wir werden das dann das letzte Jahr auch noch ertragen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind doch Müllexperte!)

- Herr Hentschel, weil ich ein Müllexperte bin, rede ich ja auch mit Ihnen; sonst würde ich mit Ihnen ja gar nicht reden.

(Stürmische Heiterkeit bei CDU und F.D.P. - Ursula Kähler [SPD]: Unmöglich! Das geht aber zu weit!)

- Warum geht das zu weit? Frau Kollegin Kähler, weil ich ein Müllexperte bin, rede ich ja mit dem Kollegen Hentschel, weil ich meine, daß er davon ebenfalls ein bißchen versteht, denn er produziert ja sehr viel Müll.

(Heiterkeit)

Ich will nur feststellen - und da kann ich mich ja in aller Ruhe und Gelassenheit zurücklehnen und mich innerlich freuen -, wie die rot-grüne Regierung in Bonn bei all den vollmundigen Ankündigungen, bei all den Erklärungen, die auch hier abgegeben worden sind, mit den Problemen fertig werden will, die sie selbst in der Zeit, in der Sie Opposition waren, geschaffen hat.

(Konrad Nabel [SPD]: Die haben Sie doch geschaffen!)

Ich möchte gern von Ihnen erfahren, wie denn Ihre Gesamtkonzeption aussieht - außer, daß Sie nur erklären, Sie wollen jetzt den Einstieg in den Ausstieg vorantreiben. Solange Sie uns nicht erklären, wie erstens die **ökonomischen Auswirkungen** von dieser Regierung bewältigt werden sollen - auch im Hinblick auf das Arbeitsplatzziel, nicht nur der unmittelbar Betroffenen in den Kernkraftwerken, sondern in der Volkswirtschaft insgesamt -, solange Sie uns nicht erklären, wie Ihr Endlagerkonzept aussieht, das Sie ja ebenfalls auf die lange Bank schieben, solange haben Sie den Anspruch verloren, hier noch glaubwürdige Erklärungen zu dieser Frage abgeben zu können.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, mir liegen noch sehr viele Wortmeldungen vor.

Zunächst hat der Herr Minister um das Wort gebeten. Herr Minister Möller, Sie haben das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß, ich selbst habe die Redezeit überschritten.

(Meinhard Füllner [CDU]: Und provoziert!)

Ich denke, die Frage der endgültigen **ökonomischen Auswirkungen** werden wir erst dann diskutieren können, wenn man aus den Konsensgesprächen weiß, welches Kernkraftwerk noch wie lange am Netz sein wird.

Was die direkte **Endlagerung** angeht, so können Sie die Regierungserklärungen seit 1988 nachlesen; dort haben wir immer gesagt, man solle sich nicht auf den Salzstock Gorleben verlassen, sondern rechtzeitig alternative geologische Formationen erkunden. Punkt!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen wir seit 30 Jahren! - Meinhard Füllner [CDU]: Reine Taktik!)

Aus dieser Erkundung ist ja nun nichts geworden.

Ich selbst gehöre zu den wenigen, die sagen: Ich wäre auch bereit - wenn es bei uns nur schlechte geologische Formationen gibt -, zumindest im EU-Rahmen zu suchen. Ich bin nicht dafür, das etwa in Rußland oder auf einem Atoll zu tun, aber vielleicht doch im EU-Rahmen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Im Ausland also?)

Meine Damen und Herren, dies ist auch eine Arbeitsplatzfrage.

(Thomas Stritzl [CDU]: Also, Sie sind für Endlager im Ausland? Eine interessante Auffassung!)

- Dies ist auch eine Arbeitsplatz - -

(Thomas Stritzl [CDU]: Auslandslager als Endlager?)

- Ich habe gesagt: Wenn es keine geeignete geologische Formation bei uns gibt,

(Zuruf von der CDU: Aha!)

dann müßte man zumindest auch im EU-Bereich darüber nachdenken, ob man dort eine geeignete geologische Formation findet. Wenn es bei uns keine geologische Formation gibt, die geeignet ist! - Ich halte den Salzstock Gorleben in der Tat nicht für geeignet.

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen jetzt ein Problem bekennen. Sie wissen, daß wir gestern auch über die Werftindustrie, über einen Antrag, der in der Steuergesetzgebung eine Rolle spielt, gesprochen haben. Ich habe dazu heute abend in Bonn Gesprächstermine. Ich bedanke mich bei den Abgeordneten - auch denen der Opposition -, die dies gestern im Finanzausschuß unterstützt haben. Eine positive Entscheidung in unserem Sinne ist noch nicht gefallen.

Ich habe für 17:25 Uhr einen Flug gebucht. Ich möchte nun bei der Diskussion dieses Themas nicht kneifen - das wissen Sie - und überlasse es Ihrer Entscheidung, ob ich den Flug nehmen soll oder nicht. Wenn Sie sagen, ich solle anwesend sein, dann sage ich den Termin ab.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, selbstverständlich nicht!)

Wenn Sie sagen, ich könne fliegen, dann würde ich diesen Termin wahrnehmen und morgen berichten, was herausgekommen ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sollen fliegen!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem der Herr Minister so nett gefragt hat, können wir ja kaum noch nein sagen. Aber vielleicht nehmen Sie noch mit, Herr Minister: Das, was Sie hier erzählt haben, war genauso wahr wie Ihre Einlassung vor dem Bundesverfassungsgericht, daß wir keine zusätzlichen Einnahmen gehabt hätten.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD - Minister Claus Möller: Warten Sie mal die nächste Finanzausschußsitzung ab!)

Allerdings: Wer so komplexe Vorgänge wie den **Ausstieg aus der Kernenergie** - und zwar den unumkehrbaren Ausstieg aus der Kernenergie - hier durchsetzen und verantworten will, der muß auch sicher sein, daß er über **Alternativen** verfügt. Alternativen haben Sie jedenfalls bis heute nicht aufgezeigt. - Herr Matthiessen nickt. Ich frage Sie: Welches sind denn Ihre Alternativen? Ist es nicht sogar ein Stück weit Arroganz, Macht zu mißbrauchen, total auszusteigen und den zukünftigen Generationen nicht die Chance zu geben, mit dieser Energie - sei es als Kernenergie

(Martin Kayenburg)

oder sei es als Fusionsenergie - die Energieprobleme der Zukunft zu lösen? Sie wollen den unumkehrbaren Ausstieg. Lassen Sie aber doch die zukünftigen Generationen selbst entscheiden, wie sie mit Kernenergie umgehen wollen.

Wir als CDU haben immer gesagt: **Kernenergie** nicht auf Dauer, sondern Kernenergie ist eine Übergangsenergie; daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Aber das **Risiko** ist in seinen Grenzen beherrschbar, wie wir es in der Vergangenheit in Deutschland gesehen haben. Es gibt überhaupt keine Zwischenfälle, wie sie uns Herr Matthiessen hier hat glaubhaft machen wollen. Im Gegenteil, ich finde es schon ziemlich mutig, hier zu behaupten, wir hätten eine Beinahekatastrophe in Brunsbüttel erlebt, Herr Matthiessen! Das ist sachlich absolut falsch.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was meinen Sie denn, warum wir die aktuelle Fernüberwachung eingeführt haben? Was war dafür wohl der Anlaß? Überlegen Sie sich das einmal!)

- Der Anlaß dafür war nicht ein entsprechender Vorfall, Herr Matthiessen, sondern es waren Probleme in den Anlagen, die beherrschbar sind und beherrscht wurden. Nehmen Sie das doch bitte einmal zur Kenntnis.

Wenn Sie hier aussteigen wollen, dann müssen Sie eben auch sagen, wo Sie wieder einsteigen wollen. Wie wollen Sie denn die Energie erzeugen? Auf die Probleme der Kohlekraftwerke haben wir hingewiesen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er will einsparen!)

- Er will einsparen! Auf das Einsparen kann ich gleich noch zurückkommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist die neue Energieproduktionsform: einsparen!)

Sicher ist doch, daß er **Mehrkosten** verursachen wird. Sicher ist, daß stromintensive Branchen aussteigen werden. Sicher ist, daß 150.000 **Arbeitnehmer** keine Arbeit mehr haben werden, wenn wir die Kernenergie in der ganzen Bundesrepublik abschalten. Sicher ist, daß wir 88 Milliarden DM an zusätzlichen Kosten zu tragen haben werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wie sieht es denn in Hamburg aus? Was ist denn dort passiert? - Herr Hentschel hat eben genickt. Was ist denn mit Ihrem grünen Umweltsenator in Hamburg?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sauber! - Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Hat der nicht zugestimmt, daß Brunsbüttel nicht abgeschaltet wird? Was haben denn Herr Runde und Herr Poerschke gemacht, als der Vorstandsvorsitzende der HEW gesagt hat: Kein Ausstieg aus Brunsbüttel!?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da haben sie im Konsens genickt!)

- Ja, die haben im Konsens genickt, genau! Die wissen genau, daß der Ausstieg und der Umstieg auf eine andere Energie 90 Millionen DM pro anno mehr kosten würde. Und dann müssen Sie mir einmal sagen, wo Sie diese 90 Millionen DM beispielsweise in unserem Haushalt finden könnten - das ist das Problem -, und zwar 90 Millionen DM nicht auf Dauer, sonder pro anno!

Die **CO₂-Emissionen** haben wir heute schon einmal erwähnt. Es sind Tonnen von CO₂-Emissionen. Wir haben im Augenblick in Schleswig-Holstein etwa, wenn ich mich nicht irre, 23 Millionen t CO₂; wir werden mit zusätzlich 3 Millionen t an CO₂ zu rechnen haben. Wie wollen Sie die denn rechtfertigen?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine einzige!)

Ein Kohlekraftwerk in Brunsbüttel hat Auswirkungen auf die Umwelt, Auswirkungen auf die Natur. Wo bleibt denn Ihr Naturschutz?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie verstehen nichts!)

- Also, in einer Zone der vorherrschenden Westwinde ist das Land dahinter gefragt und nicht etwa die See, Frau Fröhlich! Das ist doch das Problem.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Hier von einem Auslaufmodell zu sprechen, von alternativen Energien - von dem „Lob der Langsamkeit“ hatten wir gesprochen -, ist absoluter Unsinn. Und was Ihre **Energieeinsparmodelle** angeht, Herr Matthiessen, so können wir die ja einmal durchgehen. Zum Beispiel können Sie die Signallichter bei den Kühl- und Tiefgefrierschränken abschalten. - Sie nicken, prima! Sie können die Beleuchtung der Schalter in der Wohnung abschalten, Sie können die Uhren mit Steuerung von mir aus wieder auf normale Dinosauriertechnik umstellen, Sie können beispielsweise die Bereitschaft bei den ISDN-Anlagen umschalten, Sie können das Faxgerät, das in Bereitschaft ist, abstellen. Da kann ich Ihnen gern eine

(Martin Kayenburg)

ganze Reihe von Punkten aufführen. Das geht von einem Watt über 7 Watt bis zu 15 Watt -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben die im Umweltministerium alles schon gemacht!)

das sind Einsparungen, die in der Tat nicht lohnen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, Frau Fröhlich, Sie wollen es so - ich weiß es ja -, und deswegen erzähle ich Ihnen das auch. Aber das einzige, was dann funktionieren würde - das nehmen Sie dann bitte zur Kenntnis -: Schalten Sie doch am besten gleich die Stromzähler ab; dann erreichen Sie eine Einsparung!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich fange hinten an, mit der **CO₂-Problematik**. Es läge ja in der Logik Ihrer Argumentation, daß wir aus Klimaschutzgründen einen massiven Zubau an Atomkraft bewerkstelligen müssen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nach Ihrer Aussage haben wir genug Kernenergiestrom!)

- Sie sagen ja, die Klimaschutzproblematik sei mit Atomkraft irgendwie lösbar.

Ich habe vorhin schon aus dem schönen Enquete-kommissionsbericht zitiert. Lesen Sie auf Seite 539 das Kapitel „Weniger Treibhauseffekt durch mehr Kernenergie“. Ich habe leider zuwenig Zeit, diese komplexe Thematik hier zu erörtern. Aber mit Atomkraft ist die Klimaschutzproblematik tatsächlich nicht zu lösen. Vorhin habe ich versucht, dies mit meinen dürren Worten zu erläutern.

Was das Einsparen anlangt, so meinten Sie, das kleine Anzeigelämpchen an der Kühltruhe sollte man abschaffen, damit es nicht mehr anzeigt, ob abgetaut wird. Ich empfehle Ihnen, einmal andere Einsparpotentiale zu betrachten. Allein der **Stand-by-Betrieb** unserer Unterhaltungselektronik kann, wenn wir sie mit einem normalen Abschaltknopf versehen, größenordnungsmäßig zwei Atomkraftwerke abschaltbar machen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Alles zusammen 75 Watt!)

Allein Präsenzmelder für das Ein- und Ausschalten von Licht in Gebäuden wie Turnhallen von Schulen

und so weiter haben große Sparpotentiale. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen.

Mir kommt es jetzt darauf an, darauf hinzuweisen, daß der Kollege Kubicki genau das entfaltet hat, was er jedesmal macht. Herr Kubicki, Sie reden von Schwierigkeiten und so weiter und bezeichnen sich als Atomkraftgegner. Es ist aber auch nicht ein Tüpfelchen eines Hinweises zu erkennen, wie man das hinkriegen kann; denn wir sind dazu ja zu blöd. In der Kubickischen Weisheit könnten doch einmal Wege gezeigt werden, wie man es machen sollte. Positionieren Sie sich in dieser Frage, oder schweigen Sie!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will trotzdem - Herr Kubicki, wenn Sie mir Ihr freundliches Gehör noch einmal leihen würden - auf folgendes eingehen. Es ist selbstverständlich richtig, daß es volkswirtschaftlich außerordentlich sinnvoll sein kann, eine Anlage - gleich welcher Art -, die abgeschrieben ist, fortzubetreiben. Daraus ergeben sich dann Thesen wie die, man müsse Atomkraftwerke möglichst noch 60 Jahre lang betreiben, weil das so wirtschaftlich sei.

Aber es gibt nicht nur volkswirtschaftliche Argumente. Die **Abschaltung**, die weltweit nach 25 Jahren Betriebsdauer erfolgt ist, wird ja dem Umstand geschuldet, daß wir den Reaktordruckbehälter nicht ersetzen können. Wir können Pumpen auswechseln, wir können Rohre auswechseln, wir können auch einmal irgendwo eine neue Betonmauer einziehen, aber der Reaktordruckbehälter gehört zu den nicht redundanten und nicht reparierbaren Systemen.

Leider ist es ja so: Durch die hohe Radioaktivität im Kern versprödet das Material sukzessive. Damit steigt bei Überschreitung der normalen Nutzungsdauer von 20 oder 25 Jahren das **Sicherheitsrisiko** exorbitant an. Wir dürfen es uns angesichts der von mir geschilderten Folgen, die ich vorhin dazulegen versucht habe - denken Sie an die Folgekosten in Milliardenhöhe und an die Katastrophen, die eintreten können -, nicht erlauben, die Dinger mehr als ein Vierteljahrhundert laufen zu lassen.

Das waren also einige Bemerkungen zu Ihren Bemerkungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Problem ist natürlich, daß man sich zu Wort meldet,

(Anke Spoorendonk)

weil man in der Debatte zuviel bekommen hat. So ging es mir. Als ich mir diese Besserwisserei des Kollegen Kubicki und anderer anhörte, platzte mir der Kragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stehe jetzt nicht hier, um die neue Bundesregierung zu verteidigen, sondern weil der SSW den **Ausstieg aus der Kernenergie** will, und zwar seit langem, schon immer. Das ist unser politisches Ziel. Wir sagen uns: Natürlich ist es so, daß der Weg das Ziel ist. Wir müssen uns aber ein Ziel vor Augen halten; sonst kommen wir nicht weiter. Am einfachsten ist es natürlich, wenn wir uns zurücklehnen und sagen: Alles wie gehabt; lassen wir es bleiben! Es sind doch Arbeitsplätze da. Es sind Strukturen vorhanden. Man ist geneigt zu sagen, daß nichts verändert werden sollte. Wir lehnen uns zurück und lassen die anderen herumwursteln.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch noch einmal daran erinnern: Wir werden immer wieder gefragt, warum wir nicht zusammenarbeiten können. Menschen, die sich diese Debatten anhören, fragen: Was soll das alles? Die Probleme in unserer Gesellschaft sind so groß, daß man sie nicht allein lösen kann. Diese Worte muß ich einmal loswerden. Ich weiß, daß es sich moralisch anhört, aber ich muß es sagen, daß die ganze Debatte darin besteht, daß sich die eine Hälfte zurücklehnt, während sich die andere Hälfte - und das geht abwechselnd - aufregt. Das ist ganz einfach nicht auszuhalten!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt noch etwas zum Thema. Wenigstens von mir wurde gesagt: Es muß ein **Konzept** erstellt werden. Das Konzept muß den Menschen erklärt werden. Es muß vorhanden sein.

Von mir wurde auch gesagt: Natürlich kann man das nur langfristig machen. 25 Jahre sind erforderlich. Man kann das nicht von heute auf morgen machen. Sonst würde es wirklich zu einem Chaos führen. Zeit muß man sich also gönnen.

Aber man muß anfangen. Wenn man nicht anfängt, was bleibt dann? Dann bleiben die Castor-Transporte wie gehabt. Die kriegen wir sowieso. Aber dann bleiben die wirklich wie gehabt. Dann bleiben auch die Sorgen einiger Menschen. Ich weiß, daß man dann sagt: Das hat aber nichts mit Kernenergie zu tun.

Es gibt zum Beispiel Menschen in diesem Land, die sagen: Leukämiefälle haben sehr wohl etwas mit Kernenergie zu tun. Das bleibt auch.

Was bleibt noch, wenn wir nichts verändern? Es bleibt eine **Energiegesetzgebung**, die wirklich nicht zukunftsweisend ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist natürlich mit Schwierigkeiten verbunden, weil es die Atomlobby gibt. Jawohl, die gibt es!

Ich möchte auch noch einmal - ganz moralisch - daran erinnern, daß der Anfang unseres Jahrhunderts mit der Titanic beginnt. So sagen es wenigstens einige Menschen. Die Titanic wurde für unsinkbar gehalten. Dies war ein Übermut. Die alten Griechen hätten gesagt: Das ist Hybris. Wenn wir meinen, wir hätten alles im Griff, dann ist das Übermut. Das gilt auch dann, wenn wir die Kernenergie zwar auf Dauer nicht wollen, aber das alles den kommenden Generationen überlassen.

Wir müssen politisch handeln und gestalten. Ich halte überhaupt nichts von dem Graffiti-Spruch - ich ersetze frei aus dem Dänischen -: Sage ja zur Kernenergie, dann ist dir eine strahlende Zukunft sicher! - Davon halte ich nichts.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Stritzl das Wort.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Spoorendonk, Sie haben gesagt, Ihnen komme es so vor, als ob der Weg das Ziel sei. In der Tat, auch mir kommt es so vor, daß der Weg das Ziel ist.

Ich will klarstellen, daß die friedliche **Kernkraftnutzung** aus Kernspaltung weder auf Ewigkeit angelegt ist noch aus der Sicht der CDU sein soll. Ich sage dies, damit darüber völlige Klarheit besteht.

Für uns ist der zweite Grundsatz unbestritten - wie auch für Sie -, daß **Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit** gehen muß. Ich glaube, daß alle, die in der Atomgesetzgebung tätig sind und mit dem Vollzug der Atomgesetze zu tun haben, sich diesem Anspruch verpflichtet gefühlt haben und verpflichtet fühlen, unabhängig davon, auf welcher Verantwortungsebene - in Land oder Bund - sie tätig sind. Ich glaube, daß wir auch hierüber Einigkeit finden sollten und haben.

Nun geht es nur um die Frage: Gibt es zur Zeit überhaupt eine Möglichkeit, von einer Kernenergienutzungsform zu einer entsprechenden modernen An-

(Thomas Stritzl)

schlußnutzung berechenbar umzusteigen, die wirtschaftlich tragbar und sicherheitspolitisch verantwortbar ist und uns ein Stück weit in die Zukunft bringt? Da habe ich die Frage: Was ist die Zukunft der Energiepolitik, die Sie wollen? Sie beantworten diese Frage bisher nicht.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Habe ich nicht von Kraft-Wärme-Kopplung geredet, von Energieeinsparen, von dem enormen Potential an Biomasse?)

- Herr Kollege Matthiessen, Sie bringen natürlich immer Fragmente, Stichworte. Sie können doch nicht erwarten, daß Sie eine moderne Industriegesellschaft auf diese Fragmente energiepolitisch abstützen können.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Gehen Sie doch mal rüber zu HDW, und erzählen Sie den Leuten, daß Sie mit Ihrer Energiepolitik ein abgesichertes **Energiekonzept** zur Sicherung der **Arbeitsplätze** auf der Werft haben!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, sicher!)

Wenn Sie eine Industrienation haben, die auf energieintensive Industriearbeitsplätze angewiesen ist, müssen Sie auf Dauer Strom zu berechenbaren Preisen anbieten können.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden - das haben wir gar nicht anders behauptet - den Atomstrom nicht nur in Schleswig-Holstein verwenden. Wir machen das doch zu zwei Dritteln für Hamburg, wenn ich das richtig sehe, im wesentlichen mit für Hamburg. Ist das nicht ein Stück norddeutsche Solidarität? Was haben wir für ein Lösungsangebot für die Hamburger, wenn wir von heute auf morgen aussteigen? Das sind Fragen, die Sie nicht beantworten, die im Rahmen einer gedeihlichen Zusammenarbeit im norddeutschen Raum aber notwendigerweise vorher beantwortet werden müssen.

Ich frage mich, ob Sie klug beraten sind - auch deswegen habe ich gesagt, daß der Weg das Ziel ist -, mit den **Ängsten der Menschen** Politik zu machen.

(Konrad Nabel [SPD]: Das machen Sie doch die ganze Zeit!)

- Das lehne ich ab, Herr Kollege Nabel! Es wird der falsche Eindruck erweckt, daß es ein Sicherheitsgewinn für die Menschen sei, wenn man deutsche Kernkraftwerke abschaltet. Tatsache ist, daß Sie die

sichersten Kernkraftwerke auf der ganzen Welt vom Netz nehmen würden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Tatsache ist, daß damit Sicherheitstechnologie für Exportzwecke weniger sicher wird. Tatsache ist, daß Deutschland Atomstrom aus anderen Ländern einkauft - aus unsicheren Atomkraftwerken, wie wir wissen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist für uns nicht die verantwortbare Alternative.

(Glocke des Präsidenten)

Also ja zu einer verantwortbaren Anschlußnutzung, wenn ein berechenbares Konzept vorliegt, das in dieser Gesellschaft konsensfähig umgesetzt werden kann, aber keine Politikspielchen, um andere Probleme zu überdecken.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen! - Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Was Ihnen Herr Sager da aufgeschrieben hat, Herr Stritzl, das stimmt ja alles nicht! - Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte mich zu Wort gemeldet, als Herr Kayenburg gesprochen hat. Zu Herrn Stritzl habe ich nur einen Satz. Sie haben Ihre Argumentation gegen die **Kernenergie** damit angefangen, daß, wenn die Kernenergie beendet werde, die Lichter aus gingen. Das ist 15 Jahre her, und Sie haben heute nichts anderes gesagt, Herr Stritzl! Traurig, traurig, kann ich nur sagen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Herr Kayenburg, Sie haben gesagt, wir hätten keine **Alternativen** entwickelt. Das bringt mich richtig auf die Palme. Trotz der Behauptung, die Kernenergie sei für Sie eine Übergangstechnologie, haben Sie in den letzten 16 Jahren nicht zugelassen, daß der Übergang hin zu irgend etwas organisiert wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie haben zugelassen, daß in der Bundesrepublik Milliardensubventionen in die Kernenergie geflossen

(Konrad Nabel)

sind, daß die Rückstellungen steuerlich nicht so berücksichtigt werden wie in anderen Produktionszweigen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Damit ist die Förderung alternativer Energien in der Bundesrepublik weit hinter den Möglichkeiten zurückgeblieben, die zum Beispiel in Schweden, den Vereinigten Staaten oder anderen Ländern dieser Welt entwickelt worden sind. Sie haben die bundesrepublikanische Energieforschungslandschaft zu einem Entwicklungsland zurückentwickelt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein, Sie werden das tun, wenn Sie abschalten!)

Sie setzen sich nicht damit auseinander, welche gewaltigen Potentiale im **Einsparen** und in der **effizienteren Nutzung von Energie** stecken. Fast 60 % der heute insgesamt verbrauchten Primärenergie lassen sich durch Einsparen und effizientere Nutzung ersetzen, zum Beispiel und vor allem im Verkehr. Die Auseinandersetzung, die Sie hier heute geführt haben, hat Ihnen möglicherweise etwas die Sicht vernebelt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vernabelt!)

Denn das Argument eines erhöhten CO₂-Ausstoßes ist schon so oft widerlegt worden, lieber Herr Kayenburg oder lieber - das sage ich lieber nicht -, liebe andere Kolleginnen und Kollegen. Herrn Zynitzki mag ich heute nicht mehr ansprechen. Diese CO₂-Lüge - kann ich nur sagen - ist dadurch entstanden, daß der Vergleich zwischen zentralen Großkraftwerken, Dinosauriertechnologien, und dezentralen Blockheizkraftwerken

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir hören das zum ersten Mal, daß Sie in Brunsbüttel ein Blockheizkraftwerk bauen wollen! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

mit einer viel höheren Ausnutzung der Energie gezogen wurde. Von Wirkungsgraden haben Sie möglicherweise nicht viel gehört; Ihre Rede hatte jedenfalls keinen sehr hohen Wirkungsgrad.

Wenn Sie behaupten, **Alternativen** würden nicht gefördert, sind Sie auf dem völlig falschen Dampfer. Sie müssen sich einmal die großen Konzerne in der Bundesrepublik angucken, die weltweit organisiert sind. Zur Stunde wird einer der größten Mineralölkonzerne sein **Photovoltaikkonzept** vorstellen, mit Milliardeninvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland, die dazu führen, daß erstens Arbeitsplätze geschaffen werden,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

daß zweitens Arbeitsplätze im Mittelstand, nämlich im Handwerk, gestärkt und gefördert werden und daß drittens Qualifizierung in diesem Bereich geschaffen wird.

Ein letztes Wort zum **Substitutionskonzept**! Meine Kollegin Müllerwiebus hat es vorgetragen, ich kann das nur wiederholen, auch wenn Sie sich jetzt wieder von dem Herrn auf der rechten Seite ablenken lassen. Das Substitutionskonzept steht auf drei Säulen: Wir sparen Energie, wir nutzen Energie effizienter aus, und wir sorgen für einen Energiemix aus CO₂-geringer fossiler Energie, Photovoltaik und anderen regenerativen Energien.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man darf nicht durchgehen lassen, daß hier Argumente genannt werden, die nichts, aber auch gar nichts an Stichhaltigkeit in sich tragen.

Wenn hier behauptet wird, **Kernenergie** werde deswegen nicht ersetzt werden, weil sie so günstig sei, kann ich nur darauf hinweisen, daß es auf der ganzen Welt kein Land gibt, wo der Energiesektor privatwirtschaftlich organisiert ist, wo ein Atomkraftwerk gebaut worden ist, seit 1978, seit Harrisburg. In den USA sind alle **privatwirtschaftlichen Konzerne** ausgestiegen. Fragen Sie sich einmal, warum! Weil das alles so günstig ist? - Nein, weil es nicht kalkulierbar und bezahlbar ist.

Ein Land wie Dänemark, das keine Kernenergie hat, hat Entstehungspreise im Stromsektor, die fast bei der Hälfte der Preise in der Bundesrepublik liegen, wenn man den Verteilungssektor dazunimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Das liegt vor allem daran, daß die **Energiewirtschaft in Dänemark** viel dezentraler organisiert ist und deswegen die Energietransportkosten viel geringer sind.

Zum zweiten Argument, **CO₂**! Das Kernproblem bei der CO₂-Diskussion ist doch, daß jede Energieerzeu-

(Karl-Martin Hentschel)

gung, jede Stromerzeugung außerhalb von Kraft-Wärme-Kopplung überflüssig ist, weil wir in der Gesellschaft soviel Wärme produzieren, daß der Strom zu 100 % eher als Abfall anfallen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordnete Sabine Schröder [SPD])

Wenn ich überall Kraft-Wärme-Kopplung mache, gibt es überhaupt keinen Grund, zusätzlich an irgendeinem Punkt Strom zu erzeugen. Das ist auch das Geheimnis Dänemarks. Die Dänen haben 60 % Kraft-Wärme-Kopplung.

Wenn wir zusätzlich zur Kraft-Wärme-Kopplung anfangen, Kraftwerke wie Atomkraftwerke zu betreiben, ist das eine zusätzliche, überflüssige Energieerzeugung, die jederzeit verzichtbar ist. Deswegen trägt es nicht zur CO₂-Thematik bei, wenn wir diese Kraftwerke abschalten.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der dritte Punkt! Herr Klugmensch - „Zynitzki“ wurde eben gesagt -, Sie stellen fest, daß es beim Ausstieg **juristische Probleme** gibt. Das finde ich eine interessante Feststellung. Diese Gesellschaft muß doch das Recht haben, die Art der Energieversorgung und den Umgang mit Risiken demokratisch zu entscheiden.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß
[CDU])

Wenn sie feststellt, daß Folgeprobleme bei der Entsorgung auftreten, für die bis heute, 30 Jahre nach Beginn dieser Technologie, noch keine Möglichkeit gefunden wurde, wie sie gelöst werden können, und man dann im demokratischen Prozeß zu der Entscheidung kommt, diesen Weg zu beenden, kann es doch nicht lustig sein festzustellen, daß ein Ausstieg schwierig ist, sondern dann muß man sagen: Von den Leuten, die eine Rechtskonstruktion geschaffen haben, die diese Gesellschaft zwangsweise an eine Produktion bindet, die nicht verantwortbar ist und die die Gesellschaft nicht will, ist es ein Verbrechen, überhaupt so eine Politik betrieben zu haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das gilt dann
auch für den Ehrenbürger Schleswig-Hol-
steins, Altbundeskanzler Helmut Schmidt!)

Die Leute, die diese Energie betrieben haben, haben diese Gesellschaft zur Geisel genommen. Es ist dringend notwendig, daß diese Situation durchbrochen wird und sich diese Gesellschaft auf einen Konsens einigt, um diesen Irrweg zu beenden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich
finde das richtig stark, was für einen Koaliti-
onspartner die Sozialdemokraten haben, Herr
Hentschel!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hentschel, Sie wollen doch die Gesellschaft als Geisel nehmen, indem Sie sagen, daß Sie in diesem Bundestag Gesetze machen wollen, die von einer künftigen Bundesregierung unabschaffbar sind. Glauben Sie wirklich, daß Ihre Gesetze unfehlbar sind und nie mehr geändert werden können? Selbstverständlich werden neue Mehrheiten die Gestaltung der Zukunft in die Hand nehmen und sie so gestalten, wie sie es für richtig halten, und nicht wie Sie, Herr Hentschel, es meinen machen zu müssen. Das ist unmöglich.

Was mich hier nach vorn gerufen hat, ist aber eine ganz andere Frage. Ich finde es ganz toll, wenn man die USA als Beispiel für die **Energiepolitik** nimmt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das finde ich
auch!)

Hervorragend! Das Land, in dem pro Einwohner wirklich am meisten Energie verbraucht wird, das nimmt man sich für Deutschland als Beispiel, als unsere Zukunftsvision. Herrlich!

Zwei Sachen sollte man noch hinzufügen. Erstens wissen Sie wohl auch, daß die Sonne in Kalifornien ein bißchen mehr scheint, als das bei uns der Fall ist. Jedes Nord- oder Ostseebad würde von diesen Sonnenscheindauern, wie man sie in Kalifornien vorfindet, träumen. Dort ist **Photovoltaik** eine sehr viel realere **Zukunftsvision**, als es das bei uns ist. Wir können in den nächsten fünf Jahren nicht auf Photovoltaik setzen.

Zweitens wissen Sie ganz genau, daß auf dem **Umweltgipfel in Rio** alle vorwärtsweisenden Beschlüsse von den USA blockiert worden sind.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Richtig!)

Sie blockieren alles. Sie blockieren die CO₂-Minderung, sie blockieren alles. Wissen Sie, unter dieser Voraussetzung kann man natürlich auch in Kohlekraftwerke investieren, das ist ganz logisch. Wenn man den Umweltgipfel in Rio nicht ernst nimmt, die

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Agenda 21 negiert, klar, dann heißt die Alternative Kohlekraftwerke.

Wir in Deutschland haben - auch mit Zustimmung der Bündnisgrünen und der SPD - gesagt, wir wollen eine **Reduzierung von CO₂**. Dann kann der Ersatz von Kernkraftwerken nicht durch Kohlekraftwerke erfolgen. Deshalb brauchen wir unsere - Herr Stritzl hat das zu Recht gesagt - sicheren Kernkraftwerke weiter für die Zukunft. Wir brauchen auch neue Kernkraftwerke für die Zukunft, für eine sichere Energieversorgung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich gehe davon aus, daß der Antrag der Fraktionen von F.D.P. und CDU, Drucksache 14/1946, zum Tagesordnungspunkt 21 mit dem Bericht des Ministers erledigt ist, so daß wir nur über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1971 - Tagesordnungspunkt 32 -, abzustimmen haben.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 24 auf:

Sicherung und Stärkung des Vorsorge- und Rehabilitationsstandortes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1950

Wird das Wort zur Begründung erwünscht? - Herr Abgeordneter Baasch, Sie haben das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag wollen wir **Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen** als unverzichtbaren Bestandteil unseres Gesundheitssystems hervorheben. Es steht fest, daß es zur nachdrücklichen Prävention und zur gezielten ernst genommenen Rehabilitation keine medizinische oder sozialpolitische Alternative gibt.

Die massiven Eingriffe durch das **Wachstumsförderungs- und Beschäftigungsförderungsgesetz** sowie das **Beitragsentlastungsgesetz** der alten Bundesregierung haben dazu geführt, daß erhebliche Einschnitte im Vorsorge- und Rehabilitationsbereich zu verzeichnen sind, und zwar bundesweit, zum Nachteil

der Patientinnen und Patienten und zum Nachteil von Arbeitsplätzen. Auch in Schleswig-Holstein haben Kurzarbeit und Arbeitsplatzverluste, verbunden mit Klinikschließungen und Bettenabbau, dazu geführt, dem traditionellen Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein zu schaden.

Um hier gegenzusteuern, fordern wir die schleswig-holsteinische Landesregierung auf, im Sinne der Versichertengemeinschaft und im Sinne der Anbieter und Arbeitnehmer qualitativ hochwertige Angebote im Bereich der Vorsorge und Rehabilitation in Schleswig-Holstein zu unterstützen und sich für eine sinnvolle Änderung des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes einzusetzen.

Weiter sollte die Landesregierung für die versicherungsfinanzierte Durchführung von Anschlußrehabilitation und Vorsorge eintreten und den schon lange begonnenen konstruktiven Dialog zwischen der Landesregierung und den Ärzten, Versicherungsträgern, dem Heilbäderverband, dem Hotel- und Gaststättenverband und den kommunalen Landesverbänden fortsetzen.

Schleswig-Holstein ist als Land zwischen den Meeren und den damit verbundenen klimatischen Vorteilen Gesundheitsstandort Nummer eins in der Bundesrepublik und deshalb als Standort für Vorsorge- und Rehaeinrichtungen ebenfalls die erste Adresse.

Die neue Bundesregierung hat im Bereich der Rehabilitationskuren bereits in einer ersten Änderung sach- und fachfremde Maßnahmen der alten Bundesregierung korrigiert.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Mit dem Gesetz zu **Korrekturen in der Sozialversicherung** und zur **Sicherung der Arbeitnehmerrechte** wurde beschlossen: Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation dürfen nicht mehr auf den Urlaub angerechnet werden. Wer allerdings erwarten würde, daß die neue Bundesregierung innerhalb von zwei Wochen im Vorsorge- und Rehabilitationsbereich das reparieren könnte, was die Kohl-Regierung mit ihren rabiaten Kürzungen in Schutt und Asche gelegt hat, der würde der Öffentlichkeit etwas vormachen.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Die neue Bundesregierung hat dagegen vor, das Thema verantwortungsbewußt anzugehen und in diesem Jahr im Rahmen einer großen Strukturreform in der Debatte die Qualität im Bereich der Vorsorge und Rehabilitation wieder zu stärken.

(Wolfgang Baasch)

Wir wollen die schleswig-holsteinische **Landesregierung** auffordern, in diesem Prozeß auch **Korrekturen**, die zu Belastungen von Patienten und Patientinnen geführt haben, einzubringen. Dazu gehört für uns eine Änderung in der Zuzahlungspflicht. Dazu gehört für uns, Kürzungen im Bereich von Rehabilitations- und Kurmaßnahmen zurückzunehmen. Dazu gehört für uns aber auch, daß Anschlußrehabilitation und Vorsorgemaßnahmen - wie etwa Mutter-und-Kind-Kuren - als notwendige Bestandteile im Vorsorgeplan enthalten bleiben und gefördert werden. Wir fordern die Landesregierung auf, den Aktionsplan für den **Vorsorge- und Rehabilitationsstandort in Schleswig-Holstein** weiter zu verfolgen

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

und gemeinsam mit allen Akteuren dafür zu sorgen, daß Schleswig-Holstein auch zukünftig notwendige und qualitativ hochwertige medizinische Angebote zur Verfügung stehen, die von den Kostenträgern im notwendigen Umfang finanziert werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geerds.

Torsten Geerds [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD hat uns heute einen mutigen Antrag zum **Vorsorge- und Reha-Standort Schleswig-Holstein** vorgelegt -

(Beifall bei der SPD)

mutig, wenn man sich überlegt, was diese Partei bisher in ihrer Regierungsverantwortung in **Bonn zur Senkung der Lohnnebenkosten** insgesamt beitragen konnte.

Bei der Rentenreform wurde eine Vollbremsung hingelegt, ohne daß jemand weiß, in welche Richtung die neue Regierung überhaupt reformiert. Zunächst gab es den Plan einer Rente mit 60. In der vergangenen Woche stellte der Arbeitsminister die nettobezogene Rente in Frage.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was in dieser Woche gilt, das weiß sicherlich auch der Kollege Böttcher nicht. Die volle Lohnfortzahlung - um ein weiteres Beispiel zu nennen - wurde von der neuen Bundesregierung wiederhergestellt, obwohl dieses Problem zu 80 % tarifvertraglich geregelt war.

Auch hier kein einziger Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten.

Ihre Neuregelung der 630-DM-Jobs - wenn sie dann am Ende wirklich in Kraft treten sollte - wird an ihrer Verfassungswidrigkeit scheitern. Also auch hier keine Mehreinnahmen zur Stabilisierung der Sozialversicherung. Das sind nur einige Beispiele, um klarzumachen, wie unglaublich Ihre Sozialpolitik zur Zeit ist.

(Beifall bei der CDU)

Der heute vorgelegte **Antrag** ist sozialpolitisch verlockend, sagt aber in keiner einzigen Silbe etwas über die Kompensation zugunsten einer Entlastung der Sozialversicherung aus, denn nur so ist das große Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit überhaupt zu erreichen. Niemand hier im Haus wird in Abrede stellen, daß durch das Sparpaket aus dem Jahre 1996 Reha-Maßnahmen erhebliche Probleme bekommen haben, daß Arbeitsplätze abgebaut worden sind und daß es zu Kurzarbeit gekommen ist.

Aber Ihr Antrag greift zu kurz. In Ihrem Antrag sprechen Sie sich zum Beispiel für eine Änderung der auf 25 DM erhöhten **Zuzahlungspflicht** aus. Darüber kann man aus meiner Sicht nur dann ernsthaft diskutieren, wenn auch die vom Gesetzgeber geschaffenen Härtefallregelungen in die Gesamtdiskussion eingeführt werden. In Ihrem Antrag tun Sie so, als seien generell alle **Reha- und Kurmaßnahmen** von vier auf drei Wochen gekürzt worden. Auch hier gibt es für Härtefälle Ausnahmeregelungen. Auch darüber müssen wir insgesamt diskutieren.

Ähnliches gilt für die **Wartezeiten**. Ja, die Wartezeiten sind von drei auf vier Jahre erhöht worden. Aber auch hier sollten wir uns in der Gesamtdiskussion im Ausschuß über die Ausnahmeregelungen Gedanken machen. Wir sind uns einig, daß Anschlußheilbehandlungen und Anschlußrehabilitations- und Vorsorgemaßnahmen Bestandteil des Gesundheitwesens bleiben müssen. Dies gilt auch für Mutter-und-Kind-Kuren.

Der wichtigste Punkt in Ihrem Antrag, den die CDU-Fraktion auch mittragen wird, ist Punkt 3, in dem Sie an die besondere Verantwortung der **Landesgesundheitsministerin** appellieren. Sie ist zunächst einmal in der Pflicht, den Vorsorge- und Reha-Standort Schleswig-Holstein attraktiver zu machen. Jetzt gibt es nämlich keine Möglichkeit des Wegschiebens in Richtung Bonn mehr. Dort sitzen ihre eigenen Genossen. Denen steht schon nach vier Monaten das Wasser bis zum Hals.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

(Torsten Geerds)

Mir geht es - -

(Ursula Kähler [SPD]: Schlecht!)

- Gesundheitlich ja. Politisch bin ich noch topfit. Das unterscheidet uns beide.

Mir ist es zu wenig, daß wir alle paar Monate einmal von einem Aktionsplan für den Vorsorge- und Reha-Standort Schleswig-Holstein hören. Ich würde mich über einen Bericht darüber freuen, was denn bei den Gesprächen der Gesundheitsministerin mit den Ärzten, dem Hotel- und Gaststättenverband, den Versicherungsträgern und den kommunalen Landesverbänden herausgekommen ist. Ich hoffe, daß die Ergebnisse aus dem Sozialministerium zu diesen Fragen nicht so bescheiden sind wie zum Beispiel die Ergebnisse zu den Themen Kita-Reform, Drogenpolitik oder Arbeitsmarktpolitik.

Die einzelnen Aufgabenbereiche im Sozialministerium - das will ich abschließend sagen - wanken zur Zeit zwischen Ankündigungspolitik nach akut auftretenden öffentlich diskutierten Problemen und Rückzugsgefechten, nachdem man die Gefolgschaft der gesellschaftlich relevanten Gruppen, wie zum Beispiel beim Thema Kita, verloren hat. Das Ministerium ist zu einer Verwaltungseinheit ohne sozialpolitische Ausstrahlung geworden. Darüber kann auch der vom Kollegen Baasch formulierte Antrag nicht hinwegtäuschen. Er beleuchtet leider nur eine Seite der Problematik. Wir müssen das Thema vertiefen. So ist er aber nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Herr Geerds hat die Gelegenheit genutzt, hier zu einer allgemeinen Generalabrechnung anzutreten. Es verlief frei nach dem Motto - ich kenne das noch aus der Schulzeit -: Wenn man über den Elefanten nichts wußte, dann hat man dem Biologielehrer etwas über den Maikäfer erzählt.

(Heiterkeit - Thomas Stritzl [CDU]: Hat es geklappt?)

Ich finde es manchmal geradezu lustig: Einmal wurden wir hier aufgefordert, uns gegen die rot-grüne **Bundesregierung** für die **Interessen des Landes** einzusetzen. Mit dem Antrag, den die SPD hier gestellt hat, tut sie es. Sie setzt sich für die Interessen des Landes Schleswig-Holsteins ein, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Reha- und Kureinrichtungen. Jetzt kommen Sie an: „Nein, das reicht

alles nicht aus. Das ist nicht genug durchdacht.“ Wir werden uns darüber sicherlich noch einmal unterhalten, wenn wir über Ihren Antrag sprechen, der von ähnlicher Qualität ist. Dann wird das Argument andersherum sein, sozusagen: Wir folgen nicht Ihrem Ansinnen, die rot-grüne Bundesregierung erneut aufzufordern, dieses oder jenes zu tun.

Ich will jetzt auf die ganzen Zahlen nicht eingehen. Ich glaube, es ist jedem deutlich geworden - das hatte Herr Geerds gar nicht abgestritten -, daß das **Beschäftigungsförderungsgesetz** und das **Beitragsentlastungsgesetz** wesentlich zum Arbeitsplatzabbau beigetragen haben. Auf der anderen Seite haben sie für Menschen, die eine Kur oder Rehabilitation benötigen, zu Nachteilen geführt. Verbesserungen sind durchaus notwendig.

Ich gebe es zu: Ich bin auch skeptisch, ob alle Maßnahmen der alten Bundesregierung, die zu dieser schlechten Situation geführt haben, vollständig zurückgenommen werden können. Ihnen ist ja der Kampf um die Verteilung der Mittel im Gesundheitsbereich bekannt. Deswegen ist es eine Illusion zu sagen: „Alles wird es vielleicht in gleichem Maße geben.“ Aber es ist es wert, daß sich dieses Land - einfach aus regionalpolitischen Gründen - dafür einsetzt.

Es ist schwer, aber Sie sollten sich zu der Verantwortung bekennen, die die alte Bundesregierung für den Zustand hat, den wir haben, und für die Entwicklung, die es im Kurbereich und gerade auch bei den Mutter-und-Kind-Kuren gegeben hat. Denn die alte Bundesregierung hat **Kur** und **Rehabilitation** eben nicht als integralen Bestandteil unseres Gesundheitssystems aufgefaßt, sondern hat dies als Luxus deklariert. Die neue Bundesregierung will und muß diese Fehleinrichtungen korrigieren. Wir aus Schleswig-Holstein sollten aktiv unseren Teil dazu beitragen. Deshalb unterstützen wir den Antrag der SPD-Fraktion.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Lektüre dieses Antrages hat mich doch daran zweifeln lassen, ob es irgend etwas mit Kenntnis von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen zu tun hat, Herr Baasch, was Sie fordern. Aus der isolierten Sicht eines sozialdemokratischen Sozialpolitikers mag das

(Christel Aschmoneit-Lücke)

gerade noch nachvollziehbar sein. Aber selbst in diesem Fall, Herr Baasch, wäre es ehrlicher gewesen, wenn Sie auch gleich einen **Finanzierungsvorschlag** für den Wunschkatalog unterbreitet hätten.

Ich will heute von Ihnen auf Mark und Pfennig genau wissen, in welcher Höhe Steuerausfälle zu beklagen sind, wie Sie behaupten. Ich will von Ihnen konkret wissen, wie hoch der Kranken- und Rentenversicherungsbeitrag heute wäre, hätte die christlich-liberale Bundesregierung nicht die Notbremse gezogen, und wie viele Arbeitsplätze durch diesen Anstieg bundesweit verlorengegangen wären.

Sich hier hinzustellen und Arbeitsplatzverluste zu beklagen, ist angesichts der **Arbeitsmarktentwicklung** im Bund der Gipfel der Unverfrorenheit. Seit Amtsantritt der Regierung Schröder - das ist gerade einmal vier Monate her - stieg die Arbeitslosenzahl bundesweit um über 300.000 Männer und Frauen.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In vier Monaten ändert man nicht die frühere Politik!)

- Die Arbeitslosenzahl, Herr Kollege Böttcher, ist um 300.000 gestiegen. Dazu sagen Sie einfach: „In vier Monaten ändert man nichts.“

Dieser Anstieg ist eben nicht - das sagen Ihnen alle Experten - ausschließlich saisonalbedingt. Dieser dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit ist Folge einer Politik, die mit ihrem täglichen Hin und Her jeden in- und ausländischen Investor so verunsichert, daß überhaupt nichts mehr passiert. Attentismus nennt man das!

Vor dem Hintergrund der derzeit laufenden **Beratungen** über eine sogenannte **Gesundheitsreform** frage ich die Regierungsfractionen: Warum wurde in Bonn zwar laut darüber nachgedacht, die freie Arztwahl zu beschränken, nicht jedoch darüber, die von Ihnen kritisierten Regelungen des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes beziehungsweise des Beitragsentlastungsgesetzes wieder abzuschaffen? Warum denken Sie nicht darüber nach, wie der Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein gesichert werden kann, ohne den Produktionsfaktor Arbeit erneut massiv belasten zu wollen?

Es ist völlig unbestritten, daß den Bereichen Vorsorge und Rehabilitation seit Jahren der Wind sehr rauh ins Gesicht bläst. Natürlich haben die Gesetzesänderungen in Bonn erheblich dazu beigetragen. Kein Mensch würde auf die Idee kommen, das zu bestreiten. Daß von dieser Entwicklung Schleswig-Holstein aufgrund seines breiten Angebotes besonders betroffen ist, wird auch von niemandem bezweifelt. Es ist noch nicht lange her, da wurde die Bonner Gesundheitspolitik als

Infektionskrankheit bezeichnet, die den Reha-Standort Schleswig-Holstein dahinrafft. Der damalige Landwirtschaftsminister und Tourismusminister Wiesen meinte damit natürlich die Politik der damaligen CDU/F.D.P.-Regierung.

(Lothar Hay [SPD]: Recht hat er gehabt!)

- Herr Kollege Hay, ich habe das, wie sie gehört haben, überhaupt nicht bestritten.

Doch ganz offensichtlich ist den rot-grünen Koalitionen vom Rhein bislang auch kein Wundermittel gegen diese angebliche Krankheit eingefallen.

Aus diesem Grund schlage ich vor, Herr Kollege Baasch, es zuallererst einmal mit Ehrlichkeit in der **Analyse des Status quo** zu versuchen. Hierzu gehört, daß in den vergangenen Jahrzehnten Überkapazitäten an Kur- und Reha-Betten aufgebaut worden sind, daß sich die Eigenbeteiligung an einem dreiwöchigen Kuraufenthalt auf 525 DM beläuft, das sind - aufs Jahr umgerechnet - ganze 131,25 DM, und daß genau sechs Urlaubstage für diese drei Wochen angerechnet werden müssen, was 1,5 Urlaubstagen pro Jahr entspricht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, ich frage Sie: Wollen Sie hier ernsthaft weiterhin von unzumutbaren Härten sprechen? Wollen Sie vor diesem Hintergrund weiterhin die Zerschlagung des bewährten Vorsorge- und Rehabilitationssystems suggerieren? In diesem Fall empfehle ich Ihnen einmal den ja immer sehr gern zitierten Blick über den Tellerrand. Dabei haben Sie völlig freie Auswahl, in welche Richtung: nach Norden, Süden, Westen oder Osten. Sie haben völlig freie Auswahl, denn in keinem anderen Land der Welt gibt es ein vergleichbares System.

Wenn wir uns um den Reha-Standort Schleswig-Holstein wirklich kümmern wollen, dann soll genau das passieren, was Sie zu Recht in Punkt 3 Ihres Antrags fordern. Ich bin allerdings nicht der Auffassung, daß man das Frau Ministerin Moser und ihrem Ministerium in die Schuhe schieben sollte, sondern daß da natürlich auch der Tourismusminister gefordert ist, und zwar in erster Linie, und daß im übrigen auch die Anbieter hier in Schleswig-Holstein gefordert sind.

Die Damp-AG hat das vorgemacht. Sie haben sicherlich gestern alle in der Presse gelesen, wie man sich dort auf die neue Situation eingestellt hat. Ich bin immer noch der Auffassung: Wenn sich die entsprechenden Firmen, die Anbieter, darum kümmern, sich auf eine solche Situation einstellen und etwas Neues anbieten, ist es für die Entwicklung hier im Land

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Schleswig-Holstein insgesamt und langfristig wesentlich besser, als wenn wir neue Gesetze machen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialausschuß führte Ende August letzten Jahres im Rahmen seines Selbstbefassungsrechts eine Anhörung zum Thema **Reha-Standort Schleswig-Holstein** durch. Der vorliegende Antrag ist ein Ergebnis dieser Anhörung. Wir hatten - Ende 1996 war es, glaube ich - eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema. Von daher finde ich es richtig, daß uns dieser Antrag heute vorliegt.

Ich könnte, wenn ich kleinkariert vorgehen würde, vielleicht auch einiges an dem Antrag kritisieren. Die Vorbemerkung finde ich - da muß ich der Kollegin Aschmoneit-Lücke recht geben - etwas bombastisch formuliert. Die hätte man sich vielleicht sparen können, weil der Antrag an sich auch allein stehen kann.

Ich komme jetzt zum Inhalt. Tatsache ist, daß die Situation im **Reha-Bereich** schwierig ist. Die Tatsachen sind hinlänglich bekannt. Die **Rahmenbedingungen** haben sich durch die Bundesgesetzgebung der letzten Jahre wesentlich geändert und sind schwieriger geworden. Hinzu kommt natürlich auch, daß Schleswig-Holstein mit überproportional vielen Reha-Kliniken versorgt ist.

Wir wissen - das haben wir nämlich aus der Anhörung gelernt -, daß man in Schleswig-Holstein auf die Belegung aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland angewiesen ist. Das heißt aber auch, daß die Probleme, die wir in diesem Bereich haben, nur längerfristig zu lösen sind, wenn auch neu gedacht wird. Wir können versuchen zu kitten, aber das allein reicht nicht.

Meiner Meinung nach versucht der vorliegende Antrag - darum sehe ich ihn überwiegend positiv -, beide Wege zu gehen. Das wollen wir auch inhaltlich unterstützen.

Nicht zuletzt begrüße ich ausdrücklich, daß die Zusammenarbeit mit den Verbänden, die durch das **Gesundheitsministerium** mit diesem **Aktionsplan** initiiert worden ist, jetzt auch wirklich fortgeführt werden soll. Das ist der richtige Weg. Der richtige Weg ist ebenfalls, daß man mit dem Tourismusverband, mit dem Gaststättenverband, überhaupt mit diesen anderen

Verbänden ins Gespräch kommt oder weiterhin im Gespräch bleibt.

Richtig ist auch Punkt 2 des Antrages, nämlich die Feststellung, daß Anschlußheilbehandlungen und **Anschlußrehabilitations- und Vorsorgemaßnahmen** weiterhin wesentliche Bestandteile im Gesundheitswesen sind und auch gefördert werden müssen. Die Frage ist natürlich auch hier, wie das unter den neuen Rahmenbedingungen umgesetzt werden soll.

Was im Antrag nicht wörtlich gesagt wird, ist eine Forderung, die mich wenigstens in der Anhörung beeindruckt hat und die ja auch von den Akteuren im Reha-Bereich deutlich gemacht wurde: nämlich die Forderung nach mehr **Qualität** im Reha-Bereich. Diese Qualitätsdebatte - so hoffe ich - wird auch weiterhin geführt werden und wird von uns auch weiter begleitet werden. Denn es ist natürlich so, daß es in diesem Entwicklungsbereich auch schwarze Schafe gegeben hat und daß Reha nicht unbedingt gleich Reha ist. Eine Qualitätsdebatte muß also geführt werden. Qualitätsstandards müssen deutlich gemacht werden.

Zuletzt möchte ich darauf hinweisen -, weil ich das wirklich als sehr konstruktiv und positiv empfunden habe -, daß es natürlich schon Beispiele für Reha-Unternehmen will ich nicht sagen, nein - Reha-Kliniken gibt, die versuchen, sich eigenständig weiterzuentwickeln.

Ich möchte daran erinnern, daß die Reha-Klinik in Bad Bramstedt wirklich hervorragende Arbeit geleistet hat, indem sie eigenständig und aus eigener Kraft heraus Kontakte zu dänischen Kommunen aufgenommen hat, daß sie eine hervorragende Zusammenarbeit gerade im Reha-Bereich für Rheuma-Patienten erzielt hat.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Maßnahmen sind eigentlich auch für andere Kliniken beispielhaft. Dienstleistung - ich weiß das aus Gesprächen - wird dort wirklich groß geschrieben. Man stelle sich vor, man hat Personal eingestellt, das zweisprachig ist. Man stelle sich vor, man hat dänische Zeitungen. Ich weiß, daß sich die Patienten dort wirklich zu Hause fühlen. So etwas muß jetzt auch für andere Bereiche mit angesprochen werden. Es ist ein sehr positives und sehr schönes Beispiel.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD],
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich gemeinsam mit den Akteuren im Bereich der **Rehabilitation und Vorsorge** sehr rechtzeitig - nämlich im August 1996 - wiederholt und nachhaltig gegen die Leistungseinschnitte der früheren Bundesregierung eingesetzt.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Diese Leistungseinschnitte kamen einer Vollbremsung gleich, und eine solche Vollbremsung ist auch bei vorhandenen Überkapazitäten nicht empfehlenswert. Deshalb hat es ja auch sehr bald nach dieser Vollbremsung auf Druck CDU-regierter Länder wie Bayern schon Korrekturen und eine Ausgabenerhöhung im Bereich der Rentenversicherung gegeben.

Unsere Warnungen haben sich aber leider als ebenso erfolglos wie richtig erwiesen. Der Hinweis auf die erheblichen **Einbrüche in der Reha-Struktur** war berechtigt. Ich will das mit ein paar Zahlen belegen: In den westlichen Bundesländern sind die Bewilligungen zur medizinischen Rehabilitation bei den Rentenversicherungsträgern - also nur bei den Rentenversicherungsträgern - 1996 um fast 20 % gesunken und 1997 noch einmal um fast 28 %, das heißt in absoluten Zahlen: von einer Million auf rund 510.000 Maßnahmen.

Schleswig-Holstein ist als Standort sehr zahlreicher Kliniken davon natürlich besonders betroffen gewesen, und auch die Kranken- und Rentenversicherungsträger in Schleswig-Holstein haben aufgrund ihrer finanziellen Situation ganz erhebliche Einsparmaßnahmen vornehmen müssen.

Es gibt auch jetzt - das sollten Sie bedenken, Herr Geerds, wenn Sie hier so vom Leder ziehen - den Versuch CDU-regierter oder CSU-regierter Länder zu sagen: Liebe ehemalige Bundesregierung, das war wohl nichts! Wir bitten jetzt die neuen Mehrheiten im Bundestag, dafür zu sorgen, daß Korrekturen vorgenommen werden.

Inzwischen hat sich nun allerdings die Situation auf dem Reha-Sektor ein bißchen stabilisiert. Die Zahlen der Anträge und der Bewilligungen gehen wieder leicht nach oben.

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene heißt es:

„Gesundheitsförderung, Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation sollen einen hohen Rang einnehmen.“

Damit verbinde ich die Erwartung auf eine dauerhafte und strukturelle Reform dieses Gesundheitssektors. Dabei wird es nicht genügen - das will ich hier ganz offen sagen, meine Damen und Herren -, frühere Bedingungen einfach wiederherzustellen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

In diesem Zusammenhang möchte ich in Erinnerung rufen, daß gerade die Probleme der schleswig-holsteinischen Heilbäder nicht erst mit den letzten Sparpaketen begonnen haben. Wir haben in unserem **Aktionsplan** „Vorsorge- und Rehabilitationsstandort Schleswig-Holstein“ im Sommer 1997 nicht nur Schadensbegrenzung versucht. Vielleicht sollte ich in Klammern - auch an die Adresse des Kollegen Geerds gerichtet - hinzufügen: Wir haben in diesem Bereich nur eine Moderationsfunktion; wir haben keinerlei Planungs- und Steuerungsfunktion. Das sollten Sie wissen. Wir haben also nicht nur Schadensbegrenzung versucht, sondern wir haben auch strukturelle Ansätze in diesem Aktionsplan untergebracht und handeln auch danach. Es geht uns um die medizinische Weiterentwicklung der rehabilitativen Versorgung; es geht uns um die Einbettung dieses Versorgungsteils in die gesamte Behandlungskette, und es geht uns um die Kooperation der Leistungserbringer und der Kostenträger. Deswegen veranstalten wir regelmäßig entsprechende Symposien und Arbeitstreffen mit den Beteiligten. Vergleichbares gilt im übrigen auch für die Vorsorgestruktur.

Diese **Vernetzung**, die wir hier für Schleswig-Holstein anstreben, diese Verabredungen lösen dann auch die Probleme fehlender Planung und Steuerung von Kapazitäten; das betrifft jedenfalls die noch fehlenden Möglichkeiten dafür.

Daneben ist es - in diesem Punkte gebe ich Frau Aschmoneit-Lücke recht - gerade für die **Gesundheitsadresse Schleswig-Holstein** wichtig, gesundheitstouristische und Wellness-Angebote deutlich von medizinisch-therapeutischen Angeboten zu trennen, auch in der Vermarktung. Wir haben da einen Diskussionsprozeß angestoßen und werden ihn weiter begleiten. Ich kann mich eigentlich nur dem Appell an die Akteure, an die Träger dieser Angebote anschließen, den Sie, Frau Aschmoneit-Lücke, hier eben ausgesprochen haben.

Nach meiner Meinung haben wir mit dem Aktionsplan, über dessen Stand der Abarbeitung wir gern jederzeit im Sozialausschuß berichten werden, eine

(Ministerin Heide Moser)

vernünftige Kultur des Miteinander eingeleitet, so daß ich glaube, daß wir in Schleswig-Holstein, wenn die entsprechenden Verbesserungen der Rahmenbedingungen - die Strukturreform, auf die wir setzen - greifen, auch auf diesem Sektor die Nase vorn haben werden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Zunächst ist - wenn ich es richtig verstanden habe - von dem Herrn Abgeordneten Geerds Ausschußüberweisung beantragt worden. Wer der Ausschußüberweisung zustimmen will - -

(Zurufe von der SPD: Abstimmung in der Sache!)

- Meine Damen und Herren, zunächst muß über die Ausschußüberweisung abgestimmt werden. - Wer der Ausschußüberweisung des Antrages Drucksache 14/1950 zustimmen will, den bitte ich um das

Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist ein bißchen schwierig, aber der Überweisungsantrag ist auf jeden Fall mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Aschmoneit-Lücke gegen die Stimmen von CDU und SSW abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1950, in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag in der Sache zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende des heutigen Sitzungstages angekommen. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt und einen schönen Abend.

Morgen früh um 10:00 Uhr wird die Tagung fortgesetzt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18:06 Uhr